

# AIB

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Juni 1987

18. Jg., 6

3,-DM



**CHRISTEN**

**und**

**BEEFREIUNG**

**PLO**  
Wiedervereinigung

**AIDS**  
Gefahr für Afrika

**Philippinen**  
Interview mit J. M. Sison



## Inhalt

<b>Kommentar</b>	
Anatol Feid zum Papst-Besuch in Chile	3
<b>Palästina</b>	
Wiedervereinigung der PLO auf dem 18. Palästinensischen Nationalrat	5
Interview mit Nayef Hawatmeh	7
Resolution des Politischen Komitees des 18. Nationalrats	9
Diskussionsforum: Ellen Olms zur Dramatik des Palästina-Problems	12
<b>Philippinen</b>	
Interview mit Jose M. Sison zum Zustand des Aquino-Regimes	14
<b>Südafrika</b>	
Die Oppositionsallianz UDF reorganisiert sich	17
<b>Namibia</b>	
Interview mit B. Ulenga, B. Tjizuu, A. Lubowski über den Aufschwung der namibischen Gewerkschaftsbewegung	18
<b>Chile</b>	
Pinochet plant die Verurteilung Beatriz Brinkmanns	21
<b>Argentinien</b>	
Die Meuterei der Folterer	22
<b>CHRISTEN UND BEFREIUNG</b>	
Adalbert Krims zur Theologie der Befreiung	25
Strategische Allianz von Vatikan und USA	26
Interview mit Luis Carrion zum Verhältnis Christen und sandinistische Revolution	31
Gespräch von Frei Betto und Fidel Castro über Kirche und Revolution	32
Kirchen in Südafrika: Teil der Bewegung gegen die Apartheid	34
US-Kirchen widersetzen sich der Reagan-Doktrin	36
Wende in der kirchlichen Entwicklungspolitik der BRD	38
<b>Rezension</b>	
Bücher zur Theologie der Befreiung	40
<b>Gesundheit</b>	
AIDS in Afrika – eine Katastrophe bahnt sich an	41
Debatte über den Ursprung von AIDS	4
<b>Sowjetunion und Dritte Welt</b>	
Asiatische Sowjetrepubliken – Entkolonialisierung auf andere Art (II)	45
Jean Ziegler: Die glückliche Dritte Welt	4
<b>Kultur</b>	
Vietnamfilm „Platoon“ – eine Dosis Realismus	49
<b>Friedensbewegung</b>	
Friedensdemonstration am 13. Juni 1987	51
<b>Lesermeinungen</b>	52
<b>BRD-Infodienst</b>	
Buchtipp: Helen Joseph erzählt, AG gegen Frauenhandel, BRD-Rüstungsexporte, AAB-Mitgliederversammlung, Beat! Apartheid, Chile-Foto-Ausstellung, BRD-Israel	52
<b>Kurzinformationen</b>	
Fidschi, Südkorea, China, Sri Lanka, Ägypten, Sambia, Simbabwe, Paraguay	54



## PLO-Nationalrat

S. 4

Auf dem 18. Palästinensischen Nationalrat in Algier wurde soeben die Wiedervereinigung der seit 1982 zerrütteten PLO besiegelt. Und dies in einer Situation, da die Chancen für Nahost-Verhandlungen gestiegen sind.

Auf welcher Grundlage fußt dieser Wiedervereinigungsprozeß? Diesen Fragen geht unsere Nahost-Korrespondentin Leila Burhani nach.

## Christen und Befreiung

S. 25

Kirchenvertreter wie Allan Boesak und Ernesto Cardenal, Desmond Tutu und Leonardo Boff stehen für das wachsende Engagement der Christen in der Dritten Welt für Gerechtigkeit und gegen Unterdrückung.

Was heißt Theologie der Befreiung? Welche Rolle spielen die Christen im Befreiungskampf Nicaraguas und Südafrikas?

## AIDS in Afrika

S. 41

Die Immunschwächekrankheit AIDS ist längst zu einem globalen Problem geworden. Am schnellsten breitet sie sich auf dem schwarzen Kontinent aus. Nicht nur für die Regenbogenpresse ist dies Anlaß, die Afrikaner zum Sündenbock zu stempeln.

F. Makumbi-Kidza schildert Hintergründe und Ausmaß der Verbreitung von AIDS in Afrika. Und diskutiert Hypothesen über die AIDS-Entstehung.

## Impressum

AIB (Antimperialistisches Informationsbulletin) – Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich

**Anschrift der Redaktion:** AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Telefon 06421/24672

**Herausgeber:** Prof. Dieter Boris, Wolfram Bröner, Prof. Günter Giesenfeld, Thomas Harms, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Birgit Radow, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

**Redaktion:** Wolfram Bröner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Georg Diederichs, A. Ebtehaj, Pia Grund, Ute Kampmann, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Ulrich Rupp, Hans-Erich Schäfer, Petra Sittig

**Ständige Mitarbeiter:** Joachim Becker, Rainer Falk, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzales, Dr. Lothar A. Heinrich, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Nima Mina, Jürgen Ostrowsky, Ricardo Ribera, Ludger Schmitz, Ulrich Schnell, Peter Schütt, Christoph Sodemann, Dr. Rainer Werning.

**Weitere Mitarbeiter** dieser Ausgabe: L. Burhani, I. el-Masry, A. Feid, M. Fay, K. Hartwig, A. Krims, G. Meyer, R. Radke, M. Schuck

**Redaktionsschluß:** 7. Mai 1987

**Namentlich gezeichnete Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangaben und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

**Verlag:** Pahl-Rugenstein Verlag GmbH, Postfach 510868, 5000 Köln 51, Teletex 2214284 pahl. **Vertrieb:** Telefon 0221/36002-0.

**Adressenänderungen** bitte rechtzeitig dem Verlag bekanntgeben.

**Jahresabonnement:** Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabos 50 DM oder mehr, Einzelheft: 3 DM, Doppelheft: 5 DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung. Bestellung unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

AIB-Sonderhefte sind als **Nebenblätter** einmal im Vierteljahr beigelegt.

**Kündigungen** nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November.

**Anzeigenleitung:** Wolfgang Pitzer, Tel. 0221/3600247.

**Druck:** Plambeck & Co., Neuss

**Konten:** Post giro Köln 6514-503 (BLZ 37010050), Stadtparkasse Köln 10652238 (BLZ 37050198).

**Anzeigen:** Edition Liberación, Distel-Verlag, Der andere Buchladen, Die kritischen BAYER-Aktionäre, Team-Reisen.

**Titel:** Gestaltung von Nico Biver

**Fotonachweis:** U. Rothhoff, C. Perez, G. Stein, M. Kolter, eps, API, NACLA, South, Orion Pictures, AIB-Archiv, Patria Libre, Atropix

## Kommentar: Der Papst bei Pinochet



Egal in welches Land dieser Erde der Papst reist: was er zu sagen hatte, hat er gesagt, nicht einmal, sondern bis zum Überdruß; und außerdem steht's in seinen Enzykliken auch noch geschrieben. Im Mittelpunkt seiner Ansprachen und Appelle steht der Mensch – wie er ihn sieht: verpflichtet der christlichen Moral – wie er sie versteht und worüber er nicht zu diskutieren bereit ist. In den letzten Monaten verkündete er seine abstrakten Prinzipien in Chile, Argentinien und der Bundesrepublik.

Ein Medienereignis sind seine Reisen allerdings immer noch, auch wenn die Begeisterung für seine Person – in der Bundesrepublik wurde das sogar durch die Medien bemerkbar – nachgelassen hat.

Aber wenn der Papst reist, sind die Kameras der Welt auf ihn gerichtet, und darin liegt eine Chance, die die Kirchen der Länder nutzen oder verpassen können. Dabei geht es darum, womit die einzelnen Ortskirchen den Papst konfrontieren oder welche Begegnungen sie ihm ersparen, was die Kamera, die auf seine Person gerichtet ist, mit einfängt oder was im Dunkeln bleibt.

Die Kirchen der Bundesrepublik und Argentiniens gestalteten die Begegnungen im wesentlichen so, daß der Papst ihren eigenen, reaktionären Kurs absegnen konnte. Die Kirche Chiles konfrontierte den Papst mit dem hungernden und unterdrückten Volk. Deshalb ist diese Reise es wert, ausführlicher besprochen zu werden.

Papst Johannes Paul II. wollte bereits vor mehr als drei Jahren nach Chile reisen, damals, als sicher war, daß die vatikanische Diplomatie einen drohenden Krieg zwischen Chile und Argentinien um einige Inseln mit Erdölvorkommen verhindert hatte.

Das war 1983. Für Chile war es das Jahr der ersten großen nationalen Protesttage, die aus den eher unpolitischen Hungermärschen des Jahres 1982 als politische Manifestationen hervorgegangen waren. Seit 10 Jahren herrschten die Mi-

litärs mit Terror, Folter und Mord. Die Proteste des Mai, Juni, Juli und besonders des August, als Präsident Pinochet Santiago von 18.000 Elitesoldaten besetzen ließ, brachten die Diktatur ins Wanken.

Damals reiste eine Delegation chilenischer Bischöfe nach Rom und bat den Papst, auf seinen Besuch zu verzichten. Eine Visite zu diesem Zeitpunkt würde den angeschlagenen Diktator aufwerten, mochte der Heilige Vater das wollen oder nicht; immerhin würde sich der blutige Diktator an der Seite des Papstes als Friedenspräsident darstellen.

Der Papst verzichtete auf seine Reise – vorläufig. Seit vergangenem Jahr war klar, daß er nun kommen würde.

Bei meinem Chilebesuch im Sommer letzten Jahres hatte ich Gelegenheit, die Pobladores, Vertreter ihrer Selbsthilfeorganisationen, Parteienvertreter, Leute aus kirchlich orientierten Basisgemeinden, aber auch Vertreter des höheren Klerus zu fragen: Was wird dieser Besuch euch bringen? Was erwartet ihr davon? Die Antworten glichen sich: „Lieber wäre es uns, der Papst käme nicht.“ „Pinochet wird den Besuch für sich ausschlagen, und er hat dazu die Möglichkeit.“

### Papst als „Superdroge“

„Wir werden das Beste aus diesem Besuch machen. Wir werden versuchen, den Papst mit dem Leiden unseres Volkes zu konfrontieren, nicht abstrakt, indem wir ihm davon erzählen, sondern konkret, in der Begegnung mit dem Volk.“

Das hat die chilenische Kirche vorbildlich getan. Genauer gesagt: die Basis konnte sich in der Hierarchie durchsetzen, denn da gibt es inzwischen starke Kräfte, die alles taten, um dem Wunsch des Vatikans nach einem „unpolitischen“ Besuch zu entsprechen.

„Das Publikum des Papstes sollten die durch Hunger und Elend entpolitisierten Massen sein, durch ihre Not prädestiniert, im Papst ihren Erlöser und Heiland zu sehen, einfacher gesagt, ihm zuzujubeln.“

„Der Papst soll als Superdroge eingesetzt werden“, sagte mir damals ein Arbeiterpriester, „und wir haben Angst, daß diese Rechnung aufgehen wird. Die verelendete Masse ist anfällig für jede Art von Rauschgift, das fromme chilenische Volk besonders für die religiöse Droge! Zum Glück traf diese Befürchtung nicht zu. Den päpstlichen Begegnungen mit dem Diktator und seinen Jubelchilenen stellte die Kirche zahllose Treffen mit

dem kämpfenden, politisch organisierten Volk gegenüber, mit den Pobladores des verelendeten Santiagoer Südens, mit dem Komitee der „Menschen ohne Obdach“, mit Mapuche-Organisationen (Temuco), Jugendverbänden, mit Oppositionspolitikern, selbst Kommunisten und der wohl ersten Basiswiderstandsorganisation in der Pinochet-Diktatur, der „Gruppe der Angehörigen verhafteter und verschwendener Personen“. Am Ende der Visite stand nicht ein spektakuläres Abschiedszeremoniell durch die Militärs, sondern – die Organisatoren wollten das durchaus symbolisch verstanden wissen – ein Gefängnisbesuch (Antofagasta).

Die chilenischen Kirchenmänner, die diese Begegnungen organisierten, mögen dabei an ihren eigenen Weg gedacht haben, den viele von ihnen seit dem 11. September 1973 gegangen waren: den Weg der Bekehrung der Kirche zum Volk.

Sie hatten begriffen, daß die Kirche in Chile nur dann eine Überlebenschance hat, wenn sie den Schrei der Armen und von der Diktatur mundtot Gemachten hört und ihm Öffentlichkeit verschafft. „Macht weiter in eurem mutigen Kampf um die Menschenrechte“, forderte der Papst die Mitarbeiter der „Vicaria de la Solidaridad“ auf, der inzwischen weltbekannten Menschenrechtsorganisation des Erzbistums Santiago.

Aber solche Aufforderungen sind problematisch. Auch darüber habe ich bei meinem Besuch ausführlich sprechen können: Den teilweise sehr schönen Worten des Papstes steht sein Handeln gegenüber.

### Die Kirche entpolitisieren!

Papst Johannes Paul II. war nicht nach Chile gekommen, um sich mit dem Kampf der Unterdrückten zu solidarisieren, sondern um dem chilenischen Volk – und da natürlich zuerst der Kirche – Richtung und Ziel ihrer Politik vorzuschreiben. Der Papst ermutigt die Mitarbeiter der „Vicaria de la Solidaridad“ in ihrer Arbeit, gleichzeitig ernennet er aber fast ausschließlich Bischöfe, die die kämpfende katholische Basis nicht als ihre Führer akzeptiert und die gerade der „Vicaria de la Solidaridad“ zumindest mit Vorbehalten gegenüberstehen.

Die Durchsetzung Juan Francisco Fresno als Erzbischof von Santiago war ein folgenschwerer Schritt in dieser Richtung. Sie geschah gegen den Willen der Bischofskonferenz und gegen den persönlichen Widerspruch von Fresno



Der Papst mit Pinochet: Vergebung für den Henker?

Amtsvorgänger Kardinal Raul Silva Herriquez.

„Noch haben die Progressiven eine Mehrheit in der Bischofskonferenz“, sagte mir ein Prälat, „aber noch zwei, drei Bischofsernennungen im Sinne des Papstes, dann kippt die Konferenz. Dann können wir die Einheit der Kirche nur dadurch wahren, daß wir auf politisch konkrete Aussagen gegenüber der Diktatur verzichten und abstrakt sprechen. Aber diese Entpolitisierung der Kirche scheint das Ziel des Vatikans zu sein.“

Aber Johannes Paul II. ist alles andere als ein unpolitischer Papst. „Es gibt verschiedene Arten von Diktaturen“, dozierte er bereits auf dem Hinflug nach Santiago, „es gibt solche, die Ausdruck eines bestimmten Systems sind.“

Da der Papst gerade Chile mit Polen verglichen hatte, war klar, daß die Diktatur des Generals Pinochet für ihn ein bedauerlicher Betriebsunfall ist, der so schnell wie möglich beseitigt werden muß, ohne dabei allerdings das Kind mit dem Bade auszuschütten. Das politische System muß bleiben.

Dabei wollten die Chilenen, wie sie 1970 nach der Wahl des Sozialisten Allende zum Präsidenten sagten, eben gerade nicht nur einen Präsidenten auswechseln, sondern ein neues Chile schaffen. Diesem Chile, das das Volk damals wollte und heute in seiner Mehrheit mehr denn je will – und das es braucht, wenn alle Chilenen leben wollen –, wird eine eindeutige, päpstliche Absage erteilt. Die

ständig wiederholten Warnungen vor Ideologien und Klassenkampf unterstreichen das.

Bischof Carlos Camus, der wenige Tage vor dem Papstbesuch sein Verständnis dafür ausdrückte, daß Menschen, denen von der chilenischen Regierung der Krieg erklärt wurde, nun Krieg führen, wird geradezu lächerlich gemacht. Die Chilenen, sagte der Papst, seien sehr temperamentvoll und Bischöfe seien auch nur Menschen. Manchmal sagten sie etwas, was sie später nicht gesagt haben möchten. Damit brüskiert der Papst allerdings auch ein gutes Drittel der chilenischen Bischöfe, die sich mit Camus solidarisiert hatten.

Des Papstes wiederholte Absagen an „Gewalt und Terrorismus, von welcher Seite auch immer“ bleiben belanglos, weil sie mit der chilenischen Realität nichts zu tun haben. In Chile gibt es nur einen Terrorismus: den der Besitzenden und ihrer großen und kleinen Pistoleros – alles andere ist Verzweiflung, Notwehr oder gar vom System provoziert und durchgeführt, um die Notwendigkeit der Doktrin der nationalen Sicherheit darzustellen: Der Kommunismus ist der Feind der Menschheit schlechthin.

Diese These vertritt der Papst grundsätzlich auch, und trotz seiner dauernden Beschwörung der Menschenrechte ist er offenbar bereit, ein gewisses Maß an Gewalt zumindest zu tolerieren. Als es während der „Versöhnungsmesse“ im O'Higgins-Park nach – offensichtlich vom Regime provoziert – Ausschreitungen zu einem brutalen Einsatz der Staatsmacht mit Hunderten von Verletzten kam, als die Tränengaswolke fast den Altar erreicht hatte, kommentierte der Sprecher des Papstes, Joaquin Navarro, der Heilige Vater hätte sich nicht in Gefahr gefühlt. Die Carabineros hätten „wunderbar“ und „mit außergewöhnlich kühler Haltung“ reagiert.

### Kommt die Gewalt von unten?

Eine anwesende Journalistin hat das anders in Erinnerung: „Die Carabineros versuchten überhaupt nicht, die randalierenden Jugendlichen abzudrängen oder zu isolieren. Statt dessen prügeln sie auf alles ein, was ihnen im Wege war. Aber ein solches Vorgehen ist chilenische Realität.“

Die Aussage des päpstlichen Sprechers deutet aber an, wie der Papst tatsächlich in der Gewaltfrage denkt und handelt. Immerhin wertete er das reaktionäre Opus Dei auf, das entscheidend an der Planung und Durchführung des Putsches von 1973 beteiligt war und in Pinochets Chile eine bedeutende Rolle spielt. Die Stärkung ausgerechnet dieser Organisa-

tion macht natürlich auch klar, daß der Papst ein autoritär-klerikales Chile will. In Argentinien, nur kurz nach seinem Chilebesuch, sagte der Papst, daß die Politiker auch in Situationen extremster Auseinandersetzung Verantwortung zum Schutz der Menschenrechte beweisen müßten und der ständigen Versuchung widerstehen sollten, Gewalt mit Gewalt zu beantworten.

So deutlich hat er es meines Wissens noch nie gesagt: Die eigentliche Gewalt geht also von unten aus, von den Hungernden, Elenden, Verzweifelten – nicht von denen, die alles besitzen, aber nichts teilen wollen.

Die Staatsmacht wird nur gemahnt, nicht allzu brutal gegen diese Leute vorzugehen, sich von den gnadenlosen Unterdrückten nicht in die Versuchung gleicher Gnadenlosigkeit führen zu lassen, wie es dem armen General Pinochet offenbar passiert ist oder den argentinischen Militärs, die jetzt vor Gericht stehen. Hier fordert der Papst das Volk auf, seinen Henkern zu vergeben, als wenn er nie in der Bibel gelesen hätte, daß die Umkehr des Sünders die Voraussetzung jeder Vergebung ist. Aber für den Papst existiert die strukturelle Sünde des Kapitalismus eben nicht.

Erzbischof Romero hatte den Besitzenden El Salvadors zugerufen: „Im Namen Gottes befehle ich euch: Hört mit der Unterdrückung auf!“ Papst Johannes Paul II. befiehlt im Namen desselben (?) Gottes die Einstellung des Befreiungskampfes und stellt sich gegen den Teil der Kirche, der in diesem Kampf engagiert ist. Kirchenspaltung von oben?

In seinem Kontext hat der Papst in Chile die Menschenrechte eingeklagt, für die Armen Brot, Wohnung und Arbeit gefordert und sich für eine schnelle Rückkehr zur Demokratie ausgesprochen. Der kirchliche und politische Widerstand Chiles wird das aus dem päpstlichen Kontext lösen, in den eigenen stellen und vorerst damit arbeiten; d.h. man wird die päpstlichen Aussagen gegen Pinochet richten. Gestärkt dürfte der Diktator nicht sein.

Die Bedeutung des Papstbesuches lag aber auch wohl auf einem anderen Gebiet. Durch den Papst waren die Augen der ganzen Welt wieder einmal auf Chile gerichtet, und wie in einem Hohlspiegel wurde alltägliche chilenische Realität sichtbar: Tränengas, Knüppel, Schüsse. Sichtbar wurde aber auch ein armes, gequältes, aber nach 14 Jahren Diktatur immer noch selbstbewußtes und kämpfendes Volk. Anatol Feid

Unser Autor Anatol Feid ist Dominikanerpater, Schriftsteller und Redaktionsmitglied der Monatszeitschrift NEUE STIMME.

Leila Burhani

## Der Nationalrat von Algier Die Wiedervereinigung der PLO

„Angesichts des Bemühens um brüderliche und bevorzugte Beziehungen zwischen dem jordanischen und palästinensischen Volk und angesichts der praktischen Erfahrung, daß das Amman-Abkommen zum Hindernis für die weitere Entwicklung dieser Beziehungen geworden ist, betrachtet das Exekutivkomitee der PLO das Abkommen als nicht länger gültig, sondern als gekündigt.“

Diese Erklärung des Exekutivkomitees der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) vom 19.4.1987 öffnete den Weg zum lang erwarteten Vereinigungsnationalrat. Diese 18. Sitzungsperiode des Palästinensischen Nationalrats (PNC) wurde denn auch einen Tag später in Algerien unter Beteiligung der Fatah-Bewegung des PLO-Vorsitzenden Yassir Arafat sowie der wichtigsten Linksorganisationen, v.a. der Volksfront, der Demokratischen Front und der Palästi-

nensischen Kommunistischen Partei (PCP), eröffnet.

Diese Tagung des von 319 Mitgliedern besuchten palästinensischen Exilparlaments beendete die faktische Spaltung der PLO in einen rechten Flügel, der einer Lösung des Palästina-Problems durch weitestgehende Zugeständnisse gegenüber den Westmächten näherzukommen suchte, und die Linkskräfte, die die antiimperialistische Ausrichtung des Befreiungskampfes und die Wiedernäherung an den verbliebenen Nahost-Frontstaat Syrien obenstellten.

Die Tatsache, daß sich der 18. Nationalrat auf die Beschlüsse des 16. PNC vom April 1983 berief, deutet denn auch eine Kehrtwende der PLO-Führung in ihren Beziehungen zum prowestlichen Mubarak-Regime Ägyptens an.

Damals hatte sie sich nämlich am gleichen Ort, in Algier, verpflichtet, ihre

Beziehungen zu Ägypten nur soweit zu entwickeln, wie das Regime in Kairo bereit sei, von seiner in Camp David (Separatfriedens-Abkommen mit Israel 1978; d. Red.) begonnenen Politik abzugehen. Bis dahin solle sich die PLO darauf konzentrieren, ihre Beziehungen zur ägyptischen Opposition zu entwickeln.

So schwammig diese Formulierung auch sein mag, sie stellt doch für die palästinensische Linke eine akzeptable Basis dar, von der aus sie ihren Kampf um den Abbruch der Beziehungen zum Kairoer Camp-David-Regime innerhalb des organisatorischen Rahmens der PLO fortzusetzen vermag.

Außerdem räumte ihr die Fatah in Algier mit der Einrichtung eines „Komitees der täglichen Führung“, d.h. eines Sekretariats mit ständiger Präsenz der Linksorganisationen, ein größeres Mitentscheidungsrecht zu. Damit wurde deren Forderung nach einer Demokratisierung der PLO-Führungsgremien Rechnung getragen.

### Verzichtsabkommen von Amman

Das Amman-Abkommen zwischen König Hussein und Yassir Arafat vom 13. Februar 1985 (Wortlaut in: AIB 4/1985, S. 14; d. Red.) war nur der vorläufige Höhepunkt einer ganzen Serie von Alleingängen des PLO-Vorsitzenden, mit denen er den USA seine Bereitschaft zu Zugeständnissen zu signalisieren suchte.

Die Fatah-Rechte war nach der Nieder-



Hauptakteure des Wiedervereinigungsnationalrats von Algier (vlnr.): N. Hawartmeh (Demokratische Front), Mohamed C. Messadia (ZK-Vorsitzender der algerischen FLN), G. Hubbash (Volksfront), Abu Iyad (Fatah) und PLO-Vorsitzender Y. Arafat

lage im Libanon 1982 und nach dem Auszug der PLO aus Beirut zu dem Schluß gekommen, daß die USA nun im Nahen Osten die besseren Karten in der Hand hätten. Um von der palästinensischen Sache zu retten, was zu retten sei, konnten sie daher nicht umhin, mit Washington und der arabischen Reaktion ins Geschäft zu kommen. Folglich wich die von Al-Fatah dominierte PLO-Führung Schritt für Schritt, unter Preisgabe von immer mehr einheitlich beschlossenen Grundsatzpositionen der PLO, vor den Forderungen der Reagan-Administration zurück.

Erster Höhepunkt war Arafats Kanossa-gang nach Kairo im Dezember 1983. Mit seinem Besuch bei Hosni Mubarak schuf Arafat die Voraussetzung für eine Reintegration Ägyptens in die arabische Völkerfamilie.

Als erstes nahm König Hussein von Jordanien am 28. September 1984 die Beziehungen zu Ägypten wieder auf, und begann seine Nahostpolitik offen mit dem Camp-David-Regime abzustimmen. Gemeinsames Ziel der beiden proamerikanischen Regimes in Kairo und Amman war von da an, die geschwächte PLO in eine Nahostlösungsformel nach dem Geschmack der Reagan-Administration zu zwingen.

Das Amman-Abkommen war die logische Folge. In dem von König Hussein und Arafat unterzeichneten Dokument trat der PLO-Chef die wichtigsten von



Y. Arafat (l.) und König Hussein schließen das Abkommen von Amman im Februar 1985

der UNO verbrieften Grundrechte der palästinensischen Befreiungsorganisation, wie das Recht auf die alleinige Vertretung des palästinensischen Volkes und auf Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates an Jordanien ab.

Die Bildung einer gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation und

die Perspektive einer palästinensisch-jordanischen Konföderation östlich und westlich des Jordan waren Vorbedingungen der Reagan-Administration und der israelischen Arbeiterpartei für die Beilegung des arabisch-israelischen Konfliktes.

Zum anderen glaubten die Regierungen Israels und der USA, daß die Integration palästinensischer Vertreter in eine jordanische Delegation einen Kompromiß zwischen der von der UNO geforderten internationalen Konferenz zur Beilegung des Nahostkonflikts und den von den USA favorisierten „direkten Verhandlungen“ zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten unter Ausschaltung eines unabhängigen Vertreters der palästinensischen Seite ermöglichen würde.

### Experiment Errettungsfront

Nach den Vorstellungen der Reagan-Administration sollen „direkte Verhandlungen“ im Rahmen einer internationalen Konferenz geführt werden. Dem Forum käme dann nur noch die Randfunktion zu, die in diesen „direkten Verhandlungen“ einmal gefaßten Beschlüsse völkerrechtlich abzusegnen.

Das Amman-Abkommen schien die Spaltung der PLO endgültig zu besiegeln. In Damaskus formierte sich der Großteil der Arafat-Gegner zur Nationalen Errettungsfront.

Zwar meinten Organisationen wie die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP) oder die Palästinensische Befreiungsfront (PLF) Talaat Yaquobs über die organisatorische Zusammenfassung aller Opponenten des Amman-Abkommens Druck auf die Fatah-Führung ausüben zu können. Dies geschah mit dem Ziel der Kündigung des Amman-Abkommens und des Abbruchs der Beziehungen zu Ägypten als wichtigsten Voraussetzungen zur Wiederherstellung der Einheit der PLO.

Das Experiment scheiterte jedoch daran, daß andere Kräfte, wie die Fatah-Abspaltung um Abu Musa, die von Syrien gegründete Saika oder Ahmad Jibrils Volksfront-Generalkommando die Errettungsfront als Sprungbrett zur Gründung einer von ihnen dominierten Ersatz-PLO betrachteten. Das lähmte letztlich auch die Aktivitäten der Errettungsfront, von der schließlich nur noch eine allein von Syrien anerkannte formale Hülle übrigblieb.

Syrien unterstützte von Anfang an aktiv den Aufbau einer „Ersatz-PLO“, um sich zum einen einen ihr genehmen palästinensischen Verhandlungspartner im Libanon aufzubauen und zum anderen, um sich selbst der palästinensischen Karte im Hinblick auf mögliche interna-



PLO-Tiefpunkt im Oktober 1983: Fatah-Stellung im nordlibanesischen Tripoli, wo Rebellen um Abu Musa und Jibril zum Angriff auf die Anhänger Arafats übergingen

# Interview mit Nayef Hawatmeh

## Die Beziehungen zu Syrien normalisieren

Am Rande der Nationalratstagung von Algier sprach Georg Stein für das AIB mit Nayef Hawatmeh, einer der herausragenden Führungspersönlichkeiten der PLO. Hawatmeh ist Generalsekretär der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (DFLP), der neben der Volksfront einflussreichsten Gruppierung der palästinensischen Linken.

**AIB:** Die Wiederherstellung der nationalen Einheit ist das wichtigste Ergebnis der 18. PLO-Nationalratssitzung. Wo liegen nun die Präferenzen der PLO-Politik für die kommenden Monate?

**N. HAWATMEH:** Zunächst werden wir die gerade erreichte neue Einheit vertiefen müssen. Darüber hinaus sind die Wiederherstellung der arabischen Einheit auf der Grundlage der Beschlüsse von Rabat und Fez (arabische Gipfeltreffen 1974 bzw. 1982; d. Red.) sowie die Verbesserung und Entwicklung der PLO-Beziehungen zu Syrien wichtige Voraussetzungen für die Beschleunigung des Friedensprozesses.

Die PLO unterstützt die Einberufung einer Friedenskonferenz unter der Leitung der UNO und der Beteiligung der fünf ständigen Mitgliedsstaaten des Sicherheitsrates. Nur dies ist die geeignete politische Basis für die Lösung des Nahostproblems.

Grundlage für die Friedenskonferenz können nicht nur die UN-Resolutionen 242 und 338 (von 1967 bzw. 1973; d. Red.) sein, sondern vielmehr die Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes und das Recht der PLO, gleichberechtigt an dieser Konferenz teilzunehmen.

**AIB:** Eine Friedenslösung unter Ausschluß Syriens ist nicht vorstellbar. Was sind die Voraussetzungen für eine Wiederannäherung zwischen der PLO und Syrien?

**N. HAWATMEH:** Auf einer gesunden Basis werden wir die Beziehungen zu Syrien so gut es geht normalisieren. Schließlich verbindet uns mit Syrien der gemeinsame Kampf gegen die israelische Besatzung und die zionistische Expansion.

Ausgehend von diesem gemeinsamen Kampf und auf der Grundlage der arabischen Gipfelbeschlüsse, insbesondere der Beschlüsse von Fez (Wortlaut der Fez-Plattform siehe in: AIB 11-12/1982; d. Red.), die sowohl die palästinensischen als auch syrischen Rechte garantieren, werden wir die gegenseitigen Beziehungen verbessern. Es liegt an Syrien darauf zu reagieren.

Wir hoffen, daß die syrischen Brüder zu alledem bereit sind, was der gemeinsamen Sache dient.

**AIB:** Die DFLP hat in der Vergangenheit häufig Arafats Führungsstil kritisiert und ihm eigenmächtiges Handeln vorgeworfen. Der Nationalrat beschloß nun die Einrichtung eines sog. Inneren Sekretariats. Dieses soll 1/3 der PLO-Exekutivkomiteemitglieder umfassen und für kurzfristig anstehende politische Entscheidungen zuständig sein. Entspricht diese Veränderung Ihrer Forderung nach kollektiver PLO-Führung?

**N. HAWATMEH:** Das vom Nationalrat jetzt



verabschiedete politische Programm und die organisatorische Reform gewährleisten für die kollektive Arbeit sicherlich bessere Garantien als in der Vergangenheit. Wir sehen jedoch auch, daß es palästinensische Kräfte gibt, die versuchen werden, die Beschlüsse der nationalen Einheit zu unterlaufen.

Das wird sicherlich die kollektive Arbeit gefährden. Wir werden aber alles tun, damit die Beschlüsse von allen respektiert und vom Exekutivkomitee, dem Zentralrat und dem neuen Inneren Sekretariat eingehalten werden.

**AIB:** Auf dem Nationalrat wurde viel über Politik, jedoch wenig über den bewaffneten Kampf diskutiert. Welchen Stellenwert hat der bewaffnete Kampf heute noch in der Strategie der PLO?

**N. HAWATMEH:** Seit 40 Jahren übt der israelische Staat einen systematischen Terror gegen das palästinensische Volk aus. Israel hält das gesamte palästinensische Territorium besetzt und hindert uns an der Ausübung unseres Selbstbestimmungsrechts.

Das zwingt uns zum militärischen Widerstand, um die Besatzungsmacht dazu zu bringen, unser Recht auf einen eigenen Staat anzuerkennen. In Algerien, Vietnam, Angola und vielen anderen Ländern ist das nicht anders gewesen. Die Kolonialisten haben immer mit Waffengewalt das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu verhindern versucht.

Für die Palästinenser wird der bewaffnete Kampf solange die Hauptform des Kampfes bleiben, bis die israelische Besatzungsmacht unser Recht auf einen eigenen Staat, wie ihn jedes andere Volk auch hat, anerkennt.

tionale Nahostverhandlungen zu bemächtigen.

Aber auch die PLO-Rechte geriet auf dem Weg ihrer jordanisch-ägyptischen Strategie zunehmend in die politische Sackgasse. Ihre Zugeständnisse führten gerade nicht zu einem Einlenken der USA. Vielmehr vertieften sie die Spaltung des palästinensischen Widerstandes, schwächten die Verhandlungsposition der PLO noch mehr und erhöhten den über das jordanische Regime vermittelten amerikanischen Druck.

Am 19. Februar 1986 forr König Hussein das ein Jahr zuvor geschlossene palästinensisch-jordanische Abkommen wieder ein, weil er Arafat nicht zur Anerkennung der Resolution 242 (Palästinafrage als „Flüchtlingsfrage“) und 338 des UN-Sicherheitsrates aus den Jahren 1967 bzw. 1973 hatte bewegen können. Und eben dies war für die USA eine weitere Vorbedingung für das Tolerieren einer Beteiligung von PLO-Vertretern in der jordanischen Delegation bei Nahostverhandlungen gewesen.

Nach dem einseitigen Einfrieren des Amman-Abkommens ging nun König Hussein ohne PLO, aber mit ägyptischer Rückendeckung daran, den Aussöhnungsprozeß mit Israel und die Schaffung eines jordanisch-israelischen Kondominiums über die Westbank in die Tat umzusetzen. Seine Taktik besteht darin, Fakten zu schaffen, die dann zu einem späteren Zeitpunkt vertraglich abgesegnet werden sollen.

Es begann mit der Einsetzung von Jordanien-hörigen Bürgermeistern in der Westbank durch Israel und der Schließung der PLO-Büros in Amman. Dann folgte ein jordanischer sog. Entwicklungsplan für die von Israel besetzten Gebiete, der v.a. durch die USA, Westeuropa und die reaktionären Golfländer finanziert werden soll und auch von Israel gutgeheißen wird.

### Zwänge zum Dialog

Dies sind nur die wichtigsten Mosaiksteine in einer koordinierten Strategie zwischen der zionistischen Regierung und dem haschemitischen Königshaus. All diese Maßnahmen sollen die Positionen des palästinensischen Widerstandes untergraben und eine in den Augen der USA und Israel verhandlungsfähige Führungsschicht in der Westbank als Ersatz für die widerspenstige PLO schaffen.<sup>1</sup>

Es wurde immer offensichtlicher, daß sich die PLO-Führung mit der Unterzeichnung des Amman-Abkommens selbst in eine Sackgasse hineinmanövriert hatte und daß trotz der immer größeren Zugeständnisse an Israel und die USA nicht ein Minimum ihrer Er-

würdungen erfüllt wurde. Die jordanische und ägyptische Tür war seit Februar 1986 offensichtlich versperrt. Und selbst innerhalb der Fatah, die innerhalb der PLO über eine Mehrheit verfügt, wuchs der Druck auf Arafat, das Amman-Abkommen zu kündigen und wieder auf patriotische Positionen zurückzukehren. Von daher schien die Lage günstig für die Wiederaufnahme des nationalen palästinensischen Dialogs zur Wiederherstellung der Einheit der PLO auf patriotischer und antiimperialistischer Grundlage. Genau in diese Zeit fiel auch der Aufruf des algerischen Präsidenten Chadli Ben-Jedid, der die zerstrittenen palästinensischen Fraktionen drängte, ihre Reihen wieder zu schließen.

Erste Gespräche zwischen dem Fatah-Zentralkomitee einerseits und Demokratischer Front und PCP andererseits in Algier, Moskau und Prag folgten. Sie mündeten schließlich in eine am 5. September 1986 in Prag unterzeichnete gemeinsame Erklärung.

### Einheitsfront im Lagerkrieg

Diese Erklärung signalisierte erstmals die Bereitschaft der Fatah-Führung, von der seit 1983 verfolgten politischen Linie wieder abzurücken: „Die Fatah-Bewegung bestätigt hiermit, daß das am 13. Februar 1985 unterzeichnete Amman-Abkommen nicht länger wirksam ist und keine Basis mehr für die PLO-Politik darstellt.“ So das Dokument.<sup>2</sup>

Praktische Schritte, vor allem die offizielle Kündigung des Abkommens, durch das Fatah-Zentralkomitee oder das PLO-Exekutivkomitee ließen zwar auf sich warten, aber das Eis war erst einmal gebrochen. Und obwohl bis dato für die Volksfront die offizielle Kündigung des Amman-Abkommens und der Abbruch der Beziehungen zu Ägypten Vorbedingung für jeden Dialog mit Fatah war, traf sich überraschenderweise PFLP-Generalsekretär Georges Habasch gleich zweimal in Prag und Moskau mit dem Fatah-Führungsmitglied Abu Jihad.

Vor allem der Krieg gegen die Palästinenserlager im Libanon hat den Vereinigungsprozeß weiter beschleunigt. Die Einheitsfront aller palästinensischen Organisationen an der Basis im Kampf um die Verteidigung der Camps, drängte die Führung der Organisationen die nationale Aussöhnung voranzutreiben.

Außerdem war offensichtlich, daß die Angriffe der Amal auf die Lager nicht nur ein auf den Libanon begrenzter Konflikt zwischen der Amal und Arafat-Anhängern war, wie die Angreifer behaupteten. Fast alle palästinensischen Fraktionen waren sich darin einig, daß der Krieg gegen die Lager Bestandteil eines großangelegten Planes zur Liquidierung

der politischen Rolle der PLO war, als Auftakt zur Durchsetzung der US-Nahostpläne.

Am Rande der islamischen Konferenz in Kuwait im Januar 1987 unterbreiteten die Saudis auf einer gemeinsamen Sitzung mit den Abgesandten Syriens, Jordaniens, Algeriens und Kuwaits einen Plan, um die PLO international salonfähig zu machen. Die genannten Staaten sollten die PLO zur Anerkennung der UN-Sicherheitsresolution 242 drängen, Syrien sollte die Kontrolle über den Libanon übernehmen und dort für Ordnung sorgen, d.h. auch die politische Rolle der PLO im Libanon zügeln.

Dafür sollte Damaskus von Saudi-Arabien Kredite erhalten, die das von einer Wirtschaftskrise geschüttelte Land bitter nötig hat. Der Südlibanon solle langfristig von Palästinensern gesäubert werden, die in den Nordlibanon und nach Jordanien umgesiedelt werden könnten. Auch dabei würde Saudi-Arabien Jordanien wirtschaftlich behilflich sein.

Während Syrien und Jordanien keine Einwände gegenüber diesen Vorschlägen erhoben, kam die algerische Antwort prompt. Am 22. Februar d.J. kündigte Chadli Ben-Jedid an, daß er bereit sei, den palästinensischen Nationalkongreß in Algerien zu empfangen. Der algerische Präsident warf sein ganzes politisches Gewicht in die Waagschale, um den begonnenen palästinensischen Dialog zu einem erfolgreichen Ende zu bringen.<sup>3</sup>

Am 18. März 1987 legten die Unter-

zeichner der Prager Erklärung in Tunis ein Arbeitspapier zur Vorbereitung des Nationalrats vor, das anknüpfend an frühere PNC-Resolutionen und an das Politische Programm der PLO (aus dem Jahr 1973; d. Red.) Essentials für eine patriotische, antiimperialistische Strategie formulierte:

1. Kündigung des Amman-Abkommens;
2. Ablehnung aller Separat- oder Teillösungen, die den Rechten des palästinensischen Volkes auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf palästinensischem Boden nicht voll Rechnung tragen, so des Camp-David-Abkommens, des Reagan-Plans von 1982<sup>4</sup>, der jordanisch-israelischen Arbeitsteilung in den besetzten Gebieten, einer Autonomielösung und der Resolution 242 als Grundlage einer möglichen Nahostlösung;
3. Festhalten am Prinzip einer internationalen Nahostkonferenz unter Federführung der UNO und unter Beteiligung der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrates auf der Basis aller Resolutionen der Vereinten Nationen zur Palästinafrage. Die PLO nimmt an der Konferenz als unabhängiger, gleichberechtigter Partner und als einziger legitimer Vertreter des palästinensischen Volkes teil;
4. Zurückweisung jeder Ersetzung der PLO als einziger Vertreterin des palästinensischen Volkes. Ablehnung jeder Art von Delegierung oder Teilung der palästinensischen Vertretung. Festhalten an der Unabhängigkeit der PLO und die Ablehnung jeder Bevormundung oder äußerer Einmischung in deren innere Angelegenheiten;
5. die Beziehungen zu Ägypten sollen während des nationalen Dialogs zur Vorbereitung des Nationalkongresses diskutiert werden.<sup>5</sup>

Noch von anderer Seite erhielt der Einigungsprozeß unerwartete Unterstützung: von Libyens Revolutionsführer Gadhafi – bis vor kurzem noch einer der Hauptwidersacher Arafats auf der arabischen Bühne. Vor allem die Angriffe auf die Camps im Libanon und die Versuche, den palästinensischen Widerstand



Jugendliche Opfer des Lagerkrieges in Shatila (oben); PLO-Einheit nach der Eroberung von Maghdousche, nahe Saida, im Herbst 1986 (unten)



# Resolution des politischen Komitees des Palästinensischen Nationalrats

Die Resolution des Politischen Komitees des Palästinensischen Nationalrats, die auf dessen 18. Sitzungsperiode im April 1987 in Algier verabschiedet wurde, gibt die Leitlinien für die Periode nach der Nationalrats-tagung wieder. Sie trägt von daher eine Art programmatischen Charakter für die Politik der Dachorganisation Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO).

Ausgehend von der palästinensischen Nationalcharta (aus dem Jahr 1968; d. Red.) und in Übereinstimmung mit den Beschlüssen vorheriger Nationalratssitzungen bekräftigen wir die folgenden Grundlagen der nationalen palästinensischen Arbeit im Rahmen der Palästinensischen Befreiungsorganisation, der einzig legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes:

## I. Auf palästinensischer Ebene

1. Wir halten an den unveräußerlichen nationalen Rechten des arabisch-palästinensischen Volkes auf Rückkehr in die Heimat, Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen Staates auf dem nationalen palästinensischen Boden mit Jerusalem als Hauptstadt fest. Wir bekräftigen die Verpflichtung zum politischen Programm der Palästinensischen Befreiungsorganisation, das die Verwirklichung dieser Rechte zum Ziel hat.

2. Wir bekräftigen, daß die Palästinensische Befreiungsorganisation die einzig legitime Vertretung unseres Volkes ist und lehnen die Bevollmächtigung, Stellvertretung oder Beteiligung Dritter an der palästinensischen Vertretung ebenso ab wie die Schaffung von Alternativen zur Palästinensischen Befreiungsorganisation.

3. Wir halten an der Unabhängigkeit der Palästinensischen Befreiungsorganisation fest und lehnen alle Formen der Bevormundung, der Einvernahme, der Einverleibung oder Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten sowie die Bildung von Alternativen für die PLO ab.

4. Wir bekräftigen die Fortsetzung des Kampfes in all seinen Formen – den bewaffneten Kampf, den Kampf der Massen und den politischen Kampf –, um unsere nationalen Ziele zu verwirklichen und die palästinensischen und arabischen Gebiete von der israelischen Besatzung zu befreien. Wir bekräftigen die Bekämpfung der Pläne der aggressiven imperialistisch-zionistischen Allianz in unserer Region, insbesondere die amerikanisch-israelische strategische Allianz. Wir sehen in diesem Kampf den wahren Ausdruck der nationalen Befreiungsbewegung unseres Volkes, die antiimperialistisch, antikolonialistisch und antizionistisch ist.

5. Wir lehnen die Resolution 242 des Sicherheitsrates weiterhin ab und betrachten sie nicht als Grundlage für die Lösung der Palästina-Frage, da sie die Palästina-Frage lediglich als Flüchtlingsproblem behandelt und die unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes ignoriert.

6. Wir bekräftigen, daß wir alle Lösungen und Pläne, die die Liquidierung der Palästina-Frage anstreben, ablehnen und bekämpfen, darunter das Abkommen von Camp



Nationalratspräsident Scheich Abdelhamid Sayeh (l.) im Gespräch mit Y. Arafat

David, den Reagan-Plan, den Autonomie-Plan und den Plan der „administrativen Teilung“ in all seinen Formen.

7. Wir halten an den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenz zur Palästina-Frage fest, insbesondere an den Resolutionen des Gipfels von Rabat im Jahre 1974. Der arabische Friedensplan von Fez aus dem Jahre 1982, der auf dem außerordentlichen Gipfeltreffen von Casablanca im Jahre 1985 bestätigt wurde, wird als Grundlage für die arabische Politik auf internationaler Ebene betrachtet, um eine Lösung für die Palästina-Frage zu finden und die besetzten Gebiete wiederzugewinnen.

8. Unter Berücksichtigung der UN-Resolutionen 58/38c und 43/41 hinsichtlich der Einberufung einer internationalen Konferenz für den Frieden im Nahen Osten sowie der UN-Resolutionen zur Palästina-Frage erklärt der Palästinensische Nationalrat seine Unterstützung für die Einberufung einer internationalen Konferenz im Rahmen und unter Obhut der Vereinten Nationen, an der die ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates sowie alle am Konflikt beteiligten Kräfte der Region, einschließlich der PLO, auf gleichberechtigter Ebene teilnehmen sollen.

Der Rat betont die Notwendigkeit, daß die internationale Konferenz in vollem Ausmaß Rechtsgültigkeit hat. Der Rat drückt seine Unterstützung für den Vorschlag zur Bildung eines Initiativkomitees aus und verlangt, daß dieses möglichst bald zusammentritt. Der Rat verweist in diesem Zusammenhang mit Hochachtung auf die Beschlüsse der 5. Islamischen Gipfelkonferenz in Kuwait, der 8. Gipfelkonferenz der Blockfreien in Hare und des dort gebildeten Koordinationsausschusses sowie der Konferenz der Organisation für Afrikanische Einheit in Addis Abeba, die die Einberufung einer internationalen Konferenz und die in diesem Rahmen erbrachten Bemühungen unterstützt haben.

9. Der Rat bekräftigt die Verstärkung der Einheit aller nationalen Kräfte und Institutionen in der besetzten Heimat unter Führung der PLO und die Entwicklung der Formen der Zusammenarbeit zwischen diesen Kräften in ihrem Kampf gegen den zionistischen Feind, gegen die israelische Politik der eisernen Faust, gegen die Autonomie-Pläne, die „administrative Teilung“, die Politik der vollendeten Tatsachen, den sog. Entwicklungsplan und in ihrem Kampf gegen alle

Versuche, eine künstliche Alternative zur PLO zu schaffen, einschließlich der Ernennung von Stadt- und Gemeinderäten. Der Rat bekräftigt die Unterstützung der Stabilität unseres Volkes, vertreten durch seine nationalen Kräfte und Institutionen.

10. Der Rat bekräftigt die Intensivierung der Arbeit, um die Lage in unseren Flüchtlingslagern im Libanon zu verbessern und die Einheit unseres Volkes unter Führung der PLO zu stärken. Der Rat betont, daß er an den Rechten unseres Volkes im Libanon festhält in Hinsicht auf Aufenthalt, Arbeit, Bewegungsfreiheit und sein Recht auf politische und soziale Tätigkeit. Der Rat lehnt alle Versuche ab, unser Volk zu vertreiben und zu entwaffnen, und bekräftigt das Recht unseres Volkes, gegen den zionistischen Feind zu kämpfen und sich selbst und seine Flüchtlingslager gemäß dem Kairoer Abkommen, das die Beziehungen zwischen der PLO und der libanesischen Republik regelt, und seinen Zusätzen zu verteidigen und zu schützen. Der Rat betont die Zusammenarbeit mit den libanesischen Brüdern und ihren nationalen Kräften im Widerstand gegen die israelische Besatzung im Libanon.

11. Der Rat betont seine Sorge um den Schutz unseres Volkes und die Berücksichtigung seiner Anliegen, wo immer es sich aufhält, und bekräftigt die Rechte unseres Volkes auf Aufenthalt, Bewegungsfreiheit, Arbeit, Bildung, Gesundheit und Sicherheit entsprechend den Beschlüssen der Liga der Arabischen Staaten und der internationalen Menschenrechtskonvention. Der Rat verlangt die Garantie auf freie politische Betätigung als Ausdruck der brüderlichen arabischen Beziehungen und der arabischen nationalen Zugehörigkeit sowie der Verstärkung seiner Verbundenheit mit seinen arabischen Brüdern.

## II. Auf arabischer Ebene

1. Der Rat fordert die Verstärkung der arabischen Solidarität auf der Basis der Beschlüsse der arabischen Gipfelkonferenzen und die Verpflichtung auf den Charakter der gemeinsamen arabischen Arbeit und des gemeinsamen Verteidigungs-Abkommens sowie die Mobilisierung der Mittel zur Befreiung der besetzten arabischen Gebiete, um der zionistischen Aggression und den amerikanischen Plänen entgegenzutreten, die unsere arabische Nation unter Kontrolle bringen wollen.

2. Der Rat fordert die Stärkung der Bündnisbeziehungen mit den Kräften der arabischen Befreiungsbewegung auf der Basis der Verwirklichung der Ziele des gemeinsamen arabischen Kampfes gegen Imperialismus und Zionismus und auf der Grundlage der Wiederbelebung der an der palästinensischen Revolution beteiligten arabischen Front, damit diese ihre nationale Rolle in der Unterstützung und Beschützung der Revolution wahrnehmen kann.

3. Der Rat fordert die Unterstützung des Kampfes des libanesischen Volkes und seiner nationalen Kräfte gegen die israelische Besetzung des Südlibanon und um die Einheit des Libanon, seines arabischen Charakters, seiner Unabhängigkeit sowie die Stärkung des

libanesisch-palästinensischen patriotischen Bündnisses.

#### Sonderbeschluss:

Der Palästinensische Nationalrat bringt seinen Stolz und seine Hochachtung für das libanesisches Brudervolk zum Ausdruck und bekräftigt die Fortsetzung der Allianz mit der heldenhaften libanesischen nationalen Bewegung unter Führung von Bruder Walid Jumblatt und den anderen Führern nationaler und islamischer Kräfte, mit denen wir gegen die zionistische Invasion und die Belagerung Beiruts gekämpft haben und mit denen wir weiterhin für die Befreiung des libanesischen Bodens von der zionistischen Besatzung kämpfen. Der Rat versichert diesen Kräften, daß die palästinensische Revolution weiterhin ihr Programm unterstützen wird, um gemeinsam im selben Schützengraben gegen die israelische Besatzung und Aggression des Libanon, für seine Einheit, seinen arabischen Charakter und seine Unabhängigkeit zu kämpfen.

4. Der Rat bekräftigt die Berechtigung, Beziehungen zwischen der PLO und Syrien auf der Basis der Ziele des antiimperialistischen und antizionistischen Kampfes anzustreben, entsprechend den Beschlüssen der arabischen Gipfel, insbesondere von Rabat und Fez, und auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Respekts, um zu engen patriotischen arabischen palästinensisch-syrischen Beziehungen zu gelangen.

#### 5. Der iranisch-irakische Krieg

Der Rat betont die Notwendigkeit, eine Einstellung des iranisch-irakischen Krieges anzustreben, da er für die beiden benachbarten muslimischen Völker zu einem Vernichtungskrieg geworden ist, der nur den imperialistischen und zionistischen Kräften dient und die arabischen Mittel und Energien fernab von ihrem wichtigsten Kampfgebiet gegen die zionistische Aggression, die vom amerikanischen Imperialismus gegen die arabische Nation und die islamischen Länder gerichtet ist, vergeudet.

Der Rat begrüßt die irakischen Friedensinitiativen, die die Einstellung des Krieges anstreben und die Schaffung von gutnachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern, unter Respektierung der nationalen Souveränität, der Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten sowie der Respektierung des politischen und sozialen Systems des jeweiligen Landes. Der Rat steht auf der Seite des brüderlichen Iraks in der Verteidigung seines Landes und jedes anderen Landes, das der Aggression und der ausländischen Invasion ausgesetzt ist. Der Nationalrat verurteilt die Besetzung irakischer Gebiete durch Iran und die amerikanisch-israelische Zusammenarbeit, die durch die amerikanischen und israelischen Waffengeschäfte dazu beiträgt, den Krieg zu verlängern.

#### 6. Jordanien

Der Nationalrat bekräftigt die besonderen Beziehungen, die das brüderliche palästinensische und jordanische Volk verbinden. Der Rat strebt die Entwicklung dieser Beziehungen im Interesse beider Völker und der arabischen Nation an sowie die Intensivierung des gemeinsamen Kampfes um die Unabhängigkeit Jordaniens gegenüber den Ambitionen des israelischen Expansionismus wie auch zur Verwirklichung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich seines Rechts auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen palästinensischen Staates.

Der Rat hält an den Beschlüssen fest, die die Beziehungen zu Jordanien betreffen, basierend auf der Tatsache, daß die PLO die einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete ist, wie dies der Beschluß von Rabat aus dem Jahre 1974 bekräftigt. Der Rat betont, daß jede zukünftige Beziehung mit Jordanien auf der Konföderation von zwei unabhängigen Staaten basieren muß. Der Rat bekräftigt die Beschlüsse der 15. Sitzungsperiode sowie die des Gipfels von Bagdad hinsichtlich der Unterstützung der Standhaftigkeit, einschließlich der Arbeit des gemeinsamen palästinensisch-jordanischen Komitees.

#### 7. Ägypten

Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die historische Rolle Ägyptens und seines großen Volkes im Rahmen des arabischen Kampfes gegen den zionistischen Feind und angesichts der Opfer des ägyptischen Brudervolkes und seiner heldenhaften Armee in der Verteidigung des palästinensischen Volkes und seiner nationalen Rechte und im Kampf für die arabische Einheit und für die Befreiung von Kolonialismus und Zionismus und im Kampf um die Befreiung der besetzten arabischen und palästinensischen Gebiete und würdigt die gesamtarabische und internationale Position Ägyptens und die Bedeutung seiner Rückkehr in die arabischen Reihen und die Übernahme seiner natürlichen Rolle auf arabischer Ebene.

Der Nationalrat beschließt, das Exekutivkomitee zu beauftragen, die Grundlagen der palästinensisch-ägyptischen Beziehungen entsprechend den Beschlüssen der aufeinanderfolgenden Sitzungsperioden des Nationalrats (insbesondere der 16. Sitzungsperiode) zu bestimmen. Sie beinhalten die Positionen und Richtlinien des palästinensischen Kampfes, an erster Stelle das Recht auf Selbstbestimmung, Rückkehr und die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates sowie die Anerkennung der PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes entsprechend den Beschlüssen der arabischen Gipfelkonferenzen hinsichtlich der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes und des palästinensischen und arabischen Kampfes gegen den zionistischen Feind.

### III. Auf internationaler Ebene

1. Der Rat betont die Verstärkung der Bündnisbeziehungen mit der internationalen Befreiungsbewegung.

2. Der Rat bekräftigt die enge Zusammenarbeit mit den islamischen, afrikanischen und blockfreien Staaten sowie die Intensivierung der Arbeit der PLO in diesen Ländern, um die Beziehungen mit ihnen zu intensivieren und mehr Unterstützung von ihnen zu erhalten.

3. Der Rat bekräftigt die Verstärkung des patriotischen Bündnisses mit den Staaten des sozialistischen Blocks, an ihrer Spitze die Sowjetunion, und mit der Volksrepublik China.

4. Der Rat bekräftigt die Unterstützung des Kampfes der Völker gegen Imperialismus und Zionismus im Kampf um ihre nationale Befreiung, insbesondere im Süden und Südwesten des afrikanischen Kontinents sowie in Mittel- und Südamerika. Der Rat bekräftigt die Verurteilung der Allianz zwischen den rassistischen Regimen in Tel Aviv und Pretoria, die gegen die arabische Nation

und gegen die Völker Afrikas gerichtet ist. Der Rat betont die entschlossene Unterstützung der afrikanischen Konfrontationsstaaten sowie der Völker in Südafrika und Namibia in ihrem Kampf gegen das rassistische Regime in Pretoria.

5. Der Rat betont die Notwendigkeit, mit allen Mitteln auf internationaler Ebene zu arbeiten, um den zionistischen Rassismus und seine Praktiken in der besetzten Heimat zu entlarven. Diese Haltung wird von der historischen UN-Resolution 3379 aus dem Jahre 1975, deren Annullierung vereitelt werden konnte, unterstrichen, nach der der Zionismus eine Form des Rassismus ist.

6. Der Rat betont die Notwendigkeit, die Entwicklung der positiven Stellungnahmen gegenüber unserem Anliegen in den westeuropäischen Gremien, in Japan, Australien und Kanada anzustreben sowie die Beziehungen mit den demokratischen Parteien und Kräften in den kapitalistischen Ländern, die unsere unveräußerlichen nationalen Rechte unterstützen, enger zu gestalten.

7. Der Rat betont die Notwendigkeit, sich am Kampf der Völker um Weltfrieden, internationale Entspannung, Einstellung des Rüstungswettlaufs, Verhinderung der Gefahr eines Atomkrieges zu beteiligen sowie die sowjetischen Initiativen in diesem Bereich zu unterstützen, auf die Gefahr der israelischen atomaren Bewaffnung in Zusammenarbeit mit Südafrika für die Region und den Weltfrieden aufmerksam zu machen und in allen internationalen Gremien für eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten einzutreten.

8. Der Rat bekräftigt die Notwendigkeit, die Beziehungen mit den demokratischen israelischen Kräften zu intensivieren, die den Kampf des palästinensischen Volkes gegen die israelische Besatzung und Expansion um die Verwirklichung seiner nationalen Rechte, einschließlich des Rechts auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen Staates unterstützen und die die PLO als einzig legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkennen.

Der Rat verurteilt alle zionistischen und vom amerikanischen Imperialismus geförderten Versuche, die jüdischen Bürger aus einer Anzahl von Ländern der Welt in das besetzte Palästina auswandern zu lassen, und fordert alle aufrichtigen Kräfte auf, dieser propagandistischen Kampagne und ihren schädlichen Auswirkungen entgegenzutreten.

9. Der Rat würdigt auf seiner 18. Sitzungsperiode die Anstrengungen des UN-Komitees zur Verwirklichung der unveräußerlichen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes in Zusammenarbeit mit anderen UN-Institutionen, insbesondere im Bereich der Organisation von internationalen Foren und Pressekonferenzen, um die Weltöffentlichkeit über die Ziele des Kampfes des palästinensischen Volkes zu informieren.

Außerdem würdigt und begrüßt der Rat die Bemühungen der nicht-staatlichen Organisationen, den Kampf des palästinensischen Volkes für die Verwirklichung seiner unveräußerlichen Rechte in Palästina zu unterstützen.

(Quelle: Palästina Bulletin, Bonn, Nr. 18/30.4., 1987, S. 5-9)



ein für allemal zu liquidieren, schienen Gadhafi umgestimmt zu haben, nachdem er sich aufgrund seines Tschad-Abenteuers zunehmend selbst isoliert hatte.

Ergänzend zu den Verhandlungen in Tunis lud er den Arafat-Vertrauten Abu Jihad, den Generalsekretär der Demokratischen Front, Naif Hawatmeh, sowie die gesamte Arafat-Opposition nach Tripoli ein. Dort wurde unter Teilnahme Mohammed Scharifs, des zweiten Mannes in Algerien, der schon bei der Erstellung des Dokuments von Tripoli aktiv mitgewirkt hatte, eine Formel erarbeitet, die es auch der Arafat-Opposition ermöglichen sollte, sich an dem geplanten Nationalkongreß zu beteiligen.

Das schließlich in Tripoli von allen Beteiligten (mit Ausnahme der Saika und der Fatah-Opposition um Abu Musa), also von der Demokratischen Front, der Volksfront, der Palästinensischen Kampffront, der Palästinensischen Befreiungsfront (Talaat Yaquoub) und dem Volksfront-Generalkommando unterzeichnete Dokument unterschied sich nur darin vom Tunis-Programm, daß der Abbruch der PLO-Beziehungen zu Ägypten ausdrücklich gefordert wird.

### Absage an „Autonomie“lösung

Trotzdem nahmen die wichtigsten Unterzeichnerorganisationen an der Nationalratstagung in Algier teil. Es fehlten lediglich die drei pro-syrischen Gruppierungen Saika, Abu Musas Fatah-Rebellen und das Volksfront-Generalkommando. Endlich offiziell in die Reihen der PLO aufgenommen wurde die PCP. Wenngleich auf dem 18. PNC die Diskussionen um eine Formel zu den palästinensisch-ägyptischen Beziehungen noch keinen Abschluß fanden, so bleibt festzuhalten, daß mit der Kündigung des Amman-Abkommens der Fortsetzung des Camp-David-Prozesses erst einmal ein Riegel vorgeschoben wurde.

Für das Mubarak-Regime nämlich war die Einbindung der PLO in eine jordanisch-palästinensische Delegation und die zukünftige Anbindung der Westbank an Jordanien nur ein weiterer Schritt zur Anwendung der mit Camp David eingeleiteten amerikanisch-israelisch-ägyptischen Lösungsformel. Die enge Abstimmung zwischen Ägypten, Jordanien und Israel bei einer sog. „Autonomielösung“ war einer der Eckpfeiler des Camp-David-Vertragswerkes.

Nach dem Peres-Besuch in Ägypten Ende Februar d.J. verlas der ägyptische Außenminister Esmet Abdel Meguid eine zwischen Peres und Mubarak ausgehandelte Erklärung, in der er „zur Abhaltung einer internationalen Konferenz, die zu direkten Verhandlungen



Moskau-Besucher H. Assad (r.) wurde von M. Gorbatschow (l.) gedrängt, den PLO-Vereinigungsprozeß zu unterstützen und selbst auf Aussöhnungskurs gegenüber der PLO zu gehen

zwischen den betroffenen Parteien auf der Basis der Resolutionen des UN-Sicherheitsrats 242 und 338 führen sollte“, aufrief. Dabei sollten die palästinensischen Vertreter innerhalb der jordanischen Delegation einvernehmlich von Jordanien, Israel und Ägypten benannt werden.<sup>6</sup>

Die Antwort Kairo auf den Nationalrat kam denn auch prompt. Schon einen Tag nach Beendigung der Tagung des palästinensischen Exilparlaments ordnete das Mubarak-Regime die Schließung aller PLO-Büros in der ägyptischen Hauptstadt an.

Bis zuletzt war von allen Seiten Druck auf die am Dialog beteiligten Organisationen ausgeübt worden, um den Vereinigungsprozeß doch noch zu verhindern.

### Streitpunkt Nahostkonferenz

Nachdem klar war, daß der Palästinensische Nationalrat tagen werde, versuchten die USA, die arabische Reaktion und die israelische Sozialdemokratie mit einer hektischen Nahostreisediplomatie zuvor zu einer gemeinsamen Formel für eine internationale Nahostkonferenz zu gelangen. Ägyptische Quellen verbreiteten z.B. das Gerücht, daß die USA bereit seien, über einen Mitarbeiter des Verantwortlichen im US-Außenministerium für den Nahen Osten, Richard Murphy, den direkten Dialog mit der PLO aufzunehmen.

Jordanis Außenminister Teher Masri bestritt die Befugnis des palästinensischen Nationalrates, das Amman-Abkommen zu kündigen und drohte, falls das dennoch geschähe, „sei damit die Errichtung einer palästinensisch-jordanischen Konföderation nicht mehr durchsetzbar und das bedeute, daß dadurch die gesamten Bemühungen um eine friedliche Lösung des Nahostproblems gefährdet seien“.<sup>7</sup>

Druck kam auch aus Damaskus, das nach wie vor auf die Errettungsfront statt auf eine wiedervereinigte PLO setzt. Das Assad-Regime lehnt zwar offiziell die US-Formel von direkten Verhandlungen mit Israel ab, da dies eine Schwächung der arabischen Position gegenüber dem zionistischen Gegner bedeutet.

Daher auch die Kritik an den ägyptischen Alleingängen seit Camp David. Andererseits scheint die Anbindung der PLO an Jordanien stillschweigend von Syrien toleriert worden zu sein.

Trotzdem reichte der Druck auf die palästinensischen Fraktionen nicht aus, um den Einigungsprozeß zu verhindern.

Das liegt einmal an der Uneinigkeit über eine Formel für Nahostverhandlungen in Israel selber. Dort droht die Koalitionsregierung zwischen Arbeiterpartei und Likud-Block an der Frage der internationalen Nahostkonferenz auseinanderzubrechen.

Nach der Rückkehr Peres' aus Kairo, warnte Ministerpräsident Schamir seinen Außenminister, daß „die internationale Konferenz eine Falle sei, um Israel zu zwingen, die während des Krieges von 1967 eroberten Gebiete, einschließlich Jerusalem zu räumen. Die Konferenz 'käme einem nationalen Selbstmord gleich'“.<sup>8</sup>

Auch im imperialistischen Lager zeigen sich erste Risse, seit die EG versucht, in ihrer Nahostdiplomatie ein eigenes Profil zu gewinnen. Zwar erwähnt auch die Erklärung der EG-Außenminister zum Nahen Osten von Februar 1987 nicht ausdrücklich die Teilnahme der PLO als Vertreter des palästinensischen Volkes oder dessen Recht auf einen eigenen Staat.

Aber im Gegensatz zu den USA spricht die EG vom Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes und fordert ausdrücklich die Beteiligung der Sowjetunion an der Beilegung des Nahostproblems. Sie tut das ohne die amerikanisch-israelische Bedingung, daß die Sowjet-

union zuvor die diplomatischen Beziehungen zu Israel wiederherstellen müsse. Neben Algerien waren die Sowjets die bedeutendsten Promotoren des palästinensischen Dialogs. Zu Anfang der PLO-Spaltung hatten sie eine aktive Unterstützung für den Wiedervereinigungsprozeß daran geknüpft, daß die Differenzen zwischen der PLO und ihrem zweitwichtigsten Nahostverbündeten Syrien beigelegt würden. Doch bewirkten das syrische Liebgelohn mit saudischem Geld und der hartnäckige syrische Widerstand gegen den palästinensischen Dialog eine neue Prioritätensetzung in der sowjetischen Nahostpolitik.

Die Wiederherstellung der Einheit der PLO auf antiimperialistischer Grundlage rückte in den Mittelpunkt des sowjetischen Interesses. Gerade eine starke und einige PLO ist ein wichtiger Faktor, der seinerseits wiederum die antiimperialistische Ausrichtung der syrischen Außenpolitik festigen helfen kann.

Bei einer Moskauvisite Ende April d.J. pflichtete Präsident Assad jedenfalls der sowjetischen Führung darin bei, daß vereinte Anstrengungen notwendig seien, „die Einheit der Reihen der palästinensischen Widerstandsbewegung auf prinzipieller, antiimperialistischer Plattform wiederherzustellen“ und um die Einberufung einer internationalen Nahostkonferenz unter UN-Schirmherrschaft und „unter Beteiligung aller unmittelbar interessierten Seiten“ durchzusetzen.<sup>9</sup>

Der wichtigste Faktor im Vereinigungsprozeß war jedoch die Standhaftigkeit der palästinensischen Massen in den Lagern des Libanon, die sich trotz sechsmonatiger Blockade allen Versuchen der Liquidierung des palästinensischen Widerstands erfolgreich widersetzt haben. Entsprechendes gilt für den Aufstand der Palästinenser in den besetzten Gebieten, der sich nicht nur gegen die zionistische Besatzungsmacht, sondern ebenso gegen die jordanische Bevormundung richtete.

Die Einheitsfront aller palästinensischen Kräfte an der Basis zur Verteidigung der Camps im Libanon und gegen die jordanisch-israelische Arbeitsteilung war wichtigster Wegbereiter des palästinensischen Dialogs und der Wiederherstellung der Einheit der PLO.

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Beitrag von L.A. Heinrich in: AIB 3/1987, S. 20-22
- 2) DFLP-Bulletin, Damaskus, August 1986
- 3) Vgl. AL-Sharq Al-Awsal, London, 21.3.1987
- 4) Wortlaut in: AIB 11-12/1982, S.6
- 5) Al-Qabas, Kuwait, 17.3.1987
- 6) International Herald Tribune (IHT), Paris, 28.2./1.3.1987
- 7) An-Nida, Beirut, 24.3.1987
- 8) IHT, 10.4.1987
- 9) Gemeinsame sowjetisch-syrische Erklärung. Zit. nach: APN, Moskau, 26.4.1987

Unter dem Eindruck des zählbaren Lagerkrieges gegen die Palästinenser im Libanon hat sich die Weltöffentlichkeit dem Erfordernis einer Lösung des Nahostkonflikts und seines Kerns, der Palästinafrage, wieder zugewandt. Die seit dem Libanonkrieg 1982 beiseite gelegte Idee einer internationalen Nahostkonferenz ist ernsthaft ins Gespräch gebracht worden, befürwortet auch von den EG-Außenministern und der soeben wiedervereinigten palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). In der Bundesrepublik sucht der im Februar d.J. gebildete Trägerkreis „Rettet die Palästinenser im Libanon“, in dem Grün-Alternative, medico international, das Antiimperialistische Solidaritätskomitee u.a. zusammenarbeiten, die Palästina-Solidarität wieder auf breitere Füße zu stellen. Zugleich ist in den Reihen der Grünen, speziell der neuen Bundestagsfraktion, ein Streit über die Zulässigkeit eines solchen Internationalismus entbrannt. Ellen Olms, Grünen-MdB, Mitglied im Unterausschuß Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Ausschusses und eine der Initiatorinnen des Trägerkreises, bezieht Position zu dieser Nahost-Debatte. Anlässlich des 20. Jahrestages von israelischem Junikrieg und Besetzung scheint uns eine solche Diskussion über Sinn und Prioritäten von Palästina- bzw. Nahost-Solidarität überfällig zu sein, und sollte über die Grünen hinausreichen. Weitere Diskussionsbeiträge sind sehr erwünscht (Obergrenze bitte drei Schreibmaschinenseiten), und könnten für den Klärungsprozeß im Vorfeld des vom Trägerkreis für November 1987 geplanten Nahost-Dialogforums hilfreich sein.

## Ellen Olms (GRÜNEN-MdB)

# Wissen wir um die Dramatik des Palästina-Problems?



Nach den offiziellen Angaben der UNRWA, des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten, beträgt die Zahl palästinensischer Flüchtlinge in jenen Staaten und Gebieten, die an Israel grenzen, über 2 Mio. Es ist evident, daß für diese Zahl von Menschen ein Ministaat an der Seite Israels, errichtet in den 1967 besetzten Gebieten, viel zu klein ausfallen würde.

Israel in den Vor-67-Grenzen umfaßte ein Territorium von 20.700 qkm, das Gebiet eines palästinensischen Separatstaates – wie es in der Regel diskutiert wird (Westbank, Gaza, Ostjerusalem) – würde hingegen ganze 6.311 qkm ausmachen. Von einer symmetrischen Lösung könnte also nicht im geringsten die Rede sein.

Der palästinensische Ministaat, auf den sich heute unsere Forderungen – beeindruckt von der israelischen Strategie des Tatsachenschaffens – bereits reduziert haben, würde das palästinensische Problem kaum lösen, den ca. 2,2 Mio Palästinensern, die heute im Gebiet des historischen Palästina leben, geschweige denn den weltweit ca. 5 Mio Angehörigen dieses Volkes keine Perspektive bieten können.

Dazu kommt noch, daß Israel bislang keinerlei Anstalten unternimmt, die Errichtung eines palästinensischen Ministaates zu ermöglichen. Obgleich dieser Ministaat – eingeklemmt zwischen Jordanien, Israel, der Wüste und der Küste – keine Beeinträchtigung der Sicherheit des zionistischen Staates darstellen könnte.

Die israelische Strategie läuft vielmehr darauf hinaus, Fakten zu schaffen, die dann als unumkehrbar erscheinen. Allein auf der Westbank wurden bis heute ca. 117 Siedlungen mit ca. 50.000 Bewohnern errichtet. Weitere 90.000 jüdische Siedler haben sich um Ostjerusalem niedergelassen.

In der Regel geht die Etablierung der Siedlungen mit Landnahme und Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung einher. Während allenthalben dem Dialog das Wort geredet wird, werden Tatsachen geschaffen, die die Ausgangsposition der Palästinenser in diesem Dialog zusehends verschlechtern und schon bald selbst den palästinensischen Ministaat als utopisch erscheinen lassen. Die selben Gründe, die uns heute zur Anerkennung des Staates Israel bewegen, könnten uns morgen dazu veranlassen, vom Recht des palästinensischen Volkes auf Eigenstaatlichkeit überhaupt Abstand zu nehmen.

Auch die Initiativen des israelischen Außenministers Peres, der gemeinhin als gemäßigte und aufgeschlossene Alternative zu Schamir gehandelt wird, stellen bezüglich einer Nahost-Friedenskonferenz keine Abweichung von dieser Strategie dar. Die Emsigkeit, die Peres an den Tag legt, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß zwischenzeitlich in den besetzten Gebieten weiter Fakten geschaffen werden.

### Israel schafft Fakten

Anlässlich eines Besuchs in Washington erläuterte Peres vor israelischen Journalisten, Hauptsache sei, den Friedensprozeß in Bewegung zu halten. Die israelischen Bedingungen seien ohnedies für die Araber unannehmbar.

Derweil plagen den israelischen „Staat ohne Grenzen“ arge demographische Probleme,

die eine weitere Eskalation des israelisch-palästinensischen Konfliktes befürchten lassen. Seit einiger Zeit sieht sich Israel damit konfrontiert, daß die Zahl jüdischer Immigranten abnimmt, während zugleich die Emigrationsrate steigt.

Vor diesem Hintergrund sind auch die Bemühungen der israelischen Regierung zu sehen, mit der Sowjetunion eine Übereinkunft zu erzielen, wonach es den dort lebenden Juden im Falle ihrer Auswanderung nur noch gestattet ist, den direkten Weg nach Israel zu nehmen. Bislang wurden sie zunächst nach Wien ausgeflogen, von wo aus sich jedoch nur jeder fünfte Emigrant nach Israel begab.

In dem von der israelischen Rechten postulierten Groß-Israel leben heute 3,55 Mio. Juden und mindesten 2,2 Mio. Palästinenser. Dies bedeutet, daß letztere also schon heute annähernd 40% der Bevölkerung dieses Groß-Israel darstellen. Da ihre Zuwachsraten mehr als doppelt so hoch wie die jüdisch-israelische ist, ist der Zeitpunkt, wo sie eine Mehrheit im historischen Palästina bilden würden, absehbar.

Diese Tendenz setzt – wenn es denn tatsächlich um Aussöhnung ginge – genau genommen den binationalen Staat auf die Tagesordnung, also jene Staatsform, von der wir bereits zugunsten der vermeintlich realitätstüchtigeren Separat- und Ministaatlösung Abstand genommen haben bzw. bestenfalls noch als dem Zugriff entrückte Ideallösung betrachten. Als Fernziel, das zwar hehre und somit an und für sich erstrebenswert ist, indes als nicht länger realisierbar erscheint bzw. wenn, dann nur über den Umweg des palästinensischen Separatstaates.

Theoretisch bleiben dem israelischen Staat folgende Möglichkeiten, mit dem demographischen Dilemma und seinen politischen Implikationen umzugehen:

- Die vollständige juristische Annexion der besetzten Gebiete, die jedoch die Unterstellung der Palästinenser unter die israelische Gesetzgebung beinhalten müßte, inklusive des Wahlrechts usw.
- Die Vertreibung der Palästinenser aus den besetzten Gebieten.
- Die Errichtung von Apartheid-Strukturen, die die Palästinenser zu einem Dasein von Bürgern zweiter Klasse verdammen.

### Die Schwachen sind die Palästinenser, nicht Israel

Mit einer vollständigen juristischen Annexion – inklusive der damit verbundenen Gleichstellung von jüdischer und palästinensischer Bevölkerung (= binationaler Staat) – ist kaum zu rechnen. Denn eine solche Gleichstellung würde den Charakter des zionistischen Staates erheblich verändern, ja letztlich das Ende des Zionismus (als Staatsideologie) bedeuten. Aus der Logik des zionistischen Staates ist die juristische Annexion nur dann eine Option, wenn zuvor das demographische Problem gelöst wird. Im Klartext bedeutet dies: Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus den annektierten Gebieten, um so die disloyale Bevölkerungsgruppe auf einen Umfang zu reduzieren, der es ermöglicht, gegen sie anzugreifen.

Die andere Alternative würde aus zionistischer Sicht und Logik darin bestehen, Struk-



Patrouille israelischer Besatzer in Nablus (Westbank)

turen der Apartheid zu etablieren, die die palästinensische Bevölkerung in einem halbkolonialen Zustand halten. Wahrscheinlich ist, daß beides erfolgt: Vertreibung bei gleichzeitiger Verfestigung der bereits existierenden Apartheid-Strukturen.

Ein Ende der palästinensischen Tragödie ist somit keineswegs in Sicht. Im Gegenteil: Unterdrückung und Vertreibung des palästinensischen Volkes werden lediglich in ein neues Stadium treten. Die Gewalt in der Region wird weiter eskalieren.

Ich bin mir zuweilen nicht darüber im klaren, inwieweit die Dramatik der Situation der grünen Partei und grünen Bundestagsfraktion überhaupt bewußt ist. Die Distanzierung vom palästinensischen Recht auf Selbstbestimmung kann in dieser Situation nur bedeuten, das palästinensische Volk zur Vernichtung freizugeben. Sei es durch Israel, sei es durch Syrien, sei es durch die USA und ihre Verbündeten.

Weder die PLO noch die arabischen Staaten stellen für den hochgerüsteten israelischen Staat eine ernsthafte Bedrohung dar. Israel hat 1967 der geballten Macht arabischer Staaten binnen sechs Tagen den Garaus gemacht. Eine Neuauflage dieser panarabischen Front ist heute überhaupt nicht in Sicht. Mit Jordanien, Ägypten und Saudi-Arabien verfügt Israel vielmehr über mehr oder weniger enge Verbündete in der arabischen Welt.

Sofern es um die Palästinenser geht, kann auch Syrien kaum zum Gegner Israels erklärt werden, wie die Ereignisse im Libanon zeigen, wo Damaskus und die Amal z.Zt. auch das Geschäft Israels erledigen. Zudem würde jeder Angriff auf Israel, der dessen Existenz tangiert, die größte Militärmacht der Welt – die USA – auf den Plan rufen.

Das palästinensische Volk weiß nicht derartig mächtige Verbündete an seiner Seite. Im Gegensatz zu Israel ist dieses Volk ohne Staat tatsächlich ständig feindlichen Feldzügen ausgesetzt (wer hat sich an den Palästinensern in der Region eigentlich noch nicht vergangen? Israel, Jordanien, Syrien, libane-

sische Falangisten, schiitische Amal-Milizen usw., sie alle haben sich – z.T. wiederholt – Massakern an Palästinensern schuldig gemacht).

Die Sicherheit des israelischen Staates wie das Existenzrecht der jüdischen Bevölkerung wird und kann heute von niemandem in der Region ernsthaft in Frage gestellt werden. Die Sicherheit des israelischen Staates wird im übrigen auch nicht durch U-Boot-Exporte nach Saudi-Arabien tangiert, wie dies Otto Schily und Waltraud Schoppe glauben machen wollen. Das letzte, wozu diese Waffen vorgesehen sind, ist ein Angriff auf Israel. Saudi-Arabien gelangt seit einigen Jahren aus den selben Gründen bevorzugt in den Genuß hochwertiger westlicher Rüstungsgüter wie zuvor (und noch immer) Israel.

Während die Sicherheit Israels und das Existenzrecht seiner jüdischen Bevölkerung also von niemandem ernsthaft zur Disposition gestellt werden können, ist es um die Sicherheit und Existenz der Palästinenser weit schlechter bestellt. Das Damoklesschwert von Vernichtung und Vertreibung schwebt z.Zt. mal wieder sehr niedrig über dem palästinensischen Volk. Nicht die Israelis, sondern die Palästinenser sind in diesem Konflikt die Schwachen, Gedemütigten, Entrechteten. Es ist exakt diese Tatsache, die unsere Parteilichkeit im israelisch-palästinensischen Konflikt bestimmt.

PS: Wir sind z.Zt. damit befaßt, ein kleines Dossier zum militärischen Kräfteverhältnis in der Region wie zur politischen/ökonomischen/militärischen Rolle der einzelnen Staaten zu erstellen. Das Dossier soll verdeutlichen, daß von einer ernsthaften Bedrohung Israels überhaupt nicht die Rede sein kann, hingegen sich die PLO mit einer weit überlegenen Militärmacht konfrontiert sieht. Womöglich trägt das Dossier mit dazu bei, die grüne Nahost-Debatte auf die Füße zu stellen.

Das Dossier ist ab sofort über mein Büro beziehbar (Ellen Olms, HT-Anbau, Zimmer 207/208, 5300 Bonn, Tel.: 0228/165133 o. 0228/165525).

## Interview mit Jose Maria Sison

# Aquino-Regime auf tönernen Füßen

Jose Maria („Joma“) Sison, 48, ist einer der herausragenden Theoretiker der philippinischen Linken. Er zählte 1964 zu den Gründern des progressiven Jugendverbandes Kabataang Makabayan (heute eine der 12 Mitgliedsorganisationen der Nationalen Demokratischen Front (NDF), der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) um die Jahreswende 1968/69 und der Ende August letzten Jahres entstandenen Volkspartei (Partido ng Bayan, PnB). Im November 1977 wurde Sison von Militärs gefangen genommen, blieb bis Anfang März 1986 in Einzelhaft und wurde zwischenzeitlich schwer gefoltert. Er schrieb Gedichte, politische Essays und lehrt heute am „Asian Center“ der „University of the Philippines“ in Quezon City Politologie.

Während eines mehrtägigen BRD-Aufenthaltes im April d.J. gewährte Sison unseren Mitarbeitern Rainer Werning und Ulrich Rothhoff eines seiner längsten Interviews. Hier Auszüge aus dem knapp sechsstündigen Gespräch, dessen vollständiger Wortlaut demnächst im Rahmen eines Buchprojekts erscheint.

**AIB:** Es scheint, als dauere innerhalb der philippinischen Elite ein scharfer Machtkampf an. Wie siehst Du diesen Machtkampf und wie charakterisierst Du die derzeitige Regierung?

**J.M. SISON:** ...der Zerfallsprozeß des Systems dauert an. Nach der faschistischen Diktatur haben wir es nunmehr mit einer Fraktionalisierung der Hauptkomponente der Staatsmacht, der Streitkräfte der Philippinen (AFP) zu tun. (...) Ich sehe im wesentlichen drei reaktionäre Fraktionen, nämlich die Aquinos, Enriles und Marcos'. (...) Die Wirtschaftskrise wird fortschreiten und den einzelnen reaktionären Fraktionen einen nur begrenzten Handlungsspielraum für Schlichtungsversuche lassen.

Während die Fraktionen innerhalb der AFP die zivilen Fraktionen widerspiegeln, besteht dennoch die Möglichkeit eines Militärputsches, getragen von einer Gruppe, die nicht notwendigerweise einer der oben beschriebenen Fraktionen zuzuordnen ist. Angriffsflächen wird das Aquino-Regime nach einer Zeit zur Genüge mit dem Unvermögen offensiblen, Reformen einzuleiten, die revolutionäre Bewegung niederzuwerfen und der Korruption Herr zu werden. (...)

**AIB:** Wie hat sich die Linke während des Referendums verhalten?

**J.M. SISON:** Des Referendums über die Aquino-Verfassung?

**AIB:** Ja.

**J.M. SISON:** Die Linke vertrat zwei Standpunkte.

Die CPP und andere Untergrundorganisationen sahen sich bezüglich der Volksabstimmung über jeglicher Entscheidungspflicht stehend. Dies galt sowohl für die Frage der Teilnahme überhaupt als auch für die Frage der Zustimmung bzw. Ablehnung.

Sie sind sich der Natur ihrer revolutionären Bewegung bewußt. Diese besteht in der Ablehnung des Systems der Großgrundbesitzer und Kompradoren und in der Schaffung einer Volksregierung mit eigener Verfassung. Die revolutionären Kräfte haben wirkungsvollen Einfluß in den Guerilla-Fronten mit ihren 10 Mio Menschen oder 20% der philippinischen Bevölkerung, organisiert in Massenorganisationen mit eigenen Organen der politischen Macht.

Der zweite Standpunkt der Linken, vertreten durch legale demokratische Kräfte wie der multisektoralen Allianz BAYAN (Bagong Alyansa Makabayan), war die Option einer Aufklärungskampagne, um dem Volk die positiven und negativen Aspekte der Aquino-Verfassung nahezubringen. Die letztendliche Entscheidung hat Bayan den einzelnen Mitgliedsorganisationen überlassen.

### Doppeltaktik der Linken

Es kann gesagt werden, daß BAYAN über seine Mitgliedsorganisationen an drei Standpunkten beteiligt war: als über der Entscheidungspflicht stehend, ein grundsätzliches Nein sowie ein kritisches Ja. (...)

Der gemeinsame Nenner der linken Positionen ist die Kritik oder Zurückweisung wesentlicher Bestimmungen der Aquino-Verfassung, nämlich jener, die die US- und feudale Vorherrschaft erhalten und ausbauen. Gemeinsam ist allen drei linken Positionen die national-demokratische Linie, d.h. Ablehnung des proimperialistischen und feudalen Charakters der Aquino-Verfassung. (...)

Die Kompradoren und Großgrundbesitzer als Vertreter der politischen Rechten



vertraten ebenso zwei Standpunkte. Das Aquino-Lager stimmte der Verfassung mit einem unkritischen Ja zu, weil die Verfassung in ihren Augen schlicht wunderschön ist. Stillschweigen wird hier über die proimperialistischen und feudalen Bestimmungen gewahrt. (...)

Der zweite Standpunkt der Rechten ist der der sog. prinzipienlosen oder schamlosen Ablehnung, wie er von den Marcos- und Enrile-Fraktionen formuliert wurde. Ihnen geht es schlicht um das Festhalten an der faschistischen Verfassung von 1973 mit dem Kalkül, erneut eine Präsidentschaftswahl abhalten lassen zu können (durch die Annahme der Verfassung wurde die Amtszeit Aquinos um sechs Jahre verlängert; d. Red.). Als Begründung wird auf die Tatsache verwiesen, daß Aquino mit ihrer Machtergreifung über den Volksaufstand vom Februar 1986 den Marcos'schen Legalitätsrahmen verlassen hatte. (...)

**AIB:** Parlaments- und Kommunalwahlen sind für Mai und August d.J. angesetzt. Wird die interne Debatte der Linken zum Vorteil oder Nachteil gereichen?

**J.M. SISON:** Welche Debatte?

**AIB:** Die Frage der Teilnahme, welche Erwartungen mit den Wahlen verknüpft sind, welches Ergebnis die Wahlen nach Deiner Meinung haben werden und schließlich, ob die Linke Vor- oder Nachteile aus den Wahlen gewinnt.

**J.M. SISON:** (...) Die CPP kann sich nicht an einem Wahlgang des Systems beteiligen, weil sie eine neue, eine Volksregierung mit eigener Verfassung schafft. Außerdem steht die CPP jenseits des reaktionären Gesetzes, kann also nicht an Wahlen teilnehmen.

Was also ist die Aufgabe der CPP in den bevorstehenden Wahlen? Sie kann den besonderen Charakter der legalen demo-

kratischen Kräfte und deren legalen Formen des Kampfes respektieren, d.h. Anerkennung der Entscheidung dieser Kräfte, an den Wahlen teilzunehmen oder sie zu boykottieren. Dieser feine Unterschied sollte wohl verstanden werden: Der Unterschied zwischen dem Selbstverständnis der CPP, d.h. als über einer Entscheidungspflicht stehend, und der Anerkennung des legalen Kampfes, einschließlich der damit einhergehenden Entscheidungen. (...)

In der jüngeren Geschichte des Landes gab es Situationen, die eine Teilnahme, wie bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen im Vorjahr, und Situationen, die einen Boykott – wenn dieser Begriff schon einmal herangezogen werden soll – geboten, wie bei den Präsidentschaftswahlen von 1981. Beide Wahlgänge können vom Standpunkt der CPP nur als Possen begriffen werden.

Die PnB hat als Speerspitze der legalen demokratischen Kräfte ihre Teilnahme an den bevorstehenden Wahlen angekündigt. Sie wird den im Februar 1986 vom Volk geschaffenen demokratischen Freiraum zur Eroberung eines Anteils der Legislative nützen, um den Reaktionären bei der Desintegration des Systems ein wenig zur Hand zu gehen. Desintegration meint, Bloßstellung des und Opposition zum antinationalen und antidemokratischen Kurs der herrschenden reaktionären Fraktion als auch Einsatz des gewonnenen Machtanteils im Dienste und zum Wohle des Volkes.

Für die Senatswahlen war es der PnB nur möglich, ganze sieben Kandidaten statt der angestrebten 25 aufzustellen. Ich verstehe nur allzu gut, warum dies so gekommen ist; nämlich wegen der besonderen Maßnahmen, die von den Mächtigen im Lande ergriffen wurden, um die PnB zu zerschlagen oder doch wenigstens zu verkrüppeln.

Die besonderen Maßnahmen haben die gemäßigten aber gleichsam relativ progressiven Elemente so verunsichert, daß sie von einer Kandidatur (für die PnB; d. Red.) Abstand nahmen. Vor und seit ihrer Gründung ist die PnB Ziel einer

Verleumdungskampagne, der leicht entgegenzuwirken wäre, wäre sie nicht in massiven Terror eingebettet.

Die Entführung und Ermordung von Rolando Olalia (PnB-Präsident; d. Red.) steht stellvertretend für den vielfachen Terror gegen Mitglieder aus allen Ebenen der Partei.

Zudem saß die Wahlkommission (Comelec) mehrere Monate auf unseren Anträgen (zur Wahlzulassung; d. Red.). Nach dem abschlägigen Entscheid war die PnB gezwungen, Erklärungen abzugeben und Bedingungen zu erfüllen, wie sie von keiner anderen Partei verlangt wurden, wie sie selbst Marcos vom politischen Gegner nie verlangt hatte. Es fügt sich nahtlos in die Schikane, daß die Zulassung bis zur letztmöglichen Minute hinausgezögert wurde. (...) Das Problem der unvollständigen Liste ist nicht zu unterschätzen, suggeriert es doch den Eindruck der Unvollständigkeit und Schwäche. (...)

### Behinderung der Pr B

Mit mindestens 20% der Sitze kann die PnB aus den Wahlen zum Unterhaus hervorgehen, wenn nicht die zu erwartende Taktik des Militärs und der Reaktionäre aufgeht, die Bevölkerung in PnB-Hochburgen mit blankem Terror einzuschüchtern. Doch auch ohne Terror sind Wahlunregelmäßigkeiten Tür und Tor geöffnet, denn der PnB ist die offizielle Benennung von Wahlbeobachtern von der Comelec verweigert worden. (...) Die legale Linke muß einen Zeitrahmen abstecken, der über die unmittelbar bevorstehenden Wahlen und auch über das eventuelle Referendum über die Zukunft der US-Militärbasen hinausgeht. Die PnB muß von ihren legalen Rechten Gebrauch machen und eine permanente Aufklärungskampagne an der Basis betreiben. Dieser Punkt muß ... Vorrang vor kurzfristigen Wahlkämpfen erhalten. (...)

**AIB:** Eine Zwischenfrage: Wieviel Mitglieder hat die PnB gegenwärtig?

**J.M. SISON:** Nach Schätzung des Partei-

vorstandes lag die Mitgliederzahl im November 1986 bei 500.000.

Es ist zu berücksichtigen, daß die PnB erst Ende August letzten Jahres mit gut 50.000 Mitgliedern gegründet wurde. Der gewaltige Anstieg der Mitgliederzahlen kann der Tatsache zugeschrieben werden, daß die multisektorale Allianz BAYAN mit ihren 1.200 Unterorganisationen und mehr als 2 Mio Mitgliedern der PnB als Hauptreservoir dient.

**AIB:** Es scheint, als sei Präsidentin Aquino dazu entschlossen, den Kampf gegen die Neue Volksarmee (NPA) auf jeden Fall militärisch gewinnen zu wollen. Haben sie und ihre Militärs ein operables Aufstandsbekämpfungsprogramm und wie stark sind die sich bekämpfenden Kräfte, die Linke und das Militär, einzuschätzen?

**J.M. SISON:** Die Architekten des aktuellen Aufstandsbekämpfungsprogramms, der Strategie des Konflikts niedriger Intensität (LIC; siehe AIB 4/1987, S. 8-11) sind im Pentagon und im CIA beheimatet. Frau Aquino macht nichts weniger, als den Regieanweisungen aus den USA Folge zu leisten. Sie, die süß lächelnde Präsidentin, hat wie Duarte in El Salvador die Rolle der Symbolfigur des gesamten Systems zugeschrieben bekommen. Als personifizierte Unschuld ist sie gegen jeglichen Vorwurf der Menschenrechtsverletzung gefeit. (...)

Seitens der USA wird von den AFP erwartet, die barbarischen Aktionen gegen die Zivilbevölkerung zu intensivieren, stärker noch als unter Marcos, um den Fall des Systems zu verhindern. Aquinos Popularitätsbasis, d.h. der brüchige Anti-Marcos-Konsens, schwindet durch die eskalierenden Militärraunereien gegen das Volk und durch solch alberne Verlautbarungen wie z.B., das Problem der sogenannten Aufstandsbekämpfung sei keine Frage sozio-ökonomischer Reformen, sondern eine militärische.

Ihr Fünfjahresplan ist schlimmer noch als jeder der Ära Marcos, ist mit ihm doch ein Großteil des begrenzten wirtschaftlichen Potentials der ausufernden Aufstandsbekämpfung gewidmet – dies

C. Aquino (hier auf Staatsbesuch bei Reagan) ist Garant der US-Interessen: Ex-Guerillero Buscayono im Wahlkampf für die PnB (r.)



ein weiterer Gesichtspunkt des neuen Aufstandsbekämpfungsprogramms. Die bösartigen Aktionen der Militärs und Paramilitärs gegen das Volk werden öffentlich mit Beifall bedacht. Auch der Einsatz lumpenproletarischer Elemente in Todesschwadronen ist kein Tabu; so stehen Gruppen wie Alsa Masa und Nagkakasa unter der direkten Kontrolle der Militärs. Die eher zivile Variante des Blockwartsystems findet sich im Denunziantendachverband Citizens Actions Committees unter der Schirmherrschaft der Abteilung für lokale Regierung und Gemeinschaftsentwicklung (DLGCD). (...)

Das Ziel der USA im jetzt zweiten Amtsjahr der Präsidentschaft Aquino kommt dem der seinerzeitigen Operation Phönix in Vietnam sehr nahe; und ein Bündel von Parallelen finden wir zudem in Mittelamerika. Dennoch: die USA und die philippinische Reaktion besorgen nichts weniger als das Ausheben der eigenen Gräber.

Die sozialökonomische Krise verschärft sich im Gleichschritt mit der politischen Krise. Wenn es den Herrschaftsträgern nicht gelingt, mit etwas anderem als militärischen Strategien aufzuwarten, dann bleibt dem Volk keine andere Wahl als der Griff zu den Waffen, gerade auch angesichts der hoffnungslosen Zersplitterung der Reaktion mit ihren bewaffneten Fortsätzen innerhalb wie außerhalb der AFP.

Frau Aquino bekam ihre Präsidentschaft von den USA mit der Zustimmung garantiert, in den AFP eine eigene Fraktion als Gegengewicht zu den Fraktionen Enriles und Marcos' führen zu dürfen. Es ist angemessen, von einer US-Aquino-Clique zu sprechen; aber Frau Aquino kann sich allerdings kurzfristig der Macht sicher sein. Ich sage damit keineswegs, daß sie nach Ablauf dieser Frist entmachtet sein wird, sondern vielmehr, daß mittelfristig, oder präziser nach Ablauf von zwei bis drei Jahren, die Gefahr eines Militärputsches ernster und realer sein wird. (...)

Doch wägen wir nun die bewaffneten Kräfte ab: Die NPA hat einen Stamm von 10.000 mit Schnellfeuerwaffen ausgerüsteten Kämpfern, die ein angemessenes Gegengewicht zu den 40.000 Kombattanten der in 85 Bataillonen aufgliederten AFP bilden. Die NPA kann weiterhin auf die Unterstützung von mehreren Zehntausend, genauer mindestens 30.000, minderwertig bewaffnete Teilzeit-Guerilleros zurückgreifen. Abgerundet wird die Kampfkraft der NPA durch eine 200.000köpfige Miliz, bewaffnet mit Macheten, Speeren und anderen primitiven Waffen.

Die Kampftruppen der AFP werden unterstützt durch reguläre Versorgungseinheiten mit 120.000 Mann, 50.000 Poli-

zisten und ca. 75.000 Paramilitärs. 10 Mio Filipinos in 69 Guerilla-Fronten in 63 der 73 Provinzen bilden das Rückgrat der NPA. Diese organisierte Massenbasis mit hohem Bewußtseinsgrad, entschlossen, die Revolution voranzutreiben, wird von der Regierung aufzuwiegen versucht mit der Fiktion, das gesamte philippinische Volk mit seinen 58 Mio Menschen stünde noch hinter dem reaktionären Staat. (...)

Das Aquino-Regime ist ein dankbarer Gegner für die Revolution als das Marcos-Regime es war... Mit Auslandsschulden in Höhe von 26 Mrd \$ konnte der Staat über unproduktive Projekte „Entwicklung“ vorgaukeln, auch trotz der großen Plünderung durch Marcos und seine Klientel unter den Augen der USA und multinationaler Konzerne. Desweiteren war Marcos in der Lage, den Militärapparat von 60.000 auf 120.000 Mann aufzublähen, zu einer Zeit als die NPA gerade über 300 Schnellfeuerwaffen verfügte. Frau Aquino muß vor dem Hintergrund eines bankrotten Staates und einer daniederliegenden Wirtschaft handeln. Der Schuldendienst ... beträgt 3 Mrd \$, gleich 82,3% der Exporterlöse. Nur knappe Ressourcen stehen Frau

Aquino zur Verfügung, wenn es darum geht, die militärische Unterdrückung zu finanzieren und ihr Amt abzusichern. Ihre Propaganda, die Revolutionäre durch Bestechung zum Betrug an der eigenen Sache bewegen zu können, wird in Guerilla-Fronten mit Erstaunen registriert. Woher soll das Geld kommen für die versprochenen Häuser, Grundstücke und andere Zuckerbrote, wenn der Staat nicht einmal ausreichende Mittel hat, um den unziemlichen Männern der AFP einen angesessenen Sold zu garantieren? Das größte Problem Aquinos sind die mächtigen reaktionären Fraktionen Marcos' und Enriles mit den gewaltigen militärischen und finanziellen Reserven. Marcos sah sich keiner reaktionären Fraktion gegenüber, er war fähig, seine politischen Rivalen unter Kontrolle zu halten. (...)

Ich sehe die Wahrscheinlichkeit eines Militärputsches zeitlich vor dem Etappenziel der revolutionären Bewegung, das strategische Gleichgewicht zu erreichen. (...) Das strategische Gleichgewicht ist nunmehr in Sicht und unmittelbarer Bestandteil der Planungen. Es ist erreichbar innerhalb von drei bis fünf Jahren.

## Philippinische Kulturgruppe „KALAYAAN“

Selten hat ein Regierungswechsel in einem Dritte-Welt-Land ein dermaßen großes Medienecho gefunden, wie das beim Sturz der Marcos-Diktatur im Februar 1986 der Fall war. Ihr folgte mit „Cory“ Aquino eine Präsidentin, die für viele Filipinos die Hoffnung auf einen demokratischen Neubeginn verkörperte.

Um über die politischen Aspekte hinaus die reichen kulturellen Traditionen des fernöstlichen Inselreiches einem breiteren Publikum bekannt zu machen, hat sich bereits im Herbst 1984 die philippinische Gruppe „KALAYAAN“ (Freiheit) gegründet.

Durch Lieder aus der Zeit kolonialer und interner Unterdrückung sowie durch Tänze der ethnischen Minderheiten vermittelt „KALAYAAN“ einen einfühlsamen Einblick in die vitale Kultur des Widerstandes. Die Gruppe ist in zahlreichen Städten des Bundesgebietes aufgetreten und hat gemeinsam mit developmentpolitisch interessierten und Solidaritätsgruppen Workshops über philippinische Kultur durchgeführt.

**Kontaktadresse:** KALAYAAN c/o Aktionszentrum 3. Welt, Bierstraße 29, 4500 Osnabrück



Die Wahlen zur weißen Kammer des südafrikanischen Parlaments haben die rechten Apartheidverfechter bestätigt. P.W. Bothas Nationale Partei verlor gegenüber 1981 4% und erreichte 52%, was ihr weiterhin für eine 2/3-Mehrheit der Sitze reicht. Die „offiziellen“ Oppositionsparteien Progressive Föderale Partei (PFP, 14%) und Neue Republikanische Partei (NRP, 2%) verloren insgesamt fast 11%, während die sog. ultrakonservativen Parteien Konservative Partei (KP, 26%) und Herstigte Nasionale Partij (HNP, 3%) ihren Stimmenanteil um 15% steigern konnten.

Vorausgegangen war den Wahlen ein zweitägiger Generalstreik, zu dem der Gewerkschaftsdachverband Kongreß Südafrikanischer Gewerkschaften (COSATU), die Vereinigte Demokratische Front (UDF) und der im April d.J. gegründete nationale Jugendverband Südafrikanischer Jugendkongreß (SAYCO) aufgerufen hatten. Dem Streikaufruf folgten etwa 1,5 Mio schwarze Arbeiter, so daß wichtige Wirtschaftszentren des Landes lahmgelegt waren. Der Afrikanische Nationalkongreß (ANC) stellte zu den Wahlen fest: Das Volk von Südafrika hat nicht an den Wahlen, sondern auf der Straße abgestimmt. Die UDF hat bei den Protestaktionen gezeigt, daß ihre hier beschriebene Umgruppierung unter dem Ausnahmezustand erfolgversprechend verläuft.

# Die Umgruppierung der UDF

Größere innere Veränderungen sind innerhalb der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) im Gange.

Unangekündigt – und innerhalb der Bewegung mehr als Akzentverschiebungen denn als Strukturveränderungen des Aufbaus wahrgenommen – finden diese Änderungen in zwei Hauptrichtungen statt, eine in Richtung Zentralisierung, die andere in Richtung Dezentralisierung:

- die Hunderte von Mitgliedsverbänden der Bewegung zu vereinheitlichen, so daß nach Beendigung die UDF nicht

Protestdemonstration an der Universität Kapstadt Anfang Mai d. J.



mehr 700 lose verbündete Mitgliedsverbände vertreten wird, sondern eine weit aus kleinere Gruppierung von weitaus größeren Organisationen, die politische Entsprechung von „Eine Gewerkschaft – ein Industriezweig“;

- seine organisatorischen Kräfte neu zu orientieren, was die Bewegung zunehmend als ihre „politische Grundstruktur“ begreift, das Straßenkomitee. Bleibt man beim Vergleich mit den Gewerkschaften, so liegt die Betonung auf den Aktivitäten örtlicher Betriebsräte. Und während die Grundformation der UDF als vielrassische, mehrere Klassen umfassende Allianz kaum berührt werden dürfte, könnten diese Veränderungen in ihrer Organisationsform in inhaltliche Veränderungen überleiten.

Der maßgebliche Beweggrund hinter der ersten dieser Veränderungen, der Vereinheitlichung der Mitgliedsverbände, hat mit der Leistungsfähigkeit zu tun: „Wir waren immer stolz darauf, so viele hundert Mitgliedsverbände zu haben“, sagt ein älterer UDF-Aktivist. „Zunehmend gibt es den Gedanken, daß wir aufhören sollten, uns wegen der Quantität selbst auf die Schulter zu klopfen, sondern uns stattdessen auf die Qualität konzentrieren sollten. Diejenigen, die auf ähnlichem Gebiet wirken, sollten zusammenarbeiten, und zwar direkt.“

Der Einberufung eines Nationalen Jugendkongresses ... (im April d.J.) war der erste Schritt in diese Richtung. Der im

letzten Jahr erörterte Plan einer nationalen Frauenorganisation ist Teil desselben Trends.

Die Vereinheitlichung von Bürgervereinigungen in den Townships wird weniger leicht sein, aber die UDF glaubt, daß die Möglichkeiten dafür vorhanden sind. „Unser erster Versuch, die Bürger zusammenzubringen, hatte im letzten Jahr den Beginn einer Welle von Mietboykotten zur Folge“, sagt der Funktionär. (...)

Es ist keineswegs so, daß die UDF unzufrieden mit dem wäre, was sie zum jetzigen Zeitpunkt als ihre Errungenschaften sieht: Das gängige Denken in der UDF ist immer noch jenes, daß die Lockerheit ihres Aufbaus einem breiten Spektrum von politischen Ansichten erlaubte, sich unter einem Schirm zu vereinigen und weit auseinanderklaffenden Graden von Militanz und Organisiertheit Raum bot, sowohl im regionalen Maßstab als auch zwischen den Mitgliedsverbänden.

Sie läßt auch keine frühe Kritik der Linken an ihrem Unvermögen gelten, die Hauptmasse der aufkommenden Gewerkschaften in ihre Reihen zu ziehen. „Wir haben niemals die Auffassung gelten lassen, daß unsere Mehrklassen-Strategie den langfristigen Interessen der Arbeiterklasse abträglich sei“, sagt der stellvertretende Generalsekretär der COSATU, Sydney Mufamadi, ein UDF-Funktionär. „Wir, als Gewerkschafter innerhalb der UDF, waren der Meinung, daß die Führung der Arbeiterklasse in einer politischen Bewegung, die Errichtung ihrer Vorherrschaft, nicht etwas war, über das man verhandeln könnte. Sie kann sich nur durch die Geltendmachung der Führung der Arbeiterklasse durch die organisierten Arbeiter selbst entwickeln.“

Und diese Klasseninteressen beginnen auf die Volksbewegung abzufärben, sowohl organisatorisch – beispielsweise durch die gemeinsamen Kampagnen von UDF und COSATU – als auch durch das Anwachsen des Bewußtseins von besonderen Arbeiterforderungen im allgemeinen. Die Jugend beginnt, mehr zu tun als nur vom Sozialismus zu singen. Sie beginnt, die Wirtschaftsstruktur eines Südafrika nach der Apartheid zu diskutieren.“

Gewiß erwidert die COSATU dies, indem sie in der Botschaft an alle COSATU-Mitglieder, die sie in dieser Woche veröffentlichte, unterstrich, daß die Notwendigkeit einer engen Allianz zwischen der organisierten Jugend und Arbeitern besteht. (...)

„Wir müssen zwei Dinge tun“, sagt ein UDF-Funktionär, „wir müssen diejenigen Gruppen in unsere Reihen ziehen, die versuchen, die Schützengräben der Regierung zu verlassen – diejenigen, deren Unterstützung für den Status quo

schwankt, müssen davon überzeugt werden, daß es eine lebensfähige Alternative gibt. Dieser Prozeß ist schon im Gange... die Reisen nach Lusaka im letzten Jahr waren nur der Anfang.

Zweitens müssen wir die Millionen von Menschen auf unsere Seite ziehen, die noch nicht aktiv beteiligt sind. Das ist heute das Hauptkampffeld. Die Regierung hat ebenfalls erkannt, daß sie, um zu gewinnen, diese Leute gegen uns in Bewegung setzen muß – durch Sicherheitstruppen, durch rassische, Stammes- und sprachliche Treueverhältnisse, durch ihre Reformen usw.

Die Seite, die am Ende unseres Kampfes den Sieg davonträgt, wird diejenige sein, die diese passive Mehrheit in Bewegung setzen kann."

Daher das weitergehende Interesse an der aufblühenden Bewegung der Straßenkomitees.

Die Theorie ist, daß die Entwicklung dieser Komitees am Ende bedeuten wird, daß buchstäblich jeder Einwohner von jeder Township vertreten sein wird, durch eine vielschichtige örtliche und regionale Machtausübung und Verantwortlichkeit, in einer nationalen Struktur...

Und zunehmend, sagt die UDF, entwickeln die Einwohner einen Sinn dafür, welche Stimme ihnen die Straßenkomitees verleihen. „Als die Mietboykotte im letzten Jahr angingen, boten wir Verhandlungen mit den Behörden zur Herabsetzung der Mieten an“, erklärt ein UDF-Aktivist. „Wir sind nicht mehr in der Lage, das zu tun – die Botschaft der Straßenkomitees ist, daß die Leute überhaupt keine Miete zahlen wollen. Selbst wenn wir eine Herabsetzung aushandeln würden, würden wir uns letztlich gegen die Straßenkomitees stellen."

Während die Beziehungen zwischen diesen örtlichen Gruppierungen und den nationalen politischen Bewegungen noch nicht untersucht wurden, sind diese ersten Anzeichen die, daß es ein zweigleisiger Prozeß sein wird: die Straßenkomitees können das Mittel werden, durch das die Kampagnen wirkungsvoller und breiter durchgeführt werden. Aber umgekehrt können die örtlichen Gruppierungen ein entscheidendes Wort bei der Politik der nationalen Strukturen mitsprechen.

Wenn die UDF in ihrer Einschätzung recht hat, daß die Mehrheit ihrer Mitgliedsverbände die Freiheitscharta (Grundsatzdokument des Jahres 1955, in: AIB 1-2/1986, S. 36; d. Red.) anerkennt, dann könnte sie sich z.B. starkem Druck ausgesetzt sehen, den „Leitstern“ des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) als politisches Dokument anzunehmen und sich nach links zu bewegen (...)  
(Quelle: Weekly Mail, Südafrika, 20.2.1987)

## Namibia

Erstmals wurde 1987 in Namibia der 1. Mai begangen. Tausende von Arbeitern nahmen in verschiedenen Städten des von Südafrika illegal besetzten Landes an Demonstrationen und Kundgebungen teil. Die Gewerkschaftsbewegung Namibias, die sich die Feiern des 1. Mai als zentrale Aufgabe für dieses Jahr gestellt hatte, konnte Erfolge in allen industriellen Zentren, in den Minengebieten und den größeren Städten, verbuchen. Kurz vor dem 2. Geburtstag der sog. Interimsregierung, einer neuen Auflage südafrikanischer Marionettenregierungen für Namibia, demonstrierte dieser 1. Mai die geschlossene Ablehnung der Mehrheit der namibischen Bevölkerung für Lösungen ohne eine wirkliche Unabhängigkeit von Südafrika.

Möglich wurde dies nur, weil die namibische Gewerkschaftsbewegung seit Mitte der 80er Jahre neu organisiert und mobilisiert wurde. Diesen Prozeß veranschaulicht unser AIB-Interview, das Marianne Kolter mit Vertretern namibischer Gewerkschaften führte, die sich im März d.J. in der Bundesrepublik aufhielten. Ben Ulenga, Generalsekretär der Gewerkschaft der Minenarbeiter von Namibia (MUN), Barnabas Tjizuu, Vorsitzender der Nationalen Union Namibischer Arbeiter (NUNW) und Anton Lubowski, Schatzmeister der NUNW, nahmen zu unseren Fragen Stellung.

### Interview mit Ben Ulenga, Barnabas Tjizun, Anton Lubowski Gewerkschaften im Aufwind

**AIB:** Die Gewerkschaftsbewegung Namibias hat neuerdings einen starken Aufschwung erfahren. Welches waren die wichtigsten Stationen dieser Entwicklung? Wo liegen die besonderen Schwierigkeiten gewerkschaftlicher Arbeit in Ihrem Land?

**B. ULENGA:** Ich möchte beginnen mit der Darstellung des Hintergrundes der Nationalen Union der Namibischen Arbeiter (NUNW), der nationalen Dachorganisation, die die Aufgabe hat, Industriegewerkschaften zu etablieren.

Sie hat eine sehr enge Beziehung zur Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) – einige Leute nennen sie den gewerkschaftlichen oder Arbeiterflügel der SWAPO. Gegründet wurde die NUNW in den 70er Jahren und SWAPO-

Kader spielten eine große Rolle dabei.

Aber als sie sich konsolidiert hatte, gegen Ende der 70er Jahre, 1978/79, versuchten die südafrikanischen Autoritäten in Namibia, die Föderation zu zerschlagen. So wurden die Gewerkschaftsfunktionäre bzw. einige von ihnen verhaftet und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Andere wurden gezwungen, das Land zu verlassen und ins Exil zu gehen.

Das Eigentum der Gewerkschaft wurde konfisziert; das Büro geschlossen. Die Gewerkschaft wurde in eine inaktive Periode gedrängt.

Aber gegen Ende 1985 begannen die Arbeiter, Möglichkeiten einer Wiederbelebung der NUNW, des Dachverbandes, zu diskutieren, um so auch die Arbeiter zu

AIB-Gesprächspartner aus Namibia (vlnr.): B. Ulenga, B. Tjizuu, A. Lubowski



Gründungen ihrer Industriegewerkschaften zu ermutigen.

Das entscheidende Treffen hierzu fand im März 1986 statt. Mitglieder der Windhoeker SWAPO-Gruppe nahmen an diesem Treffen teil, Arbeiter der Fleisch- und anderer Nahrungsmittelbetriebe aus Windhoek und Umgebung sowie Arbeiter aus den Minen.

Es war das entscheidende Treffen, auf dem ein Organisationsausschuß gegründet wurde mit der besonderen Aufgabe, die Aktivitäten der NUNW wiederzubeleben, die Gründungen von Arbeiterkomitees in den verschiedenen Betrieben, den Minen, Fabriken zu ermutigen. Und dies wurde gemacht. Wir drei wurden in diesen Ausschuß gewählt.

Etwa sieben Monate arbeiteten wir auf diesem Niveau, bis Ende August (1986; d. Red.) die Arbeiter der Nahrungsmittelindustrie in ihrem eigenen Komitee die Möglichkeit einer Gründung ihrer eigenen Industriegewerkschaft diskutierten. Wir stimmten dem zu.

Am 23. September letzten Jahres gründeten die Arbeiter aus verschiedenen Nahrungsmittelbetrieben in Namibia ihre Industriegewerkschaft, die Namibische Nahrungsmittel Gewerkschaft (NAFAU). Nach der Gründung von NAFAU richtete der Organisationsausschuß seine Aufmerksamkeit auf die Bergbauindustrie.

Zu dieser Zeit hatten wir schon sehr starke Komitees in den verschiedenen Minen.

### Starke Komitees in den Minen

Z.B. hatte Rössing ein sehr starkes Komitee und auch CDM (Consolidated Diamond Mines; d. Red.), das die Diamantenindustrie im Süden des Landes kontrolliert. Auch in anderen Minen gab es solche Komitees.

So kam es dazu, daß die verschiedenen Komitees begannen, sich zusammenzutun und die Möglichkeiten zur Gründung einer nationalen Minenarbei-



Namibische Minenarbeiter

tergewerkschaft zu diskutieren. Sie beschlossen die Gründung und beriefen einen Gründungskongreß für eine Nationale Gewerkschaft der Minenarbeiter ein, die am 23.11.1986 als Gewerkschaft der Minenarbeiter Namibias (MUN) entstand.

Ich wurde erster Generalsekretär und wir begannen dann mit der Verankerung der Gewerkschaft unter den Arbeitern. Es waren zwar alle großen Minen auf dem Kongreß vertreten, aber es gab zwei oder drei Minen, die wir vor der Gründung nicht erreichen konnten, wegen der Transportprobleme. Kurz nach der Gründung versuchten wir, auch diese Arbeiter zu gewinnen, was uns gelang.

Zur Zeit hat die MUN etwa 7.000 Mitglieder von einer Gesamtarbeiterschaft von 13.000 Arbeitern in der Minenindustrie. Dies sind im groben die Ereignisse des letzten Jahres.

Neben diesen zwei Gewerkschaften hat der Organisationsausschuß der NUNW noch versucht, Arbeiter in den verschiedensten Industrien zu organisieren, etwa in der metallverarbeitenden Industrie und ähnlichen Bereichen. Unsere Feldarbeiter (field workers) haben in dieser Industrie gearbeitet und die Formierung verschiedener Arbeiterkomitees erreicht.

Unsere Absicht ist es nun, diese zusammenzubringen und eine Gewerkschaft für alle Arbeiter in diesem Industrie-sektor zu gründen. Das gilt auch für die Eisenbahner und den öffentlichen Dienst.

Es ist klar, da Namibia ein kolonisiertes Land ist, daß wir unter ungewöhnlichen Bedingungen arbeiten. Die Arbeiter haben nicht viel Freiheit, sich zu organisie-

ren. Es gibt Gesetze in Namibia, die jede Beziehung oder freundschaftliche Unterstützung seitens einer politischen Partei für die Gewerkschaft untersagen.

Dies soll die Organisation der Arbeiter in Namibia strangulieren oder zerstören. Die Arbeiter werden extrem ausgebeutet, ihre Arbeitsbedingungen, ihre Lebensbedingungen sind sehr, sehr schlecht. Die Arbeiter leben immer noch in Wohnheimen, sie müssen in diesen Heimen leben, die von Mauern umgeben sind, in den meisten Fällen von bewaffneten Mannschaften bewacht werden; eine solche Situation zu ändern ist für die Arbeiter sehr schwierig.

### Arbeiter leben kaserniert

Man kann diese Orte nicht betreten, da man einen bewachten Eingang passieren muß, es sei denn mit einer speziellen Erlaubnis der Bosse oder des Managements. Und da sie gegen die Formierung von Gewerkschaften sind, gibt es diese Erlaubnis nur unter großen Schwierigkeiten.

Zudem ist Namibia ein riesiges Land mit einer geringen Bevölkerung. Da es kein öffentliches Transportwesen gibt, ist es schwierig, von einem Ort an den anderen zu kommen, so daß wir auf eigene Transportmittel setzen müssen, die jedoch nicht ausreichen.

Dies sind einige der Probleme, die uns behindern.

Es gibt noch andere Probleme, die alle indirekt oder – in den meisten Fällen – direkt mit der politischen Situation des Landes verknüpft sind. Mehr als die Hälfte des Landes steht seit 10 Jahren



unter Ausnahmerecht.

In den Operationsgebieten, wo der Krieg stattfindet, gilt von abends bis morgens eine Ausgangssperre. Während der Nacht kann man nicht reisen, und das beeinflusst das Leben der Arbeiter wie der gesamten Bevölkerung dieser Gebiete.

Es gibt immer wieder Straßensperren fast im ganzen Land. Es ist uns schon passiert, daß wir umkehren mußten an solchen Sperren. Manchmal wird es uns auch nicht erlaubt, ein bestimmtes Gebiet zu betreten.

Es gibt Gebiete in Namibia, in die niemand – sei er Namibianer oder Ausländer – ohne eine spezielle Erlaubnis von den Sicherheitsbehörden reisen darf. Dies ist die Situation, in der wir arbeiten müssen.

**B. TJIZUU:** Aktivitäten der Gewerkschaften waren Verhandlungen für bessere Bedingungen, Sicherheiten für Arbeiter, die entlassen wurden.

Wir arbeiten unter sehr schwierigen Bedingungen, gewerkschaftliche Aktivitäten sind recht neu in Namibia. Wir müssen alles lernen.

### Ausnahmestand seit 10 Jahren

Ich denke, wir werden dieses Jahr in der Lage sein, den 1. Mai zu begehen, was Organisation auch von seiten der Arbeiter selbst voraussetzt. Der 1. Mai wurde in Namibia niemals gefeiert, obwohl er seit fast 102 Jahren begangen wird. So haben wir ein eigenes Projekt für das ganze Land, um diesen 1. Mai vorzubereiten.

Dies wird auch als Möglichkeit dienen, die abgelegenen Gebiete Namibias zu erreichen und dort die Arbeiter zu mobilisieren. Denn wir haben Schwierigkeiten, die Hausangestellten, die Farmarbeiter zu organisieren, die in Namibia zu den Arbeitern gerechnet werden.

Sie leben vereinzelt, nicht zusammen in einem Ort, so daß man sie dort gemeinsam ansprechen könnte. In jedem Haushalt sind ein oder zwei von ihnen.

Auch haben wir Probleme wegen des Analphabetentums, da viele Arbeiter nicht lesen oder schreiben können, so daß wir sie persönlich erreichen müssen. Man muß sie treffen und alles direkt erklären.

**AIB:** Würden Sie sagen, es gibt eine Parallele in der politischen und gewerkschaftlichen Entwicklung in Namibia und Südafrika? 1985 wurde in Südafrika die Dachorganisation COSATU, der Kongreß Südafrikanischer Gewerkschaften, gegründet, und nun wird die Gewerkschaftsbewegung in Namibia reorganisiert. Sehen Sie hier eine Parallele?

**A. LUBOWSKI:** Ich denke nicht, daß es irgendeine Beziehung gibt zwischen der Gründung von COSATU und der Ent-

wicklung der Gewerkschaftsbewegung in Namibia.

Die SWAPO begann bekanntlich als eine Arbeiterbewegung und als eine Partei der Arbeiter. Sie bestand immer vor allem aus Arbeitern und war streng verbunden mit der Gewerkschaftsbewegung. Und der Arbeiterkampf war immer auch Sache der SWAPO.

Deshalb haben wir eine direkte Beziehung zur SWAPO. Im Falle z.B. der COSATU gibt es diese direkte Verbindung zwischen dem politischen Organ und der Arbeiterorganisation nicht.

Wie Kollege Ben Ulinga schon sagte, gibt es die NUNW seit den 70er Jahren. Wir haben in Namibia den Ausnahmestand seit fast 10 Jahren. Wenn sie in Südafrika von Monaten sprechen – dort herrscht der Ausnahmestand seit etwa 10 Monaten –, sprechen wir von Jahren. Das bedeutet aber, daß aufgrund dieses Ausnahmestandes viele inhaftiert, die Gelder der Gewerkschaften konfisziert wurden...

Die Wiederbelebung der NUNW ist ein natürlicher Prozeß, der nicht von außen kommt.

**AIB:** Sehen Sie eine Veränderung des politischen Klimas in Ihrem Land? Falls ja, inwiefern hat sie mit der Wiederbelebung der Gewerkschaftsbewegung zu tun?

**B. ULENGA:** Was die Arbeiter angeht, so können wir sagen, sie sind jetzt bereit, die politische Lage in Namibia anzugehen, die südafrikanische illegale Besetzung Namibias in einer sehr direkten Weise anzugreifen.

Das soll nicht heißen, daß die Arbeiter diese Rolle nicht auch früher schon hatten. Aber ich denke, es ist realistisch zu sehen, daß seit der Einsetzung der Marionettenregierung in Windhoek 1985 nun

Primitive Firmenunterkunft für Wanderarbeiter



das namibische Volk und insbesondere die Arbeiter bereit sind, Druck auf Südafrika direkter auszuüben als früher.

Daß sie direkter sagen, es gibt keinen Weg, auf dem sie die Einsetzung einer solchen Marionettenregierung annehmen können und daß das namibische Volk nicht länger den Verbleib Südafrikas in Namibia hinnehmen kann.

**A. LUBOWSKI:** Ich möchte hier fortfahren.

Ich denke, dies ist sehr wichtig. Viele machen – unbewußt – diesen Fehler, die Unabhängigkeit Namibias mit der Apartheid in Südafrika zu verbinden. Ich denke, dies sind zwei verschiedene Themen. Und diese Verwechslung wurde absichtlich von den Südafrikanern geschaffen.

Sie versuchen so, Namibia von der Weltkarte und von der Tagesordnung der internationalen Politik verschwinden zu lassen. Dies ist eine geplante Kampagne und wir sollten die zwei Themen nicht durcheinanderbringen.

Es sind zwei getrennte Länder, sie haben zwei unterschiedliche Probleme – die Südafrikas sind Apartheid und Minderheits Herrschaft; wir haben Kolonialismus plus Apartheid und Minderheits Herrschaft. Das ist eine andere Situation. Die Südafrikaner versuchen zudem, Namibia in der internationalen politischen Szene als Umgehungsstraße gegen Sanktionen zu nutzen. Insbesondere in den EG-Staaten, wo man keine Sanktionen verhängen möchte und darüber nachdenkt, wie Namibia von Sanktionen ausgenommen werden kann.

Die Antwort auf die Frage, ob die Wiederbelebung der namibischen Gewerkschaftsbewegung mit der Entwicklung in Südafrika verbunden ist, lautet: Nein.

**AIB:** Es wurde schon einiges gesagt zu den Beziehungen zwischen den Gewerkschaften und der nationalen Befreiungsbewegung. Sehen Sie eine spezifische Aufgabe der Gewerkschaften und der Arbeiterbewegung im Befreiungskampf?

**B. ULENGA:** Wir sehen die Arbeiter in Namibia als die am meisten ausgebeutete Bevölkerungsgruppe. So haben sie eine führende Rolle im Kampf für Unabhängigkeit und Selbstbestimmung zu spielen. Dies war in Namibia auch der Fall.

Sieht man die nationale Befreiungsbewegung, sieht man auf diejenigen wie Genosse Nujoma, Toivo und andere, sie alle kamen aus den Reihen der arbeitenden Menschen in Namibia. In einer Situation wie der Namibias, das eine Kolonie ist, haben die Minenarbeiter, die unter den transnationalen Gesellschaften arbeiten, z.B. die Aufgabe zu erfüllen, direkt unter Druck zu setzen.

Von daher ergibt sich eine besondere Rolle für die Arbeiter.

# Kurt Hartwig Der Fall Beatriz Brinkmann Pinochet plant Verurteilung



Seit nunmehr acht Monaten hofft die deutsch-chilenische Lehrerin Beatriz Brinkmann zusammen mit neun mitangeklagten Chilenen in den Kerkern der Pinochet-Diktatur, daß das Regime sich dem internationalen Druck beugt und ihre Freilassung anordnet.

Beim Niederschreiben dieser Zeilen rechneten sie und ihre Anwälte sowie Freunde in aller Welt täglich mit der offiziellen Übermittlung der Untersuchungsergebnisse und mit der Urteilsforderung an das Militärgericht, worauf die Urteilsverkündung kurze Zeit später erfolgen soll.

In einem Interview für „Die Welt“, das am 31. März d.J. erschien, bezeichnete Pinochet die Verhaftung von Beatriz Brinkmann in Valdivia als ein „legales Vorgehen“.

Einer ähnlichen Argumentation bedienten sich auch jene furchtbaren Juristen des Dritten Reiches, für welche es keine Rolle spielte, ob erlassene Gesetze dazu dienten Millionen Menschen aus rassischen oder politischen Gründen zu verfolgen und zu ermorden.

Die „Legalität“ der in Chile herrschenden Gesetze ist ähnlicher Qualität. Es sind nach dem Militärputsch vom 11.9.1973 und der Beseitigung demokratischer Verhältnisse erlassene Gesetze. Danach war es offensichtlich „legal“, Beatriz Brinkmann in der Nacht des 19.9.1986 von sechs bewaffneten Agenten der Geheimpolizei CNI ohne Haftbefehl und ohne Angabe von Gründen verhaften, verschleppen und in den Folterkellern der CNI mit Elektroschocks foltern zu lassen.

Zur Qualität des Rechtszustands in Chile gehört auch, daß ihre Mitbewohnerin bei der Festnahme Beatriz Brinkmanns unter Androhung von Waffengewalt ein unausgefülltes Beschlagnahmeprotokoll unterschreiben mußte. Laut Anklageschrift, die nach 5 1/2 Monaten strikter Weigerung ihr Rechtsanwalt inzwischen einsehen konnte, sind „subversive“ Bücher und Stadtpläne gefunden worden. Dies sind die einzigen „Beweisstücke“, die für die Anklage wegen Verstoßes gegen Artikel 8 des Waffenkontrollgesetzes werden herhalten müssen und die für eine Verurteilung nach jenem „Gummiparagraphen“ ausreichen könnten.

Beatriz Brinkmann wird nicht nach einem zivilen Gerichtsverfahren der Prozeß gemacht: Die Militärjustiz hat sich trotz der mehrfachen Aufforderung des Zivilrichters geweigert, sie dem zivilen Gericht vorzuführen, und die Anklage so konstruiert, daß sie sich das Verfahren nicht entziehen lassen wollte. Obwohl die Aussichten auf ein „rechtsstaatliches Verfahren“, wie es aus unerfindlichen Gründen die Bundesregierung bis heute für möglich hält, nicht wesentlich günstiger geworden wären, hat die Öffentlichkeit unseres Landes einen diesbezüglichen Einsatz des Auswärtigen Amtes in Bonn sehr vermißt.

Dies hätte heißen, die Forderung des Zivilrichters zu unterstützen, Beatriz Brinkmann der zivilen Gerichtsbarkeit zu unterstellen. Stattdessen mußte sie zu jenem Zeitpunkt die Unterstützung Pinochets durch die Bundesregierung feststellen, als Bonn einem Weltbankkredit an die Diktatur zustimmte.

## „Juristischer Vandalismus“

„Die Gerichte“, so Pinochet zum Prozeß gegen Beatriz Brinkmann, „werden völlig unabhängig nach den Gesetzen entscheiden.“ „Unabhängig“ nennt der General die Militärjustiz, die sich ausschließlich durch eine direkte Vertikalität der Befehlsgewalt auszeichnet: der Staatsanwalt untersteht dem Militärrichter, dieser ist wiederum unmittelbar Pinochet unterstellt. Die Praxis von Staatsanwälten beschreiben chilenische Rechtsanwälte als „juristischen Vandalismus“.

„Im Prozeß hat Frau Brinkmann sich aller juristischen Möglichkeiten, die ihr das Gesetz zusichert, bedient.“ Welche Möglichkeiten mag der General meinen? Etwa, daß es eine reale Einflußnahme des Anwalts auf das Verfahren nicht gibt, obschon er aufgrund des steten Drucks aus dem Ausland wenigstens die Akten lesen konnte? Oder, daß Beatriz Brinkmann das Vernehmungsprotokoll, das sie unterschreiben mußte, unbekannt war, da ihre Augen auch während der Vernehmung verbunden blieben und das Niedergeschriebene bei der Unterzeichnung verdeckt wurde und daß dieses Protokoll nun im Prozeß Verwen-

dung gegen sie findet?

Am 7.3.1987 ist das Untersuchungsverfahren gegen sie abgeschlossen worden. Dagegen hatte ihr Rechtsanwalt Einspruch erhoben, da das Anwältekollektiv der Meinung war, daß zugunsten der Verhafteten noch viele Punkte einer Untersuchung bedurft hätten. Dieser Einspruch wurde jedoch vom „Corte Martial“ in Santiago abgelehnt, womit der Weg für den Prozeß, der ausschließlich schriftlich abgewickelt wird, frei war.

In dieser Situation wartet das Auswärtige Amt (wieder einmal) ab. Ein Vertreter teilte am 3.4.1987 mit, daß er davon ausgehe, daß Frau Dr. Brinkmann freigesprochen werde.

Entsprechender Optimismus im Auswärtigen Amt hat sich bisher als Fehleinschätzung erwiesen. Die Marburger Initiative hat das Auswärtige Amt gebeten, unmittelbar zu intervenieren. Ein von ihr gewünschter Gesprächstermin mit Außenminister Genscher (der während des Bundestagswahlkampfes für Januar zugesagt worden war) wurde abgelehnt.

Die Initiative hofft auf einen Termin mit Staatsminister Schäfer, um ihm zugleich die im Monat März d.J. von der Kinderhilfe Chile gesammelten Unterschriften zu überreichen. Mit ihnen wird Außenminister Genscher gebeten, alle Möglichkeiten bei den Militärbehörden und staatlichen Stellen Chiles auszuschöpfen, um die Freilassung zu erwirken. Unterzeichner sind u.a. Vertreter von Landesregierungen, Bundestags- und Landtagsabgeordnete, Journalisten, Wissenschaftler, Bürgermeister, Pädagogen.

Beatriz Brinkmann, die die Schergen Pinochets zum „Kopf des Terrorismus in Südkhile“ erklärt haben, muß ihre Freiheit zurückgegeben werden, ebenso wie allen politischen Gefangenen!

Die Marburger Initiative ruft zur weiteren Solidarität und Beteiligung an ihrer Postkarten- sowie Telegrammaktion nach Chile und ans Auswärtige Amt auf (siehe Heftmitte). Postkarten sind zu bestellen bei: Initiative „Freiheit für Beatriz Brinkmann“, Ulrike Alms-Hartwig, Goldbergstr. 17, 3550 Marburg 7.

Spenden für die Initiative auf das Konto Nr. 40068141 der Stadtparkasse Marburg, BLZ 533 500 07, Kennwort: Beatriz Brinkmann

Peter Garcia

## Die Meuterei der Folterer



Präsident Alfonsín (oben) spricht in Buenos Aires zu 400.000 Menschen, die sich zur Verteidigung der Demokratie versammelt haben

Im April d.J. meuterten kurz hintereinander in vier argentinischen Städten Teileinheiten des Heeres. Bei gleichzeitiger Beteuerung ihrer Verfassungstreue forderten die Auführer die Einstellung der Menschenrechtsprozesse gegen Angehörige der Streitkräfte, eine allgemeine Amnestie für die bereits verurteilten Offiziere und die Ablösung des Chefs des Heeres-Generalstabs.

Die Meuterei nahm ein unblutiges Ende, obwohl sich die Situation – unter Berücksichtigung der bereits vorher von der Regierung angebotenen faulen Kompromisse – für die Militärs im wesentlichen nicht geändert hatte. Für ein Umschlagen der Meutereien in einen ausgewachsenen Militärputsch waren jedoch sowohl im Lande selbst als auch international kaum die geeigneten Bedingungen gegeben.

Direkter Anlaß für die Meuterei war die sprunghafte Zunahme der Zivilgerichtsverfahren gegen Offiziere, die unter den Militärdiktaturen 1976-83 Verbrechen gegen die Menschenrechte begangen hatten. In dieser Zeit waren nach Angaben der Menschenrechtsorganisationen über 30.000 Menschen ermordet worden oder spurlos verschwunden. Weitere 100.000 Argentinier wurden zum Teil auf grausame Weise gefoltert, um von ihnen ein Geständnis über subversive Aktivitäten zu erpressen.

Obwohl bis April d.J. die hauptverantwortlichen Putschgeneräle und Diktato-

ren bereits verurteilt worden waren, standen die Verfahren gegen die Mehrzahl der Folterer und Mörder in Uniform noch aus. Dabei handelt es sich insbesondere um Angehörige der 1. und 3. Heeresgruppe sowie der Technikerschule der Marine ESMA, in der alleine etwa 50% der angezeigten Verbrechen verübt worden waren.<sup>1</sup>

An der Frage, ob und in welchem Ausmaß die Prozesse durchzuführen seien, spaltete sich die argentinische Gesellschaft in drei Lager.

### Tauziehen um Prozesse

Auf der einen Seite fordern Militärs und die Hierarchie der katholischen Kirche die allgemeine Amnestie. Dem gegenüber stehen die argentinischen Menschenrechtsorganisationen, wie z.B. die Mütter der Plaza de Mayo, die Linksparteien sowie die Strömung der „Renovadores“ (Erneuerer) in der Partei der Peronisten und den peronistischen Gewerkschaften, die eine Weiterführung der Prozesse bis zur völligen Verurteilung der Schuldigen wollen.

Die dritte Gruppe schließlich setzt sich aus der Regierungspartei Alfonsíns, den Unternehmerverbänden und dem konservativen Flügel der Peronisten unter Senator Saadi zusammen. Sie wollen die Prozesse auf eine möglichst kleine Zahl verantwortlicher Generäle begrenzen.

Keine der im Parlament vertretenen Parteien ist jedoch bereit, die Forderung der Militärs nach genereller Amnestie zu unterstützen – geschweige denn einen neuen Putsch. Das liegt nicht zuletzt auch daran, daß am 6. September d.J. die 22 Provinzparlamente und die Hälfte der Abgeordneten zum Kongreß neu gewählt werden.

Daneben spielt die Tatsache eine Rolle, daß die Parteienlandschaft von bürgerlich-demokratischen Organisationen beherrscht wird. Die Regierungspartei der Radikalen erhielt bei den letzten Wahlen im November 1985 43% der Stimmen und errang dadurch in der Abgeordnetenkammer die Mehrheit. Im Senat dominiert allerdings nach wie vor die mit Abstand wichtigste Oppositionspartei, die Peronisten.

Die zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Monate des Jahres 1986 wirkten sich besonders für die Regierungspartei mit einem deutlichen Sympathieverlust aus: Meinungsumfragen ergaben ein Absinken der Wählerunterstützung auf nur noch etwa 1/3 der Stimmen.<sup>2</sup>

Nutznießer eines solchen Trends würden wahrscheinlich die Peronisten sein, die die von ihnen dominierte starke Gewerkschaftsbewegung mit über 4 Mio Mitgliedern in die Waagschale werfen können. Zwar hat es die Führung der Dachorganisation CGT bis heute nicht geschafft, ganz den Mafia-Geruch vergangener Zei-

ten loszuwerden. Z.B. versuchte sie, im Oktober 1983 die Wahl Alfonsíns durch Absprachen mit den Militärs zu verhindern. Und während sie in den Jahren der Militärdiktaturen trotz 60%igem Reallohnverlust nicht zu einem einzigen Generalstreik aufgerufen hatte, organisierte sie unter der Regierung Alfonsín bis zum 26. Januar d.J. gleich acht davon.<sup>3</sup>

In der letzten Zeit hat jedoch die „Gruppe der Fünfzehn“, die den peronistischen „Renovadores“ nahesteht, ihren Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung entscheidend ausbauen können. Ursprünglich handelte es sich um einen losen Zusammenschluß von 15 Gewerkschaftsorganisationen, der u.a. auch die einflußreiche Metallarbeitergewerkschaft angehört. Obwohl der Name geblieben ist, umfaßt das Bündnis heute mehr als 50 Organisationen und die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder. Die Regierung ist natürlich an einer Stärkung dieser Gruppierung gegen die CGT zumindest in der jetzigen Konstellation interessiert. So unterzeichnete sie Ende März d.J. unter Umgehung der CGT-Führung einen Mini-Sozialpakt mit der Gruppe der 15, der u.a. einen vorübergehenden Streikstopp und eine Erhöhung des Mindestlohnes auf 170 Australes vorsieht. Außerdem wurde der bisherige Arbeitsminister entlassen und an seine Stelle der Peronist Carlos Alderete, der Vorsitzender einer der 50 Gewerkschaften ist, gesetzt.

Von diesem Schachzug erhofft sich die Regierung mehr Zurückhaltung der Gewerkschaften bei Lohnforderungen, um die Inflation zu begrenzen. Auf jeden Fall hatte die Änderung der Mehrheitsverhältnisse in der Gewerkschaftsbewegung eine deutliche Distanzierung von den Militärs zur Folge, so daß auch hier ein Putsch keinerlei Verständnis finden würde.

Etwas anders sieht die Situation in der katholischen Kirche aus. Sie ist eine der wenigen Organisationen, die direkt von der Militärdiktatur profitiert haben.

1977 und 1979 wurden per Gesetz die Bischofsgehälter erhöht und Staatspen-

sionen eingeführt. Die Zahl der Militärsesorsger stieg rapide an, als zusätzlich zu dem von der Kirche gezahlten Gehalt ein zweites eingeführt wurde, das aus den Kassen der Streitkräfte kam.

Heute steht die Kirche in Gegnerschaft zur Regierung, weil sie das Scheidungsgesetz ablehnt, das bereits vom Senat verabschiedet wurde und nun in der Abgeordnetenversammlung diskutiert wird. Allerdings ist selbst im Falle der Kirchenhierarchie unwahrscheinlich, daß sie einen Militärputsch begrüßen würde. Dies nachdem Bischof Enrique Angelelli vor kurzem den Papst dafür um Verzeihung gebeten hat, daß „wir uns als Kirche nicht immer mit dem Armen, dem Bedürftigen und dem Verfolgten identifiziert haben“.<sup>4</sup>

Die Unternehmerverbände haben ihrerseits eine Reihe von gewichtigen Gründen, eine Rückkehr der Militärs an die Macht abzulehnen. Unter den uniformierten Diktatoren war die argentinische Industrie durch die Anwendung neoliberaler Wirtschaftstheorien systematisch geschwächt worden, so daß die Industrieauslastung bis 1983 auf nur noch 55% absank.

### Washington setzt auf Alfonsín

Dabei ist dieser Sektor für Argentinien von relativ hoher Bedeutung, wenn man die Wirtschaftsstruktur anderer Länder des Subkontinents berücksichtigt. In der Industrie Argentiniens sind fast 50% aller Erwerbstätigen beschäftigt, während z.B. die Landwirtschaft nicht mehr als 15% der Bevölkerung Arbeit gibt.

Unter den Regierungen der Präsidenten Perón und Frondizi war es der Industrie u.a. auch deshalb besser gegangen, weil der Markt des Landes gegen ausländische Konkurrenz weitgehend abgeschirmt wurde. Auch die Regierung Alfonsín verfolgt wieder grundsätzlich eine Politik zur Förderung des Industriesektors, z.B. durch die Streichung der Importzölle für Maschinen und Anlagen, um die Erneuerung des veralteten Maschinenparks voranzutreiben. 1986 hat die industrie-

freundliche Wirtschaftspolitik der Regierung immerhin zu einer Erhöhung der Investitionstätigkeit um 18% geführt.

Weiter wäre die Frage zu klären, ob die USA an einem Putsch der argentinischen Militärs zum jetzigen Zeitpunkt Interesse haben könnten.

Die Außenpolitik des südamerikanischen Landes wurde von Washington wiederholt kritisiert. Argentinien stimmte vor der Menschenrechtskommission in Genf für Kuba und gegen die USA ab, verfügt über gute Beziehungen zur Sowjetunion, Kuba und Nicaragua, ist Mitglied der Nichtpaktgebundenen und lud Gorbatschow vor kurzem zum Staatsbesuch ein.

Allerdings stimmt hier das Schema nicht, daß die Fäden der Meuterei wieder einmal in Washington gezogen wurden. Erstens haben die argentinischen Generale die Unterstützung der USA für Großbritannien im Malwinenkrieg bis heute nicht vergessen. Und zweitens wird die Regierung Alfonsín in Washington zur Zeit als die Kraft eingeschätzt, die am besten zur Verwirklichung der Politik des Internationalen Währungsfonds zur Aufrechterhaltung des Schuldendienstes geeignet ist.

Erst Mitte April d.J. hatten die US-Banken ihre Anerkennung für Alfonsíns Wirtschaftspolitik durch ein Umschuldungsabkommen für fast 33 Mrd \$ zum Ausdruck gebracht. Argentinien akzeptierte im wesentlichen die gleichen ungünstigen Bedingungen wie Mexiko (Zinsen über Libor-Rate) und fiel damit den brasilianischen Bemühungen zur Schaffung eines Gläubigertartells in den Rücken.

Außerdem verpflichtete sich Argentinien zur Einführung eines Programms zur Umwandlung von Schuldenzertifikaten in Aktien, mit dem nun der Ausverkauf der nationalen Wirtschaft an das internationale Kapital ähnlich wie in Chile beginnen kann.<sup>5</sup>

Auch bei der Verwirklichung der IMF-Auflagen von Ende 1986 zeigt Alfonsín Gehorsam. Um das gefährlich hohe Haushaltsdefizit (5,5% des BIP) abzu-

Heeresstabschef Rios Ereñú (l.) wurde nach der Meuterei von General Dante Caridi (r.) abgelöst



**BÜCHER ZUM THEMA:**

**LATEINAMERIKA 1987**

**NEUERSCHEINUNGEN**



Der andere **Buchladen**

# DIE NEUE BÜCHERLISTE LATEIN- AMERIKA

enthält in Fortsetzung unserer ersten Listen (Liste I: bis 1984 erschienene Bücher, Liste II: Neuerscheinungen 1984/85, Liste III: Neuerscheinungen 85/86) auf über 100 Seiten **Besprechungen** von politischen und literarischen Neuerscheinungen 1986/87.

#### **Besprochen sind:**

- Sachbücher zur politischen und sozialen Lage in den einzelnen Ländern
- länderübergreifende Bücher
- Werke lateinamerikanischer Schriftsteller
- Auswahl allgemeiner Dritte-Welt-Literatur

Wir verschicken die Bücherliste '87 gegen DM 2.50 in Briefmarken, die letzten drei zusammen gegen DM 6,- (Liste I zur Zeit vergriffen)

Wir besorgen jedes lieferbare Buch

Der andere **Buchladen**

Zülpicher Str. 197  
5000 Köln 41  
Tel: 02 21 - 41 63 25

bauen, wurden im Januar d.J. Pläne verkündet, im Jahr 1987 10% der Staatsbediensteten (etwa 83.000) gegen Zahlung einer einmaligen Prämie von 3.500 Australen zu entlassen.

Das hohe Haushaltsdefizit des Landes und die mittlerweile auf 58 Mrd \$ angestiegene Auslandsschuld sind im wesentlichen ein Erbe der Militärdiktatur.

Ein Abbau des Schuldenbergs ist ziemlich aussichtslos. 3/4 der argentinischen Exporte sind landwirtschaftliche Produkte. An erster Stelle steht dabei die Getreideaufuhr, die besonders unter dem Preisverfall auf dem Weltmarkt gelitten hat.

Zwar exportierte das Land 1985 51% mehr Getreide als 1980, erzielte damit aber nur 5% mehr Deviseneinnahmen. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt auch heute noch um 15% unter dem von 1980 und die Inflation wird dieses Jahr wieder mindestens 80% erreichen. So sah sich selbst Bundespräsident Weizsäcker bei seinem jüngsten Argentinienbesuch genötigt, die Banken mahndend zu einer Verbesserung der Rückzahlungsbedingungen für Argentinien's Auslandsschuld aufzufordern, um nicht die Erfolge der Demokratie durch wirtschaftliche Not zu gefährden.<sup>6</sup>

Vorerst waren es jedoch wieder einmal die Militärs, die eine Gefahr für Argentinien's westlich orientierte Demokratie darstellten. Die Antwort auf ihre Meuterei erhielten sie von allen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen des Landes. Und von einer halben Mio Menschen, die trotz der Ferienzeit auf dem Plaza de Mayo in Buenos Aires demonstrierten.

Gleichzeitig unterzeichneten die im Parlament vertretenen Parteien mit der Gewerkschaftszentrale CGT, den Unternehmensverbänden Unión Industrial Argentina und Cámara de Comercio sowie der Vereinigung der Großgrundbesitzer Sociedad Rural de Argentina einen Pakt zur Verteidigung der Demokratie. So gestärkt begab sich Präsident Alfonsín anschließend persönlich in den Stützpunkt der Meuterer, um mit ihnen zu verhandeln.

Zumindest dem Präsidenten haben diese Ereignisse soviel Sympathien verschafft, daß seine Wiederwahl zum jetzigen Zeitpunkt garantiert wäre.

So erfreulich auch der unblutige Ausgang der Meuterei ist, so wenig sind die faulen Kompromisse der Regierung gegenüber den Militärs zu begrüßen. Zusammen mit 15 anderen Generälen ließ Alfonsín auch Heeresstabschef Ríos Ereñú in den Ruhestand versetzen.

Damit erfüllte er eine der Forderungen der Meuterer, auch wenn er diesen Grund als Ursache für seine Entscheidung abstrikt. Bedenklich ist auch, daß der neue Heereschef José Dante Caridi

selbst der Verletzung von Menschenrechten angeklagt ist und daß sein Stellvertreter, Fausto González, Chef der 1. Fallschirmjägerbrigade der berühmten 3. Armeegruppe mit Sitz in Córdoba war – also einer der aufrührerischen Einheiten.<sup>7</sup>

Noch nachdenklicher muß es stimmen, daß bereits lange vor der Meuterei von der Regierung Alfonsín Maßnahmen getroffen wurden, die die Mehrzahl der Foltermilitärs einer ordentlichen Bestrafung im Rahmen eines Gerichtsverfahrens entziehen. Noch kurz vor Weihnachten war das sog. „Schlußpunkt“-Gesetz beschlossen worden, das alle die Militärs von der Verfolgung ausnimmt, gegen die nicht bis zum 22.2.1987 ein Verfahren eingeleitet worden ist.

Nur dadurch, daß viele Juristen auf ihre traditionellen Sommerferien, die in Argentinien mit der Weihnachtszeit beginnen, verzichteten, konnte die Zahl der namentlich angezeigten Täter auf fast 600 erhöht werden. Ausgeschlossen von der Verjährung sind allerdings Kindesentführungen.

## **Alfonsín's faule Kompromisse**

Bereits vorher konnten sich untere Chargen der Streitkräfte auf Befehlsnotstand (obediencia debida) berufen. Auf diese Weise wurde beispielsweise Marineleutnant Alfredo Astiz freigesprochen, der mehrere Gefangene ermordet hat, darunter zwei französische Nonnen und eine siebzehnjährige Schwedin.

Zur Zeit sind die Gerichte damit beauftragt, die Anwendbarkeit des Befehlsnotstands auch auf Offiziere der mittleren Kommandoebene zu überprüfen. Schließlich steht auch noch ein Amnestie-Versprechen des Präsidenten für alle Angeklagten und Verurteilten ohne leitende Funktion im Raum, dessen Einhaltung inzwischen auch von Abgeordneten des rechten Flügels der Peronisten gefordert wird.

Alles das macht deutlich, daß nur eine Handvoll der Folteroffiziere und Mörder wirklich mit einer Bestrafung ihrer Verbrechen rechnen muß. Den frustrierten Meuterern ging es deshalb weniger um Straffreiheit als darum, das durch die Prozesse aufgebrannte Stigma der Kriminalität loszuwerden.

#### **Anmerkungen:**

- 1) Vgl. Bohemia, Havanna, 27.3.1987 und Afrique-Asie, Paris, 12.1.1987
- 2) Vgl. Latin America Weekly Report, London, 29.1.1987
- 3) Vgl. El País (EP), Madrid, 21.1. und 29.4.1987
- 4) Frankfurter Rundschau (FR), 9.4.1987
- 5) Vgl. Nachrichten für den Außenhandel, Köln, 21.4.1987
- 6) Vgl. EP, 25.3.1987 und FR, 21.3.1987
- 7) Vgl. EP, 23.4.1987

Adalbert Krimms

# Theologie der Befreiung

## Glaubenswächter machen mobil

Der im Exil in Costa Rica lebende chilenische Befreiungstheologe Pablo Richard hat einmal folgende Kurzformel geprägt: „Theologie der Befreiung ist die Reflexion von Christen in der Befreiungspraxis.“

Zur näheren Erklärung hat er hinzugefügt: „Für uns steht die Praxis an erster Stelle – und erst an zweiter Stelle kommt die Reflexion über die Praxis. Und hier ist natürlich der Marxismus ein wichtiges Instrument, um diese Praxis zu verstehen – und daher kann auch die Theologie marxistisches Denken verwenden. Aber das ist erst der zweite Schritt.“

Das Wichtigste für die Theologie der Befreiung ist, daß der Glaube an der Praxis gelebt wird. Daher kann Befreiungstheologie auch niemals Ersatz für die Praxis sein, weil diese eine Vorbedingung für die Befreiungstheologie ist. Hier muß allerdings klar zwischen Praxis und Aktion unterschieden werden, denn Praxis ist mehr als Aktion. Praxis hat drei Dimensionen: eine theoretische, eine organisatorische und eine politische Dimension.

### Die Praxis steht an erster Stelle

Die politische Dimension bedeutet, daß sie immer in Beziehung zu einer Klasse steht, zur Volksbewegung. Es ist nicht eine individuelle Praxis, sondern eine gesellschaftliche Praxis und diese hat auch ihre theoretische Dimension. Und es gibt keine Praxis ohne politische Organisation. Wenn man sagt, daß Befreiungstheologie Reflexion über den Glauben innerhalb der Praxis ist, so muß man immer diesen Begriff von Praxis – in seinen drei Dimensionen – vor Augen haben.“<sup>1</sup>

Pablo Richard hat damit eine sehr einprägsame und exakte Definition der Befreiungstheologie gegeben, die auch erklärt, warum es über diese Strömung in der lateinamerikanischen Kirche einen so heftigen theologischen und politischen Streit gibt. Ihr Bezugspunkt ist das unterdrückte und kämpfende Volk und sie postuliert den Vorrang der Parteilnahme vor der Neutralität, der Befrei-



Glaubenshüter Josef Kardinal Ratzinger

ungspraxis vor der Versöhnung.

Damit gerät die Theologie der Befreiung in Widerspruch zur traditionellen kirchlichen Theologie und Politik, die von sich behauptet, „für alle“ da zu sein (und daher per definitionem nicht klassengebunden zu sein) und soziale Gegensätze „versöhnen“ zu wollen. Daß eine solche Haltung objektiv einer Parteilnahme für die jeweils Herrschenden gleichkommt, wird entweder nicht reflektiert oder sogar bewußt geleugnet. Diese traditionelle kirchliche Haltung wurde gerade bei der jüngsten Lateinamerikareise von Papst Johannes Paul II. wieder besonders deutlich: In Chile forderte er die Unterdrückten auf, „Ideologien, die Gewalt und Klassenkampf predigen“, eine klare Absage zu erteilen und statt dessen durch Dialog und Versöh-



„Übertreibt mal nicht, Gen... äh, Brüder!“

nung mehr Gerechtigkeit und Demokratie zu schaffen.

Gleichzeitig traf er dreimal mit dem Diktator Pinochet zusammen und legitimierte ihn dadurch als staatliche Autorität und als Dialogpartner für einen anzustrebenden Demokratisierungsprozeß. In Argentinien verlangte er von den Opfern der Militärdiktatur, ihren Mördern zu verzeihen.

Solche „pastoral“ getarnten Anweisungen des Papstes sind natürlich gerade in überwiegend katholischen Ländern in Wirklichkeit massive politische Interventionen. Zwar wenden sie sich auch gegen „Auswüchse“ der lateinamerikanischen Herrschaftssysteme (Diktatur, Folter...), doch richten sie sich vor allem gegen radikale Veränderungen der Systeme: Pinochet und die „Reichen“ werden ermahnt, die marxistischen und linken Kräfte jedoch verurteilt.

Die Befreiungstheologie hingegen stellt die bestehenden Herrschaftssysteme aus der Perspektive der „Armen“ grundsätzlich in Frage. Ihre Kritik richtet sich nicht bloß gegen „Auswüchse“, sondern gegen Ausbeutung und Unterdrückung insgesamt. Daher geht es ihr auch nicht um Dialog und Versöhnung, sondern um Kampf und Befreiung.

Doch nicht nur die „Option für die Armen“ – oder der „Klassenstandpunkt“ – unterscheidet die Theologie der Befreiung von der traditionellen Theologie.

Mit dem von ihr postulierten „Vorrang der Praxis“ sprengt sie auch den Rahmen jeder dogmatischen Theologie. Wenn die Befreiungstheologen von einer „Bekehrung der Kirche durch die Armen“ sprechen, so stellen sie damit die bisherigen Modelle von Verkündigung und Mission in Frage.

Dabei geht es der Theologie der Befreiung gar nicht darum, Dogmen oder andere Lehrmeinungen der katholischen Kirche zu leugnen, sondern sie hat einfach einen anderen Ansatzpunkt – oder, anders ausgedrückt, sie beschäftigt sich mit anderen Themen. Gerade deswegen

## Strategische Allianz USA-Vatikan

Der Streit um die „Theologie der Befreiung“ ist nicht nur eine theologische oder innerkirchliche Angelegenheit.

In einem so christlich geprägten Kontinent wie Lateinamerika hat die Frage nach der gesellschaftspolitischen Orientierung der Kirche natürlich auch eine unmittelbare politische Relevanz. Von daher ist es auch zu verstehen, daß alle diktatorischen Regimes in Lateinamerika einen erbitterten Kampf gegen die „Theologie der Befreiung“ und die „Volkskirche“ führen, der bis hin zur Ermordung von Bischöfen, Priestern und engagierten Laien geht.

Aber auch der „große Bruder im Norden“, die Vereinigten Staaten von Amerika, beobachtet seit längerem mit wachsender Sorge die kirchliche Entwicklung in seinem „Hinterhof“. Nachdem bereits im Jahre 1970 der damalige US-Vizepräsident Rockefeller vor dem US-Kongreß darauf hinwies, daß die Verwirklichung der Beschlüsse der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz von Medellín den außenpolitischen Interessen der USA widersprechen würde, stellte 10 Jahre später das „Komitee von Santa Fé“ in seinem Bericht an den „Interamerikanischen Sicherheitsrat“ bereits fest:

„Die US-Außenpolitik muß anfangen, die Befreiungstheologie, so wie sie von den 'Befreiungstheologen' in Lateinamerika benutzt wird, zu bekämpfen. Die Rolle der Kirche in Lateinamerika ist für die Idee der politischen Freiheit von entscheidender Bedeutung. Unglücklicherweise haben marxistisch-leninistische Kräfte die Kirche als politische Waffe gegen privates Eigentum und kapitalistische Produktionsweise benutzt, indem sie die Religionsgemeinschaft mit Ideen infiltriert haben, die weniger christlich denn kommunistisch sind.“



R. Reagan (l.) und Papst Wojtyla ziehen an einem Strang

Dieses „Santa-Fé-Papier“ wurde ein halbes Jahr später zur inoffiziellen außenpolitischen Richtlinie der Reagan-Administration. Sowohl das „Santa-Fé-Papier“ wie auch die „Instruktion über einige Aspekte der 'Theologie der Befreiung'“ (Glaubenskongregation, September 1984) begründen ihren Kampf gegen die Befreiungstheologie mit dem marxistischen Einfluß und behaupten, daß die Befreiungstheologen eigentlich nicht mehr christlich sind. Diese Übereinstimmung in der Argumentation zwischen dem Vatikan und der US-Regierung kann wohl zu Recht als eines der vielen Indizien für die „ideologischen und politischen Bindeglieder zwischen der Reagan-Administration und der Haltung von Johannes Paul II. im Vatikan“ (A.M. Ezcurra) bzw. die „strategische Allianz zwischen den USA und dem Vatikan“ (C. Fazi) gewertet werden.

(Quelle: Adalbert Krims, Karol Wojtyla. Papst und Politiker, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1986, S. 201f.)

bereitet sie jedoch der römischen Glaubenskongregation Sorgen.

So stellte der Präfekt dieser Nachfolgeorganisation der Heiligen Inquisition, Kardinal Joseph Ratzinger, fest: „Gerade die Radikalität der Befreiungstheologie führt dazu, daß sie in ihrem Ernst oft unterschätzt wird, weil sie in gar keines der bisherigen Schemata von Häresie hineinpaßt; ihr Grundansatz liegt außerhalb dessen, was bisherige Befragungsmuster erfassen können.“<sup>2</sup>

Immerhin gibt Ratzinger zu: „Versucht man, ein Gesamturteil zu gewinnen, so wird man sagen müssen: Wenn man sich auf die die Befreiungstheologie tragenden Grundentscheidungen einläßt, kann man nicht leugnen, daß das Ganze eine fast unwiderstehliche Logik in sich trägt.“<sup>3</sup>

Diese Aussagen Ratzingers drücken sehr klar die vatikanische Haltung zur Befreiungstheologie aus: Die Hauptkritik besteht an der „Grundentscheidung“ der Befreiungstheologie, nämlich ihre in der „Option für die Armen“ verankerte Parteilichkeit.

Da aber die Theologie der Befreiung keine Dogmen oder Aussagen des kirchlichen Lehramtes ablehnt, tut man sich schwer, sie als Irrlehre zu definieren. Sie paßt eben nicht in die bisherigen Schemata von Häresie hinein; ihr Grundansatz liegt außerhalb dessen, was bisherige Befragungsmuster erfassen können, drückt Ratzinger das Dilemma des Vatikans aus. Deshalb versucht man, die Theologie der Befreiung auf dem Umweg über mehrfach ausgesprochene lehramtliche Verurteilungen des Marxismus in ein vorhandenes Häresieschema hineinzupressen.

### Sanktionen gegen Boff u.a.

Doch auch dabei stoßen die römischen Glaubenswächter auf Schwierigkeiten. Denn zum einen betonen zahlreiche Befreiungstheologen, daß sie den Marxismus lediglich als Instrumentarium sozialwissenschaftlicher Analyse verwenden, nicht jedoch seine atheistische Ideologie übernehmen. Da die Frage der Methoden der Gesellschaftsanalyse nicht durch Dogmen bzw. verbindliche Aussagen des kirchlichen Lehramtes geregelt sei, können daraus auch nicht der Vorwurf der Häresie abgeleitet werden.

Zum anderen tut sich der Vatikan auch deswegen schwer, weil die Theologie der Befreiung kein geschlossenes theologisches System mit feststehenden Lehrsätzen ist, sondern eine Bewegung, die vor allem an der Basis der Kirche entsteht und sich entsprechend den jeweiligen nationalen und sozialen Bedingungen unterschiedlich artikuliert. So können bestenfalls gegen einzelne Theo-

## Die Kirche wandelt ihr Gesicht – der historische Aufbruch der Armen

Bernd Päsche  
**Befreiung von unten lernen**  
Zentralamerikanische  
Herausforderung  
theologischer Praxis



Bernd Päsche  
**Befreiung von unten lernen**  
336 S., kt., DM 19,80, mit vielen Fotos und Zeichnungen

»Der Versuch, die Wahrheit über Zentralamerika zu sagen, mußte zu Konflikten hier führen, machte andererseits den direkten Kontakt mit den Betroffenen in El Salvador, Nicaragua, Guatemala und Honduras über einen einmaligen Besuch hinaus notwendig. Durch das zeitweilige Zusammenleben und die Gespräche (1980–1986) mit Flüchtlingen, mit Frauen und Männern christlicher Basisgemeinden, Volksorganisationen und Hilfs- und Menschenrechtskomitees wurde ich Zeuge ihres alltäglichen Widerstandes und Überlebenskampfes. Sie sind die eigentlichen Verfasser dieses Buches« (Bernd Päsche).

Clodovis Boff u. a.  
**Theologie der Befreiung  
und Marxismus**  
192 S., kt., DM 24,50

Im Brennpunkt der gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Theologie der Befreiung steht ihr Verhältnis zur marxistischen Weltanschauung. Kaum eine theologische und auch politische Kontroverse leidet jedoch unter derart massiven Fehleinschätzungen der befreiungstheologischen Positionen. Während einige diese Theologie vom Marxismus vereinnahmt sehen, bestreiten andere dessen Bedeutung für die Theologie der Befreiung grundsätzlich. Ein klärendes Wort der Befreiungstheologen ist daher längst überfällig.



**ELX** edition liberación

Bitte fordern Sie unser Gesamtverzeichnis an:  
edition liberación · Hafengeweg 26b · Postfach 1744 · D-4400 Münster · Tel. 02 51/66 20 98

Ich abonniere das AIB ab Nr. \_\_\_\_\_ / ab sofort Ich bestelle \_\_\_\_\_ Ex. AIB-Nr. \_\_\_\_\_ Ich bestelle \_\_\_\_\_ Ex. AIB-Sonderheft Nr. \_\_\_\_\_

Jahresabo: Inland 29 DM (zzgl. 4 DM Porto); Ausland normal 29 DM (zzgl. 10 DM Porto); Luftpost 29 DM (zzgl. 25 DM Porto); Förderabo (50 DM oder mehr): \_\_\_\_\_ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

Einzelheft 3 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zzgl. 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (z.B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

**Gewünschte Zahlweise** (bitte ankreuzen):

 Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.Mein Bank-/Postscheckkonto bei in Kto.-Nr.  BLZ  Rechnung

Name, Vorname

Straße

Beruf

Postleitzahl, Ort Nr des Zustellpostamtes

Unterschrift

Datum

**Vertrauensgarantie:** Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Ich bestätige dies durch meine 2. Unterschrift.

Unterschrift

Datum

---

**Zum Verbleib bei dem/der Besteller/in**

**Vertrauensgarantie:** Ich habe am \_\_\_\_\_ das AIB-Die Dritte-Welt-Zeitschrift zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM bestellt.

Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen beim AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

---

## Unsere Buchgeschenke

Wer uns einen neuen Abonnenten nennt oder das AIB verschenkt, erhält eins der unten aufgeführten Bücher nach Wahl. Das Buch wird bei Erteilung einer Abbuchungsvollmacht sofort ausgeliefert oder nach Bezahlung des Abopreises von 33 DM.

- Bahrmann/Jacobs/Links, Killerkommando. Schwarzbuch: CIA und Contra, WKV, 216 S., 16,80 DM
- Fidel Castro, ...wenn wir überleben wollen, WKV, 296 S., 16,80 DM
- Ege/Ostrowsky, Ronald Reagan. Biographie, PRV, 336 S., 16,80 DM
- R. Falk, Nelson Mandela. Biographisches Portrait mit Selbstzeugnissen, PRV, 288 S., 12,80 DM
- R. Falk, Die heimliche Kolonialmacht. Bundesrepublik und Dritte Welt, PRV, 224 S., 14,80 DM
- R. Falk, Südafrika. Widerstand und Befreiungskampf, PRV, 220 S., 14,80 DM
- B. Graul, Das Land denen, die es bebauen. Agrarreform in Nicaragua, WKV, 224 S., 14,80 DM
- H.E. Gross, Guatemala, WKV, 248 S., 14,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Der neue Mensch, WKV, 192 S., 12,80 DM
- Ernesto Che Guevara, Guerillakampf und Befreiungsbewegung, WKV, 216 S., 14,80 DM
- Nelson Mandela, Der Kampf ist mein Leben, WKV, 416 S., 18 DM
- J. Matthews, Die Träume des David Patterson. Roman, WKV, 362 S., 16,80 DM
- L. Otero, Stadt im Feuer, Roman, WKV, 384 S., 16,80 DM
- E. Reimann, Ich war ein Contra, PRV, 120 S., 9,80 DM
- Vukani - Makhosikazi, Frauen in Südafrika, PRV, 288 S., 16,80 DM
- Ziegler/Popow, Ändere die Welt, sie braucht es. Ein Dialog zwischen Ost und West, PRV, 232 S., 14,80 DM

Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen

**AIB Die Dritte-Welt-Zeitschrift**

**Leserservice**

**Postfach 510868**

**5000 Köln 51**

---

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir erworben:

**Mein Name:** \_\_\_\_\_

**Meine Adresse:** \_\_\_\_\_

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

---

**Postkartenaktion**  
**Freiheit für**  
**Beatriz Brinkmann!**



# AIB-Geschenkabo

**Ja**, ich möchte das AIB zum jährlichen Bezugspreis von 33 DM ab . . . . . verschenken.

befristet für ein Jahr

unbefristet\*

\*) Das Abonnement verlängert sich jeweils um 12 Monate, wenn dem Verlag nicht bis zum 15. November des Jahres oder sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes eine schriftliche Kündigung mitgeteilt wird.

## Meine Adresse:

Name, Vorname:

---

Straße, Nr.:

---

PLZ, Ort

---

## Gewünschte Zahlweise (bitte ankreuzen):

Bankeinzug. Die Ermächtigung erteile ich hiermit bis auf Widerruf.

Konto-Nr.

Bankleitzahl

---

Bank/Geldinstitut

Ort

---

Rechnung

Datum

Unterschrift

---

**Vertrauensgarantie:** Mir ist bekannt, daß ich diese Bestellung ohne Angabe von Gründen innerhalb von 14 Tagen bei AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum

Unterschrift

---

Ich möchte folgendes **Buchgeschenk** aus dem AIB-Angebot:

---

Schicken Sie das **Geschenkabo** bitte an folgende Adresse:

Name, Vorname:

---

Straße, Nr.:

---

PLZ, Ort

---

Dr. Beatriz Brinkmann ist seit über 8 Monaten im Gefängnis.  
Tausende Bitten für ihre Freiheit sind nicht gehört worden.

Deshalb wende ich mich jetzt an Sie und bitte um Freiheit für Dr. Beatriz Brinkmann.

Dr. Beatriz Brinkmann lleva más de 8 meses en la cárcel.  
No se han escuchado miles de solicitudes pidiendo su libertad.

Por esto me dirijo ahora a Usted para pedirle la libertad de Dr. Beatriz Brinkmann.

Unterschrift

**Absender**

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)



Postkarte

Luftpost

1,- DM

**Brigadier General  
Eduardo Iturriaga Neumann  
Libertador Bernardo O'Higgins 543  
VALDIVIA/CHILE**

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

(Name)

(Straße/Hausnummer)

(Ort)

Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen

**AIB Die Dritte-Welt-Zeitschrift  
Leserservice  
Postfach 510868  
5000 Köln 51**

logen Lehrzuchtverfahren eingeleitet oder Sanktionen verhängt werden (wie z.B. im Falle von Leonardo Boff), was jedoch wenig Auswirkungen auf die Christen in den Basisgemeinden hat.

Gerade das Spezifikum der Theologie der Befreiung, daß sie nämlich nicht an Lehrstühlen oder in Studierstuben „gemacht“ und dann von oben hinab verkündet wird, sondern daß sie „unten entsteht als Reflexion einer real vorhandenen Unterdrückungssituation und Befreiungspraxis, macht sie für den Vatikan so schwer faßbar und praktisch unkontrollierbar. Wenn es wirklich so wäre, wie der Kölner Kardinal Joseph Höffner behauptet, daß „es sich bei der Theologie der Befreiung um die privaten Äußerungen etlicher Professoren handelt“,<sup>4</sup> hätte der Vatikan das Problem wohl schon längst gelöst.

Im Moment bemüht sich der Vatikan, mit den traditionellen Methoden der Kirchenpolitik gegen die Theologie der Befreiung vorzugehen: verstärkte Kontrolle der Orden (in Lateinamerika sind Ordensleute stärker als Weltpriester im Befreiungsprozeß engagiert), Untersuchungen bzw. Verfahren gegen Theologen und sogar gegen Bischöfe, Bespitzelung des Klerus (koordiniert durch die Nuntiatoren)...

Ein besonders wichtiges Mittel ist die Personalpolitik, vor allem die Besetzung von Bischofsstühlen. Seit dem Amtsantritt von Johannes Paul II. ist weltweit – und natürlich auch in Lateinamerika – zu beobachten, daß freiwerdende Bischofssitze systematisch mit konservativen Bischöfen besetzt werden, wobei es einen hohen Anteil von Angehörigen oder Sympathisanten des „Opus Dei“ gibt. So fehlen z.B. in Chile nur noch zwei oder drei Bischofsernennungen, damit dort der konservative Flügel die Mehrheit hat, was sicher beträchtliche Auswirkungen auf die bisher oft recht kritischen Erklärungen des chilenischen Episkopats hätte.

Allerdings: so wichtig und motivierend Erklärungen von Bischofskonferenzen auch sein können, sind sie doch für die Existenz und die Verbreitung der Befreiungstheologie nicht entscheidend. Insofern kann die vatikanische Politik zwar Hindernisse errichten, aber den Prozeß der Teilnahme von Christen an der Befreiung nicht rückgängig machen.

#### Anmerkungen:

- 1) „Was ist Theologie der Befreiung?“, Interview mit Pablo Richard in: Kritisches Christentum, Wien, Heft 75/Februar 1984
- 2) Joseph Kardinal Ratzinger, Zur Lage des Glaubens, München 1985, S. 187
- 3) Ebenda, S. 197
- 4) Joseph Kardinal Höffner, „Soziallehre der Kirche oder Theologie der Befreiung?“, Eröffnungsreferat bei der Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz, Fulda, 24.9.1984

## Gespräch Frei Betto/Fidel Castro Die Armen sind in die Kirche eingedrungen



Gesprächspartner Fidel Castro (l.) und Frei Betto

23 Stunden lang hatte der brasilianische Dominikaner-Pater und Theologe Frei Betto Gelegenheit, den kubanischen Staats- und Parteichef Fidel Castro zum Thema Religion zu interviewen. Das daraus erstellte Buch „Fidel y la religion“ ist zu einem Bestseller auf dem lateinamerikanischen Kontinent geworden. Unter dem Titel „Frei Betto, Nachtgespräche mit Fidel“ ist es 1986 in der Edition Exodus (Freiburg/Schweiz) auch in deutscher Sprache erschienen (siehe AIB 12/1986, S. 57). Wir dokumentieren einige wesentliche Aussagen. In einem Vorwort zu dieser Ausgabe schreibt der brasilianische Bischof Pedro Casaldaliga: „Die Kirche und die Revolution, die Christen und die Atheisten, die Menschen in der Ersten, Zweiten und Dritten Welt können sich durch die Lektüre des vorliegenden Buches neue Einsichten zugunsten des gegenseitigen Dialogs aneignen.“

**F. BETTO:** Ich möchte Ihnen eine andere Frage stellen. Sie wissen – schließlich haben Sie das oft genug erwähnt –, daß nach dem Vatikanum II, das von Papst Johannes dem XXIII. einberufen wurde, und nach der lateinamerikanischen Version des Konzils, der Versammlung des lateinamerikanischen Episkopats 1968 in Medellín, viele Veränderungen in der Kirche unseres Kontinents begannen. Die Kirche näherte sich stärker den Armen, vor allem in Ländern wie Brasilien, die seit vielen Jahren von Militärdiktaturen regiert wurden.

#### Kristallisationspunkt Basisgemeinden

Ich pflege zu sagen, daß es nicht eigentlich die Kirche war, die eine Entscheidung für die Armen traf. Angesichts der Unterdrückung der Volksbewegung und der Gewerkschaftsbewegung waren es vielmehr die Armen, die eine Option für die Kirche trafen, in ihr also einen Raum suchten, wo sie sich weiterhin organisieren und artikulieren, Bewußtseinsarbeit betreiben und handeln konnten. (...)

In dem Maße, wie die Armen in die Kirche eindringen, begannen die katholischen Priester und Bischöfe, sich zum Christentum zu bekehren.

Heute gibt es in ganz Lateinamerika unzählige kirchliche Basisgemeinden. Allein in Brasilien sind es ungefähr 100.000 Basisgemeinden, in denen sich so um die 3 Millionen Menschen versammeln, in ihrer Mehrheit Arbeiter, Landarbeiter und Marginalisierte. (...)

Die elementarste Sichtweise des unterdrückten Volkes in Lateinamerika ist eine religiöse Sichtweise. Und aus meiner Sicht war es einer der schwersten Fehler der Linken in Lateinamerika – vor allem der Linken der marx-

stisch-leninistischen Tradition –, in ihrer Arbeit mit den Massen den Atheismus zu predigen. (...)

Ich würde gerne wissen, wie Sie die Basisgemeinden sehen. Es gibt gerade zu diesem Zeitpunkt eine polemische Kampagne gegen die Theologie der Befreiung, die von Reagan und dem Dokument von Santa Fé als ein gefährlicher Faktor der Subversion eingestuft wird. Was denken Sie über die Theologie der Befreiung?

**F. CASTRO:** Sie halten die Form, wie mit dem religiösen Problem umgegangen wird, und die Predigt des Atheismus in Lateinamerika für einen Irrtum der politischen Bewegung, insbesondere der marxistisch-leninistischen Linken. Ich fühle mich wirklich nicht in der Lage zu wissen, wie jede Bewegung der Linken oder jede kommunistische Partei Lateinamerikas mit der Frage der Religion umgegangen ist. (...)

Ich denke, daß die Analysen der politischen und revolutionären Bewegungen von den gegebenen Bedingungen auszugehen haben, die in einem bestimmten Augenblick existieren. Von daher haben sie ihre Strategie, ihre Taktik und ihre Einstellung auszuarbeiten, nicht nur auf der Grundlage ihrer Lehren, auch wenn diese Doktrinen wichtig sind und in die Praxis umgesetzt werden müssen.

Wenn nämlich die Strategie und die Taktik in der Anwendung des politischen Denkens nicht korrekt sind, dann kann dieses politische Denken noch so gut sein, es wird zur Utopie – nicht weil es objektiv nicht zu verwirklichen ist, sondern vor allem weil es auch subjektiv nicht umsetzbar ist.

Ich verstehe die Widersprüche zwischen dem politisch-revolutionären Denken und der Kir-

# Interview mit Luis Carrion Christen in der sandinistischen Revolution

Die nicaraguanische Revolution war die erste zeitgenössische Revolution, an der sich Christen massiv beteiligten. Luis Carrion, seit 1979 Mitglied der Nationalen Leitung der Sandinistischen Front der Nationalen Befreiung (FSLN) und Vizeminister des Innern, war einer der ersten Führer der christlichen Bewegung an der Universität.

In einem Interview mit der chilenischen Journalistin Martha Harnecker erläutert er die Ursachen der breiten christlichen Beteiligung an der Revolution und die Politik der FSLN gegenüber den Christen.

**FRAGE:** Wir wissen, daß in der nicaraguanischen Revolution die Christen eine sehr wichtige Rolle gespielt haben. Womit erklärst Du diese Teilnahme dieser neuen Kraft an der Revolution: Mit einem Wandel innerhalb der Kirche, mit den christlichen Traditionen des nicaraguanischen Volkes oder mit der Art von Bündnispolitik, wie die Sandinistische Front sie praktizierte?

Hältst Du es für richtig, von einem strategischen Bündnis von Christen und Marxisten zu sprechen?

**L. CARRION:** Ich glaube, bei der Analyse dieser ganzen Problematik muß man ausgehen von der historischen Entwicklung der Teilnahme der Christen am revolutionären Kampf in Nicaragua.

Als erstes müßte in die Augen springen, daß in jedem Prozeß eines Volkskampfes die Beteiligung der Christen in Lateinamerika sehr breit sein wird, da unsere Völker überaus christlich sind. Ich glaube jedoch, das Phänomen der Teilnahme der Christen erfordert eine besondere Analyse. Ich will Dir unsere Erfahrung berichten.

Hier in Nicaragua hat es nie eine politische Organisation gegeben, die einen nennenswerten Teil des Volkes unter der Fahne des Christentums zusammenbringen konnte. Es gab und gibt noch eine kleine sozialchristliche Partei, die nie Einfluß hatte und nie die Eigenstrukturen der katholischen Kirche benutzen konnte, um ihre Parteitätigkeit wirksamer zu machen. (...)

## Anstöße durch Basisgemeinden

Nach dem II. Vatikanischen Konzil, das 1965 endete, und besonders nach der Konferenz von Medellín 1968 machten sich an der Basis der katholischen Kirche im Denken und Handeln neue Strömungen bemerkbar. Damals begann die Entwicklung der Kirchengemeinden oder christlichen Basisgemeinden.

Das bedeutet einen Wandel im Arbeitsstil der Kirche. Der Pfarrer ist nicht mehr das einzige Element, das das Vorhandensein der Kirche erkennen läßt. Und diese beginnt eine kirchliche Basisorganisation zu schaffen, an der die Christen des Stadtviertels beteiligt sind. Dies entwickelt sich an manchen Orten stärker als an anderen, und hing weitgehend vom Pfarrer ab, der die Aktivitäten leitete.

**FRAGE:** Was taten diese Basisgemeinden?

**L. CARRION:** Wenn sich diese christlichen Laien zur gemeinschaftlichen Reflexion zu versammeln beginnen, fangen sie an, nicht nur über christliche Themen zu reden, sondern über die wirtschaftlichen und sozialen Probleme, die sie bedrücken.

Es muß daran erinnert werden, daß in Nicaragua fast alle anderen Formen von Volksorganisation unterdrückt waren. Deshalb verwandelte sich ein Teil dieser Gemeinden in kommunale Führungszentren der Stadtteile.

An einer Reihe von Orten tauchen Führungspersönlichkeiten auf, die aus diesen christlichen Basisgemeinden stammen. Der Anstoß, um bis dorthin zu gelangen, kam nicht von ungefähr.

Es gibt einen ersten Impuls, der aus der katholischen Kirche selber kommt, die die Christen drängt, sich den Problemen der Welt zuzuwenden – II. Vatikanisches Konzil und Medellín – und in einem bestimmten Augenblick deckt sich das auch mit dem Kampf der Sandinistischen Front. (...)

**FRAGE:** Könntest Du mir im Detail erklären, welche Strategie die FSLN gegenüber den Christen verfolgt?

**L. CARRION:** Die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung ist nie der Versuchung erlegen, für die Christen eine Politik und eine Sprache zu entwerfen, und für den Rest des Volkes eine andere, was schon ein verdeckter Ausdruck von Sektierertum gewesen wäre. In der Erfahrungstradition der FSLN kann weder das Volk, noch können die Revolutionäre selbst in Christen und Nichtchristen eingeteilt werden. (...)

## Achtung der Gläubigen

Die Unterdrückung durch die Somoza-Diktatur, die Unterwerfung unter den Imperialismus, die Armut, die Unwissenheit und die Schutzlosigkeit, Produkte des Kapitalismus in unserem Land, wüteten im ganzen Volk gleichermaßen, ohne Unterschiede zwischen religiösen Überzeugungen zu machen. Die Arbeit der FSLN an der christlichen Basis unterscheidet sich nicht von der Arbeit im übrigen Volk.

Alle haben wir gleichermaßen aufgerufen, für den Sturz der Diktatur und den Aufbau der neuen Gesellschaft zu kämpfen. (...)

Andererseits ist das Christentum kein politisches Programm, und die Christen bilden keinen einheitlichen Block.

In Lateinamerika stellen sie fast die gesamte Gesellschaft dar, mit ihren Widersprüchen und Klassenkämpfen, mit ihren Helden und Schurken. (...)

Unter diesen Umständen ist es sinnlos, in Begriffen von Abkommen oder Bündnissen mit den Christen insgesamt zu denken.

Das war nicht die Politik der FSLN. Wir haben das revolutionäre Potential und die fortschrittlichen Einstellungen vieler Basisleiter der katholischen Kirche entdeckt und sind direkt zu ihnen gegangen, um sie für den revolutionären Kampf und für die Front zu gewinnen, ohne Vermittler in Anspruch zu nehmen oder jemand um Erlaubnis zu bitten. Ebenso wenig haben wir eine pseudo-religiöse Sprache erfunden, um sie anzulocken.

Es versteht sich, daß ein Basis-Leiter, wenn er für die FSLN gewonnen war, seinen revolutionären Einfluß in die Kirchenorganisationen hineintrug, in denen er mitmachte.

Oft suchten diese Genossen andere zur revolutionären Militanz zu führen, indem sie sie von ihrem eigenen Glauben und ihren reli-



giösen Überzeugungen her motivierten. Aber diese Argumentation war die eines echten Christen und zugleich die eines echten Revolutionärs, und kein künstliches Fabrikat der FSLN.

Der offizielle und prinzipielle Standpunkt der FSLN war der der unbedingten Achtung vor den religiösen Überzeugungen. Sie hat gegen Erscheinungen von Sektierertum und Diskriminierung gekämpft, die gegenüber den Gläubigen hätten aufkommen können. (...)

**FRAGE:** Wie bewertest Du die Widersprüche, die in diesen letzten Jahren innerhalb der katholischen Kirche in Lateinamerika aufgetreten sind?

**L. CARRION:** Ich glaube, eine der Erscheinungen mit der größten Bedeutung für die Entwicklung des revolutionären Kampfes in Lateinamerika ist z.Zt. der Widerspruch, der sich seit einigen Jahren innerhalb der katholischen Kirche bildet, zwischen ihren fortschrittlichen Teilen und denen, die mit den oligarchischen und proimperialistischen Kräften verbündet sind.

Dieser Kampf und sein Ausgang können für den Kontinent enorme Auswirkungen haben. Denn durch ihn wird sich entscheiden, ob diese gewaltige ideologische Kraft, wie sie die katholische Religion darstellt, ihr Gewicht zugunsten der sozialen und politischen Veränderungen oder gegen sie in die Waagschale werfen wird.

Viele Jahrhunderte lang erfolgte die theologische Auslegung der biblischen Texte im wesentlichen im Interesse der herrschenden und ausbeuterischen Klassen. Heute ist als Ergebnis der Klassenkämpfe innerhalb der katholischen Kirche eine neue Theologie aufgetaucht, die Theologie der Befreiung, die endlich das Gegenteil rechtfertigt, nämlich die aktive Teilnahme der Christen an den Volkskämpfen.

Das ist eine neue Situation, die unvermutete Perspektiven eröffnet, und die uns Revolutionäre nicht ungerührt lassen kann. Natürlich geht es nicht darum, an der Debatte teilzunehmen, denn das ist Sache der revolutionären Christen selber.

Unsere Sache ist es, die politischen und ideologischen Hindernisse zu beseitigen, die die Einbeziehung christlicher Sektoren in den revolutionären Kampf erschweren können, und den Kräften den Rücken zu stärken, die aus dem Innern der Kirche heraus die Interessen der Ausgebeuteten verteidigen.

(Quelle: Nueva Sociedad, Caracas, Nr. 88/März-April 1987, S. 26-36)

che sehr gut. (...) Man kann einfach nicht leugnen, daß die Kirchen historisch gesehen auf der Seite der Eroberer, der Unterdrücker und der Ausbeuter gestanden haben. (...)

Niemals im Verlaufe dieser langen Zeit wurde die Versklavung der Schwarzen oder der Indios verdammt, ebensowenig die Ausrottung der Urbevölkerung und all die erbarmungslosen Dinge, die gegen diese Bevölkerung unternommen wurden, der Raub ihres Landes, ihrer Reichtümer, ihrer Kultur, ja sogar ihres Lebens. Keine Kirche hat dieses System je verurteilt, jahrhundertlang nicht.

So liegt eigentlich nichts Befremdliches in der Tatsache, daß das revolutionäre Denken, das in einer regelrechten Kraftanstrengung gegen diese weltlichen Ungerechtigkeiten Sturm liefen, einen antireligiösen Geist in sich barg. Es gibt eine reale und historische Erklärung für ein solches Denken der revolutionären Bewegung, das schon in der bürgerlichen Französischen Revolution zum Ausdruck kam und ebenso in der Russischen Revolution.

Zum ersten Mal wurde es deutlich im Liberalismus. Schon die Philosophie Jan-Jacques Rousseaus und der französischen Enzyklopädisten offenbarte einen antireligiösen Geist. Aufgrund dieser historischen Wurzeln tauchte er nicht nur im Sozialismus auf, sondern kam später auch im Marxismus-Leninismus zum Ausdruck. Niemals hat es eine Verurteilung des Kapitalismus gegeben. (...)

Derzeit kämpfen die Revolutionäre gegen das herrschende System der Ausbeutung, das ebenso unbarmherzig ist. Von daher gibt es eine Erklärung für das, was Sie in Ihrer Frage als Irrtümer bezeichnet haben. Es kann sich dabei tatsächlich um Irrtümer handeln, denn es geht um die Frage, wie eine Idee oder ein sozialrevolutionäres Programm in der Praxis realisiert wird.

Wenn Sie mir nun sagen, daß es unter den aktuellen Bedingungen Lateinamerikas ein Fehler ist, die philosophischen Differenzen mit den Christen zu betonen, die als mehrheitlicher Teil des Volkes massive Opfer des Systems sind, statt die Kraft auf die Bewußtseinsbildung zu konzentrieren, um im gleichen Kampf alle diejenigen zu vereinen, die dasselbe Streben nach Gerechtigkeit in sich tragen, dann würde ich Ihnen sogar recht geben. Und Sie haben auch recht, wenn man die Bewußtwerdung der Christen – oder eines Teils davon – in Lateinamerika beobachtet.

Wenn wir von dieser Tatsache und von den konkreten Bedingungen ausgehen, ist es absolut korrekt und gerecht zu fordern, daß die revolutionäre Bewegung diese Frage angemessen behandelt und auf alle Fälle eine doktrinaire Rhetorik vermeidet, welche die religiösen Empfindungen der Bevölkerung, vor allem der Arbeiter, der Bauern und der Mittelschicht verletzen und nur dazu dienen würde, das System der Ausbeutung zu unterstützen. (...)

## Wiederbegegnung mit den Wurzeln

Meiner Meinung nach liegt die historische Bedeutung dessen, was Sie Theologie der Befreiung oder Kirche der Befreiung nennen, eben in deren tiefer Rückwirkung auf die politischen Auffassungen der Christen.

Ich würde sogar noch weiter gehen: Die Bedeutung liegt in der Wiederbegegnung der Christen von heute mit den Christen von gestern, mit den Christen der ersten Jahrhunderte im Anschluß an den Auftrag Christi.

Ich könnte die Kirche der Befreiung oder die Theologie der Befreiung als eine Wiederbegegnung des Christentums mit seinen Wurzeln definieren, mit den schönsten, den anziehendsten, heldenhaftesten und glorreichsten Teilen seiner Geschichte. Das geht in einer solchen

Gewaltigkeit vor sich, daß es die gesamte Linke Lateinamerikas dazu zwingt, dies als eines der fundamentalsten Ereignisse unserer Epoche zu betrachten.

Wir können das so sagen, denn es beraubt die Ausbeuter, die Eroberer, die Unterdrücker, die Eindringlinge und die Plünderer unserer Völker, diejenigen also, die uns in Unwissenheit, Krankheit und Elend halten, ihres vielleicht wertvollsten Instrumentes, auf das sie zählen konnten, um die Massen irrezuleiten, sie zu täuschen, sie zu entfremden und die Ausbeutung damit aufrechtzuerhalten. (...)

So jedenfalls interpretiere ich im wesentlichen den Kampf, den Ihr begonnen habt, und von daher ist es auch nicht befremdlich, daß das Imperium und seine Regierung, seine Theoretiker und Sprecher einen hartnäckigen Kampf gegen die Theologie der Befreiung führen und sie als subversiv denunzieren (...).

Sie haben sehr schön ausgedrückt, daß die Armen in die Kirche eingedrungen sind. Ich denke, es waren der Schmerz und die unbeschreibliche Tragik der Massen, die damit ihren Weg in die Kirche gefunden haben. Ihr Schmerzensschrei hat die Kirche erreicht, vor allem die Hirten, die näher bei der Herde sind und ihre Schreie, ihre Leiden und ihre Schmerzen hören können.

Das Echo hat sich ausgeweitet: bei Bischöfen, Kardinalen und sogar bei einem Papst, bei Johannes XXIII. Die Dritte Welt und die Revolutionäre der Dritten Welt spürten die Wirkung der grundlegenden Äußerungen von Johannes XXIII., an den sich alle Menschen hier in unseren Ländern, auch die Marxisten-Leninisten mit Respekt und Sympathie erinnern. (...)

## Weder Opium noch Wunderheilmittel

F. BETTO: Kommandant, ich möchte Ihnen gerne eine andere Frage stellen.

In der Vergangenheit hat es in der Kommunistischen Partei Leute gegeben, die einen Satz von Marx aus seinem Beitrag *Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie* gebrauchten, in dem es heißt, daß die „Religion Opium des Volkes“ sei. Dieser kleine Satz wurde zu einem endgültigen, absoluten, metaphysischen Dogma, jenseits jeder Dialektik.

Im Oktober 1980 veröffentlichte zum ersten Mal in der Geschichte eine revolutionäre Partei, die an der Macht ist, die Sandinistische Befreiungsfront, ein Dokument über die Religion, worin sie Kritik übt an dieser Behauptung, die wie ein absolutes Prinzip gehandhabt wird.

Wörtlich heißt es in diesem Dokument: „Einige Autoren haben behauptet, die Religion sei ein Mechanismus der Entfremdung der Menschen und diene dazu, die Ausbeutung einer Klasse durch eine andere zu rechtfertigen. Eine solche Behauptung hat zweifellos ihren historischen Wert in Anbetracht der Tatsache, daß in verschiedenen Epochen die Religion als theoretische Basis für politische Herrschaft gedient hat. Es reicht, an die Rolle zu erinnern, die die Missionare beim Prozeß der Unterwerfung und Kolonisierung der Indios in unserem Land gespielt haben.“

Die Sandinisten verweisen auf ihre Erfahrung und versichern, daß die Christen, unterstützt von ihrem Glauben, sehr wohl in der Lage sind, auf die Bedürfnisse des Volkes und seine Geschichte einzugehen, und daß ihre eigenen religiösen Überzeugungen sie zu revolutionärer Entschiedenheit führen. Unsere Erfahrung zeigt, daß man gleichzeitig Christ und konsequenter Revolutionär sein kann und daß es keinen unlösbaren Widerspruch zwischen den beiden Dingen gibt.“

Kommandant, glauben Sie daran, daß die Religion Opium des Volkes ist?

F. CASTRO: Gestern habe ich Ihnen ausführlich die historischen Umstände erklärt, unter denen der Sozialismus, die sozialistische Bewegung und die Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, der Marxismus-Leninismus, entstanden sind.

Ich habe Ihnen auch erläutert, wie in der damaligen Klassengesellschaft, einer Gesellschaft grausamer und unmenschlicher Ausbeutung – wo jahrhundertlang Kirche und Religion als Herrschafts-, Ausbeutungs- und Unterdrückungsinstrumente benutzt wurden – Tendenzen aufkamen mit harten, aber gerechtfertigten Kritiken an der Kirche und an der Religion selbst. (...) Ich glaube, dies erklärt die Lage, in der ein solcher Satz entstanden ist.

Aber als Marx die Internationale der Arbeiter ins Leben rief, befanden sich darunter viele Christen. Auch in der Pariser Kommune (1871; d. Red.) gab es viele Christen unter denen, die kämpften und starben. Es gibt keinen einzigen Satz von Marx, der die Christen von der historischen Aufgabe ausschließt, die soziale Revolution voranzutreiben.

Wenn wir weitergehen, und uns alle die Diskussionen um das Programm der russischen Arbeiterpartei in Erinnerung rufen, die von Lenin gegründet wurde, dann findet sich nicht ein einziges Wort, das Christen aus der Partei ausschließt. Die hauptsächliche Forderung ist die Anerkennung des Parteiprogramms als Bedingung für die Mitgliedschaft. – So hat der Satz also einen historischen Wert und ist für einen bestimmten Zeitpunkt absolut berechtigt.

Auch zum jetzigen Zeitpunkt kann es noch Situationen geben, in denen er Ausdruck einer Realität ist. Wir dürfen uns nicht wundern, wenn in irgendeinem Land, in dem die katholische Hierarchie oder die einer anderen Kirche eng mit dem Imperialismus, dem Neokolonialismus, der Ausbeutung von Völkern und Menschen sowie mit der Repression liiert ist, jemand wiederholt, daß die Religion Opium des Volkes ist.

So wie man auch die Nicaraguaner völlig verstehen kann, die – ausgehend von ihren Erfahrungen und den Positionserklärungen der nicaraguanischen Geistlichen – zu einem aus meiner Sicht sehr richtigen Schluß gekommen sind, daß die Christen aufgrund ihres Glaubens sehr wohl eine revolutionäre Haltung einnehmen können, ohne daß es einen Widerspruch gäbe zwischen ihrer Rolle als Christen und als Revolutionäre. (...)

Meiner Meinung nach ist die Religion in sich selbst aus politischer Sicht weder Opium noch Wunderheilmittel. Sie kann Opium sein oder ein Heilmittel in dem Maße, wie sie dazu dient, entweder die Unterdrücker und die Ausbeuter oder die Unterdrückten und die Ausbeuteten zu verteidigen. Das hängt von der Form ab, wie sie die politischen, sozialen und materiellen Probleme des Menschen angeht, der schließlich – unabhängig von Theologien oder religiösen Glaubensüberzeugungen – in diese Welt geboren wird und hier zu leben hat.

Von einem streng politischen Gesichtspunkt aus – und ich glaube, ich verstehe etwas von Politik – denke ich, daß man Marxist sein kann, ohne das Christsein aufzugeben, und daß man vereint mit den marxistischen Kommunisten für die Veränderung der Welt arbeiten kann. (...)

F. BETTO: Kommandant, es gibt zwei Begriffe, mit denen Christen einige Schwierigkeiten haben: erstens der marxistische Begriff des Klassenhasses, zweitens der Begriff des Klassenkampfes. Ich möchte Sie bitten, etwas dazu zu sagen.

F. CASTRO: Die Existenz gesellschaftlicher Klassen ist eine geschichtliche Realität seit den Zeiten des Urkommunismus, als die Menschen begannen, Reichtümer, Land und Produktionsmittel anzuhäufen, um die Arbeit anderer

Menschen auszubeuten.

Die gesellschaftlichen Klassen, die in der Zeit des Urkommunismus noch nicht existierten, als allen alles gemeinsam war, entstehen als Folge der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft. Dann entwickelte sich die Ausdifferenzierung der Klassen wie in Griechenland und Rom. (...)

Weder Marx noch der Marxismus haben die Klassen oder den Klassenkampf erfunden, sie haben einfach diese historische Realität analysiert und die Existenz von Klassen aufgezeigt. Sie entdeckten die Gesetze, die diese Kämpfe und die Weiterentwicklung der menschlichen Gesellschaft steuern.

Man kann dem Marxismus nicht die Erfindung der Klassen und des Klassenkampfes zuschreiben. Die Schuldige ist die Geschichte, sie trägt die Hauptverantwortung für dieses Problem. Und nun zum Klassenhaß: wer ihn erzeugt, das ist nicht der Marxismus-Leninismus; er predigt nicht eigentlich den Klassenhaß, sondern stellt nur fest: Es gibt die Klassen, den Klassenkampf, und diese Kämpfe erzeugen Haßgefühle. Was wirklich den Haß hervorruft, ist die Ausbeutung, die Unterdrückung und die Marginalisierung des Menschen. (...)

Wir predigen keinen Haß unter den Menschen, denn sie sind zweifellos die Opfer des Systems. Wir müssen das System bekämpfen, das wir hassen, und die Menschen, die dieses System repräsentieren. Ich glaube, darin besteht überhaupt kein Widerspruch zur christlichen Lehre. (...)

(Quelle: Frei Betto, Nachtgespräche mit Fidel. Autobiographisches – Kuba – Sozialismus – Christentum – Theologie der Befreiung, Edition Exodus, Freiburg/Schweiz 1986, S. 221-267)

### Fernkurs Befreiungstheologie

Der ESPACE BARTHELEMY DE LAS CASAS unter Leitung von François Biot bietet eine deutsche Ausgabe seines in Frankreich gerade mit großer Resonanz begonnenen Fernkurses an, die

#### BEFREIUNGSTHEOLOGIE.

Zehn Beiträge von lateinamerikanischen Korrespondenten und Kennern berichten über Ursprünge, Bedeutung und Aktualität dieser christlichen Glaubenspraxis.

Option A: zehn Beiträge über 18 Monate

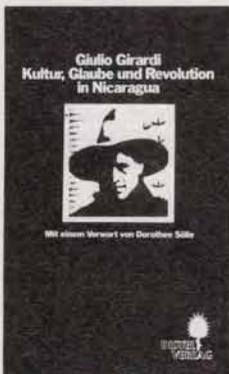
85 DM

Option B: zehn Beiträge mit individuellen Bearbeitungsvorschlägen und Rückkorrektur

115 DM

Einschreibeunterlagen und Details:

Espace Barthélémy de las Casas, BP 105, F-69210 L'Arbresle, Frankreich



Eine Streitschrift zur Rolle der Kultur in der Revolution, zum neuen Verhältnis von Marxismus und Christentum in Nicaragua.  
Mit einem Vorwort von Dorothee Sölle

Etwa 80 Seiten, ca. DM 12,-

DISTEL VERLAG · Sonnengasse 11 7100 Heilbronn



Bischof Tutu auf einer Beisetzungsfeier für Polizeioffizier im Township Kwa Temba

Marianne Kolter

## Kirchen in Südafrika Die Regierung handelt gegen das Gebot Jesu Christi!

Die Rassentrennung in Südafrika wurde seit Errichtung der ersten holländischen Siedlung am Kap auch theologisch begründet. Die Niederländisch Reformierte Kirche (NGK) hat staatstragende Funktion seit Bestehen der Südafrikanischen Union 1910.

Sie war einer der Stützpfeiler bei der Durchsetzung der Apartheid, d.h. des institutionalisierten Rassismus, nach der Regierungsübernahme durch die noch heute regierende Nationale Partei (NP) im Jahre 1948. Auch die neue Verfassung von 1984 rechtfertigt den Rassismus unter Berufung auf Gott.

### Gegen „gottgewollten“ Rassismus

Doch die Unterdrückung der großen Bevölkerungsmehrheit und die daraus entstandenen Lebensbedingungen haben unter den Christen in Südafrika schon frühzeitig eine Gegenströmung geschaffen.

Die weiße Eroberung Südafrikas mit Bibel und Schwert veranlaßte bereits im letzten Jahrhundert Schwarze zur Gründung eigener, unabhängiger Kirchen, die sich gegen die rassistischen Bibelauslegungen wandten. Die Weigerung von Christen, per Bibel die „gottgewollte“ Unterlegenheit der schwarzen Menschen anzuerkennen und die von ihnen aufgestellte – ebenfalls aus dem christlichen Glauben abgeleitete – Behauptung der Gleichheit aller Menschen

als Geschöpfe Gottes hat im Land der Apartheid also ebenso Tradition wie die kirchliche Unterstützung für den Rassismus.

Der Grund für diese „Zweigeisigkeit“ einer von ihrem Selbstverständnis her universellen Glaubensgemeinschaft liegt in erster Linie nicht in theologischen Differenzen, sondern eher in der Zugehörigkeit von Christen zu unterschiedlichen – um genau zu sein, gegensätzlichen – Interessengruppen. Wer von Apartheid profitiert, ist natürlich eher bereit, diese zu rechtfertigen als ein Apartheidopfer. Die heutige Lage in den südafrikanischen Kirchen ist auch nur unter diesem Gesichtspunkt zu verstehen.

Der größte Zusammenschluß von Kirchen in Südafrika, der Südafrikanische Kirchenrat (SACC), dem fast alle Kirchen Südafrikas angehören, ist in den letzten Jahren in Opposition zur Apartheid getreten und hat Aussagen gegen theologische Begründungen von Rassismus erarbeitet.

Die heute von Kirchenvertretern bezogenen Positionen, ihre Teilnahme an Widerstandsaktionen und in Organisationen wie der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) sind das Ergebnis eines jahrzehntelangen Prozesses. In dessen Verlauf mußten auch die Kirchenleitungen ihr pro und contra zur Apartheid neu überdenken, wollten sie nicht jeden Bezug zur übergroßen Mehrheit der Kirchenmitglieder verlieren.

National und international renommierte Kirchenführer wie Erzbischof Desmond Tutu, der Vorsitzende des Weltbundes Reformierter Kirchen, Allan Boesak und der langjährige Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates (SACC), Dr. Christian Beyers Naudé, beteiligten sich aktiv an den Widerstandsaktionen in ihrem Land. Sie engagieren sich für die Organisation internationaler Solidarität mit dem Befreiungskampf und für die Forderung nach Sanktionen gegen Südafrika, solange die Apartheid nicht abgeschafft ist.

Die Wahl des aus Soweto stammenden Reverend Frank Chikane, eines der Vizepräsidenten der UDF und langjährigen Anti-Apartheid-Aktivisten, zum Nachfolger Beyers Naudés als Generalsekretär des SACC ist ein weiteres Zeichen für den wachsenden Widerstand in weiten Teilen der südafrikanischen Kirchen.

Die wichtigsten Aussagen zum Verhältnis der Christen zur Apartheid finden sich im Kairos-Dokument. Es wurde Anfang 1986 von 151 Kirchenvertretern verschiedener Konfessionen verabschiedet und beinhaltet sowohl eine Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse des Landes wie auch Aussagen zu christlichem Handeln in dieser Situation. In einem kommentierenden Interview zu diesem Dokument führt Beyers Naudé zu der entscheidenden Frage über die Widerstandsberechtigung und -pflicht von Christen aus:

„Es bedeutet, daß wir aufhören müssen,



Kirchenführer, die zugleich die Widerstandsallianz UDF repräsentieren: Allan Boesak (l.) und Beyers Naudé

an einen falschen Begriff von Versöhnung zu glauben; daß wir aufhören müssen, so zu tun, als ob beide Seiten einen Teil der Wahrheit hätten; die, die Apartheid vertreten, und die, die den Widerstand leisten. Wir als Kirche müssen ganz klar sagen, daß die Wahrheit nicht auf seiten der Apartheid liegt. Man kann sich nicht versöhnen mit etwas, das grundsätzlich böse, unmenschlich und ungerecht ist.

Versöhnung mit einem solchen System ist nicht möglich – das wollen wir sagen. Denn Apartheid wird ja nicht nur abgelehnt, sie wird nicht nur als ungerecht bezeichnet, sondern wir fällen ein eindeutiges, theologisches Urteil: Wir sagen, daß wir es mit einer Tyrannei zu tun haben und daß diese Regierung, obwohl sie de jure legal sein mag, für uns unmoralisch und ethisch illegitim ist; daß sie als Regierung gegen das Gebot Jesu Christi handelt, daß sie Vertreter des Antichristen ist. Es ist eine Situation erreicht, in der kein Christ mehr neutral bleiben kann. Man muß deutlich sagen, ob man Apartheid unterstützt oder ihr Widerstand leistet.“<sup>1</sup>,

### Gegengewalt ist umstritten

Mit dieser Stellungnahme übernimmt Naudé die Position des Widerstandes, daß das Apartheidsystem nicht reformierbar ist und nur abgeschafft werden kann. Gleichzeitig benennt er eine christliche Pflicht zum Widerstand.

Diese Verurteilung der Apartheid findet Unterstützung in internationalen Kirchengemeinden wie dem Weltkirchenrat.

Das Kairos-Dokument nimmt ebenso wie die Kirchenführer Südafrikas heute zur Frage der Gewalt gegen das Apartheid-Regime keine eindeutig bejahende Position ein.

Sie erklären hierzu nur: „Obwohl dieses Dokument verschiedene Arten des Engagements andeutet, schreibt es dem einzelnen eine bestimmte Handlungsweise nicht vor.“<sup>2</sup> In der Frage der Gewalt verurteilt das Dokument eine Gleichstellung von Gewalt seitens des Apartheidstaates und des Widerstandes.<sup>3</sup> Die strikte Verurteilung von bewaffneten Aktionen gegen das Regime erscheint Beyers Naudé in der gegebenen Situation nicht möglich.<sup>4</sup>

Die katholische Bischofskonferenz hat am 31.1.1986 erklärt, sie sehe „keine andere Wahl als Formen gewaltloser Aktion in Betracht zu ziehen, wie passiven Widerstand, Boykott und wirtschaftlichen Druck...“<sup>5</sup> Ihre Theologische Beratende Kommission kommt allerdings in einer Stellungnahme vom November 1985 zu der Schlußfolgerung, daß ein „gerechter Krieg“ unter bestimmten Be-

dingungen möglich sei.

Diese Bedingungen – beständige und ernsthafte Mißachtung der Gemeinschaftsinteressen durch die Regierung, Schutz unschuldigen Lebens sowie Sicherung und Erringung grundlegender Menschenrechte – sieht die Kommission als vorhanden an, ebenso wie das jahrzehntelange gewaltlose Bemühen des Widerstandes für die Abschaffung der Apartheid. Erst nach Ausschöpfen aller anderen Mittel habe der ANC zu bewaffneten Mitteln gegriffen.<sup>6</sup>

Für das Kräfteverhältnis in Südafrika ist bedeutsam, daß die Kirchen zu einem wichtigen Faktor im Widerstand geworden sind, indem sie ihre besonderen Formen gefunden haben zu handeln und sich zu wehren.

Dies wiegt umso schwerer, als der größte Teil der südafrikanischen Bevölkerung starke Bindungen an eine christliche Glaubensgemeinschaft hat und weil auch das dem Rassismus zugrundeliegende Weltbild theologisch widerlegt wird. Dies kann zur Verunsicherung der Kräfte beitragen, die die Apartheid unterstützen.

Die Anti-Apartheid-Positionen der Kirchen in Südafrika verpflichten zudem die Kirchen im Ausland stärker, sich mit der Situation in Südafrika auseinanderzusetzen und aktiv Stellung gegen die Apartheid zu beziehen.

### Anmerkungen:

- 1) Jetzt ist der Augenblick der Wahrheit da. Interview mit Dr. Chr. Beyers Naudé, in: Weltmission '86. Vergib uns unsere Schuld. Für Versöhnung – gegen das Unrecht in Südafrika, Hamburg 1986, S. 25
- 2) Kairos-Dokument. Eine Herausforderung an die Kirche, in: ebd., S. 11-23, hier: S. 23. Kairos meint: „...die Stunde der Gnade und der Möglichkeiten, die angenehme Zeit, in der Gott uns zu entschiedenem Handeln herausfordert.“ Ebd., S. 12
- 3) Vgl. ebd., S. 17ff.
- 4) Vgl. Naudé, ebd., S. 27
- 5) Zit. nach: African National Congress (Hg.), Informationsbulletin, Bonn, Nr. 3/März 1986, S. 22
- 6) Vgl. ANC-Informationsbulletin, Bonn, Nr. 1/Januar 1986, S. 20

## AIB-Vertrieb mit neuer Adresse

Seit dem 1. April d.J. wird der Vertrieb des AIB nicht mehr über unsere Marburger Adresse, sondern über den Pahl-Rugenstein Verlag in Köln abgewickelt. Für

- Bestellungen von AIB-Heften
- Abonnements
- Adressenänderungen
- Kündigungen

gilt ab sofort folgende Adresse:  
AIB-Leserservice, Postfach 510868,  
5000 Köln 51, Tel. 0221/36002-0



Antiinterventionsdemonstration in Washington vom 25. 4. 1987, zu der Kirchen und Gewerkschaften aufgerufen hatten. 2. v. r. J. Jackson, Präsidentschaftsbewerber der Demokratischen Partei

Konrad Ege

## US-Kirchen aktiv gegen Reagan-Doktrin

Am 25. April d.J. demonstrierten in Washington und San Francisco 200.000 US-Bürger gegen zwei zentrale Bereiche der Außenpolitik der Reagan-Administration. Sie protestierten gegen die US-Intervention in Mittelamerika und gegen die Unterstützung für das südafrikanische Apartheidregime. Erstaunlich dabei ist nicht nur die massenhafte Beteiligung an diesen Aktionen, sondern auch die enorme Breite der gesellschaftlichen Gruppen, die dazu aufgerufen hatten. Unterzeichner des Aufrufs zur Demonstration in Washington waren 24 Vorsitzende und Verantwortliche großer Gewerkschaftsorganisationen sowie 49 Bischöfe und Verantwortliche der verschiedensten Religionsgemeinschaften. Bisher hatten sich weder die Gewerkschaften noch die Kirchen in einem ähnlichen Ausmaß gegen die US-Politik in Mittelamerika und im Südlichen Afrika engagiert. Im folgenden Beitrag beschreibt der US-Journalist Konrad Ege am Beispiel der Mittelamerikapolitik das wachsende und vielfältige Wirken der US-Kirchen gegen die Reagan-Doktrin.

„Die Kirchen haben der Linken mehr Energie eingeflößt, als sie jemals seit dem Vietnamkrieg gehabt hat.“ O-Ton Pat Buchanan, Redenschreiber des Präsidenten und ein führender Advokat der Reagan-Doktrin im Weißen Haus.

Buchanan hat das nicht als Kompliment gemeint. Die Mittelamerikapolitik der Administration wird schon seit Jahren von einem Sektor der US-Gesellschaft konfrontiert, der – in den Worten des ehemaligen Staatssekretärs für inter-

amerikanische Angelegenheiten Langhorne Motley – „normalerweise von der Regierung nicht als Gegner gesehen wird“: den US-amerikanischen Kirchen. Liberale Politiker mögen sich in den ersten Jahren der Reagan-Administration den „herrschenden politischen Winden“ angepaßt und für Unterstützung der nicaraguanischen Contras gestimmt haben – die großen protestantischen Kirchen der USA und die römisch-katholischen Bischöfe haben Reagans Reden

über die kommunistische Gefahr aus dem Süden nie gekauft.

Folglich protestieren sie gegen Militärhilfe für El Salvador, Guatemala und die Contras und gegen die Militarisierung Honduras'. Eine Materialsammlung der ökumenischen Solidaritätsorganisation „Interreligious Task Force on Central America“ (Interreligiöse Mittelamerika-Arbeitsgruppe), herausgegeben im Juli 1984, spricht Bände über die Haltung der Kirchen: Die Resolutionen von 20 Kirchen und Glaubensgemeinschaften gegen Präsident Reagans Mittelamerikapolitik sind dort abgedruckt.

Die meisten großen protestantischen Kirchen (wichtige Ausnahme ist die konservative Südliche Baptistenkonferenz) sind vertreten, darunter die 2,3 Mio Mitglieder starke Amerikanische Lutherische Kirche (der Rat der Kirche „unterstützt nichtmilitärische Konfliktlösungen in Zentralamerika“ und fordert „eine Suspendierung der versteckten und offenen Aktionen zur Destabilisierung der nicaraguanischen Regierung“), die Episkopale Kirche (2,8 Mio Mitglieder), die Vereinigte Kirche Christi (1,7 Mio), die 9,3 Mio Mitglieder starke Vereinigte Methodistenkirche (ihre Generalkonferenz „erkennt, daß die Konflikte in Mittelamerika Auseinandersetzungen für Menschenrechte und Unabhängigkeit sind, und nicht Konflikte zwischen den Supermächten“) und die Reformierte Kirche (340.000 Mitglieder).

Der Nationale Kirchenrat der USA, ein Verband von 32 Kirchen mit einer Gesamtmitgliedschaft von mehr als 40 Mio Gläubigen, hat wiederholt gegen die Unterstützung der Contras und Militärhilfe für El Salvador protestiert. Die Nationale Konferenz der katholischen Bischöfe (52,3 Mio Bewohner der USA sind römisch-katholisch) lehnt Unterstützung der Contras trotz gleichzeitiger Kritik der Sandinisten ebenfalls ab.

### Reagan nie auf den Leim gegangen

Was die US-Regierung noch mehr beunruhigt als die papierernen Resolutionen ist der zunehmende Aktivismus amerikanischer Christen. Bischöfe gehen auf die Straße, demonstrieren und sind nicht zu politischen Kompromissen bereit.

Ihr Protest ist nicht in erster Linie politisch, sondern biblisch und moralisch. Kritik wird als absolute Forderungen nach Einstellung der Militärhilfe für die Contras vorgebracht – am Aschermittwoch 1987 zum Beispiel. (...)

Der biblische Kern der Mittelamerika-Proteste kommt besonders in den jährlich stattfindenden Pfingstgottesdiensten für Frieden in Zentralamerika zum Ausdruck, die landesweit von der evangelikalen Gemeinschaft „Sojourners“

angeregt werden, „um das Eintreten des Heiligen Geistes für Frieden und Gerechtigkeit zu feiern“ und das „Licht der Wahrheit auf die zunehmende Militarisierung Mittelamerikas“ zu scheinen. In einem Gottesdienst vor dem Weißen Haus vergangenes Jahr erklärte ein „Sojourners“-Prediger, es sei angebracht, daß Christen an Pfingsten zum Demonstrieren auf die Straße gingen, da auch die Apostel am ersten Pfingsten aus ihrer Isolation hinausgegangen seien, um das Evangelium zu verkünden.

Mit ihrer gleichnamigen Zeitschrift (Auflage 60.000) spielt „Sojourners“ in der christlichen Friedensbewegung eine Schlüsselrolle.

Christlicher Widerstand gegen Präsident Reagans Mittelamerikapolitik findet auch und vor allem an den „grassroots“ – den Kirchengemeinden – statt. Diesen März (21.-29.) begehen tausende Kirchen und Synagogen eine „Mittelamerikawoche“.

Die Gottesdienste stehen unter dem Thema „Jeder von uns kann etwas tun“ – Zitat einer Rede des 1980 ermordeten salvadorianischen Erzbischofs Oscar Romero. Die Organisatoren der Woche ... fordern Gemeinden und Synagogen auf, „ihre Aufmerksamkeit auf den mächtigen Kampf für Leben und Gerechtigkeit zu richten, der (in Mittelamerika) stattfindet“.

## Widerstand der Gemeinden

Drei ökumenische „grassroots“ Organisationen haben großen Einfluß auf die Haltung der Kirchen gegenüber Nicaragua: die „Sanctuary“-Bewegung, in der mehr als 300 Kirchen und Synagogen illegal eingewanderte Flüchtlinge aus El Salvador und Guatemala beherbergen, „Pledge of Resistance“ (Versprechen des Widerstands) ... und „Witness for Peace“ (Zeugen für den Frieden)...

„Pledge of Resistance“ wurde 1983 – kurz nach der US-Invasion Grenadas – auf einem von „Sojourners“ einberufenen Treffen mit Vertretern anderer religiöser Friedensgruppen geboren. Die mehr als 80.000 Unterzeichner des Versprechens verpflichten sich, im Fall einer „Eskalation“ der US-Aktionen gegen Nicaragua (z.B. Bewilligung eines Contra-Hilfspakets) zu demonstrieren oder Aktionen des zivilen Ungehorsams wie Sit-Ins in den Büros von Abgeordneten zu begehen. Mehr als 3.000 Männer und Frauen sind bei derartigen Demonstrationen verhaftet worden.

„Witness for Peace“ begann im selben Jahr, nachdem eine christliche US-Delegation im Norden Nicaraguas festgestellt hatte, daß Contra-Einheiten es vermeiden, Ziele anzugreifen, in denen US-Bürger sich aufhielten. 2.300 „Witness for

Peace“-Freiwillige sind seitdem nach Nicaragua gegangen.

Regierungsvertreter gestehen zu, daß sie nicht so recht wissen, wie sie sich gegenüber den kirchlichen Protesten verhalten sollen. Klage Langhorne Motley: „Die Auseinandersetzung mit den Kirchen ist wirklich schwierig. Normalerweise sehen wir sie nicht als politische Gegner, und so wissen wir nicht, wie wir mit ihnen fertig werden sollen.“

Während die rechten christlichen Aktivisten vom Schlage eines Jerry Falwell in den Schlagzeilen waren und teilweise ihre politischen Kandidaten zum Wahlsieg führen konnten, hat sich in vielen US-amerikanischen Kirchen eine Wandlung „nach links“ vollzogen, mit der Motley und seine politischen Freunde nicht zurecht kommen.

## Biblischer Auftrag

Kommentierte „Sojourners“-Sprecher Dennis Marker: „Die religiöse Gemeinschaft der USA erkennt, daß sie durch ihr anfängliches Schweigen dazu beigetragen hat, den Vietnamkrieg zu erlauben. Sie sieht jetzt, daß sie von der Regierung belogen worden ist.“

Der römisch-katholische Bischof James Malone ist ähnlicher Ansicht: „Der Unterschied zwischen Vietnam und Mittelamerika ist, daß die katholische Kirche zwischen (der US-Regierung) und Mittelamerika steht.“

Marker kann freilich mit dem Etikett „links“ und mit Patrick Buchanans Aussage über die kirchliche Hilfe für die linke Bewegung wenig anfangen.

Marker zufolge kommen die christlichen Mittelamerika-Aktivistinnen schlicht und einfach dem biblischen Auftrag nahe, sich für die Unterdrückten, für Nächstenliebe und gegen Gewalt einzusetzen. Diese Haltung habe zu einer ungewöhnlichen Allianz geführt, wie der katholische Bischof Remberk Weakland jüngst gegenüber dem „Wall Street Journal“ bemerkte – einer Allianz zwischen Evangelischen und Mitgliedern der katholischen Kirche, die beide in der Mittelamerikabewegung führende Rollen spielen. Dabei habe sich die katholische Kirche mehr geändert als die Evangelikalen, erklärte Weakland: „Vermutlich haben sie sich nicht so sehr geändert wie wir. Seit Vatikan II sind wir 'biblischer' ... geworden.“

Christliche Mittelamerika-Aktivistinnen halten auch den Einfluß der lateinamerikanischen Befreiungstheologie auf die USA für wichtig bei der Umorientierung der Kirchen. Vietnam war weit entfernt gewesen, Mittelamerika ist nah, und viele Kirchen haben starke Verbindungen durch Besucher und Missionare, deren Berichte über die dortigen Länder oft im

Widerspruch zu denen der US-Regierung standen.

Christen der Region appellierten an ihre Brüder und Schwestern in den USA, ihren Kampf gegen Unterdrückung zu unterstützen. Der Tod Oscar Romeros im März 1980 und sieben Monate danach die Ermordung vier US-amerikanischer Angehöriger des katholischen Maryknoll-Ordens durch das salvadorianische Militär kristallisierte die Widerstandsbewegung der USA.

Obwohl die Antikriegshaltung vieler Kirchen ein neues und ein möglicherweise langfristig sehr bedeutendes Element auf die politische Szene der USA gebracht hat, hat die christliche Bewegung gegen die Reagan-Doktrin in Mittelamerika wenig konkrete Ergebnisse vorzuweisen. Die Contras werden immer noch unterstützt, Honduras und Costa Rica weiterhin militarisieren, und El Salvador und Guatemala erhalten Militärhilfe.

Gehofft wird jetzt, daß die Verstrickungen der Administration in den Iran-Nicaragua-Skandal den Contra-Krieg zum Erliegen bringen wird. Überrascht sind die christlichen Friedensaktivisten freilich nicht über Versuche der Regierung, den Skandal zu vertuschen: Schon vor einem Jahr haben mehr als 200 Kirchenvertreter öffentlich gesagt, daß die Regierung über Nicaragua lüge.

(Quelle: epd-Entwicklungspolitik: Materialien II/87, Frankfurt, S. 29-35)

## AIB-Verkäufer gesucht!



Liebe Leserinnen und Leser, wer will uns unterstützen beim AIB-Verkauf während

- der Demonstration der Friedensbewegung am 13. Juni in Bonn,
- des Evangelischen Kirchentags in Frankfurt/Main vom 17.-21. Juni (Unterkunft wird gestellt).

Bitte melden bei Mick Petersmann, Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Tel. 0221/36002-37.

# Martin Schuck

## Wende der kirchlichen Entwicklungspolitik?

Die kirchliche Entwicklungspolitik war Schwerpunktthema auf der Herbstsynode der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) vom 2.-7. November 1986 in Bad Salzungen. Es war das erste Mal seit 1973, daß dieses Thema wieder auf der Tagesordnung stand.

In jenem Jahr war die Denkschrift der EKD „Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt“ veröffentlicht worden. Damit hatte die Evangelische Kirche in Deutschland in Grundzügen ihre Stellung zur Entwicklungspolitik dargelegt, die dann von den fünf in der Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst (AGKED) vertretenen Organisationen verwirklicht werden sollte.<sup>1</sup>

Zwei wichtige Faktoren waren damals mitverantwortlich, daß diese Denkschrift recht fortschrittliche Inhalte bot: Zum einen lag die der Veröffentlichung vorausgehende Diskussion in der ersten Phase der sozialliberalen Koalition (seit 1969), der Ära Willy Brandt, mit dem evangelischen Pfarrer Erhard Eppler als zuständigem Minister im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). Zum anderen war die Denkschrift an entscheidenden Stellen durch den Dialog mit ökumenischen Partnern aus der Dritten Welt geprägt.

### Strukturwandel fördern?

So wurde in der Denkschrift erkannt, daß „einige Entwicklungsländer unterentwickelt sind, weil in ihnen kleine privilegierte Gruppen, zu denen auch multinationale Konzerne gehören können, alle entscheidenden Machtpositionen in ihren Händen haben und zur Ausbeutung der Masse der Bevölkerung nutzen... Schließlich verursacht das gegenwärtige System der Weltwirtschaft eine Fortdauer der durch den politischen und wirtschaftlichen Kolonialismus begründeten Abhängigkeit“ (Art. 23).<sup>2</sup>

Entscheidend für das Handeln der kirchlichen Entwicklungsdienste war die Einsicht, daß „aus Gründen der christlichen Weltverantwortung sich die Kirche der Forderung nach strukturellen Veränderungen und nach politischer und wirtschaftlicher Beteiligung der Machtlosen nicht entziehen kann“ (Art. 24) und daß

deshalb auch die Kirchen „unabweichlich zu Entscheidungen mit politischem Gehalt genötigt werden“ (Art. 26).

Richtige Einsichten, die auch tatsächlich nicht ganz ohne Folgen blieben. Die EKD spielte zwar weiterhin beim Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) ihre Rolle als Bremsklotz, um allzu weitgehende Beschlüsse zu verhindern. Aber die – weitgehend unabhängig arbeitenden und nur organisatorisch mit der EKD verbundenen – Entwicklungsdienste kamen von einer weitgehend caritativen Arbeitsbeschreibung, die ausschließlich auf individuelle Hilfeleistung beschränkt war, ab.

Sie sahen ihre Aufgabe zunehmend darin, auch an den Strukturen in den Entwicklungsländern auf Veränderungen hinzuwirken. Diese mehr politisch orientierte Arbeit geriet dann in der zweiten Hälfte der 70er Jahre und vollends seit der „Wende“ (1982) immer stärker in Opposition zur Politik des BMZ.

### Entwicklungsdienste unter Beschuß

Kritik an der Arbeit der kirchlichen Entwicklungsdienste wurde allerdings nicht nur in Regierungskreisen laut, sondern auch innerhalb der evangelischen Landeskirchen.

Dort waren es vor allem die „bibel- und bekenntnistreuen“ Evangelikalen,<sup>3</sup> die nicht nur ihr Veto gegen diese Art von Entwicklungspolitik einlegten, sondern auch daran gingen, eigenen Organisationen, die ein Gegengewicht zu den kirchlichen Entwicklungsdiensten darstellen sollten, aufzubauen.

Zunächst folgte von dieser Seite aus die Gründung der Organisation „Hilfe für Brüder“, die sich auf die Förderung von evangelistischen und pastoralen Maßnahmen in Entwicklungsländern beschränkte und damit eine Gegenstruktur zu „Brot für die Welt“ aufbaute.

1985 wurde dann in der Organisation „Christliche Fachkräfte International (CFI) eine Parallelorganisation zu der im Bereich der Landes- und Freikirchen für die Personalvermittlung zuständigen Arbeitsgemeinschaft „Dienste in Übersee“ geschaffen.

In den vergangenen Jahren suchten Ver-

treter der kirchlichen Entwicklungsdienste immer wieder den Kontakt mit evangelikalen Gruppen. Von diesen wurde gerade „Brot für die Welt“ stark attackiert und somit die gesamte Entwicklungspolitik der EKD als politisch motiviert und „unchristlich“ abgestempelt.

In den Gesprächen zwischen Vertretern der Evangelikalen und den kirchlichen Entwicklungsdiensten wurde immer wieder das Argument gebraucht, „Brot für die Welt“ verwende einen Teil der Spenden für „revolutionäre Bewußtseinsbildung“.<sup>4</sup>

Als die EKD-Synode für ihre Herbsttagung 1986 das Thema kirchliche Entwicklungspolitik auf ihr Programm setzte, sah es zunächst so aus, als würde es zu einer Konfrontation mit den Evangelikalen kommen. Diese Konfrontation blieb jedoch aus. Man reichte sich – wie bei der Kirche so üblich – die offenen Hände und wollte um Gottes Willen kein Gegeneinander.

### Gerechte Entwicklungshilfe

Auf der Synode wurde in zwei Referaten zum einen die Bewertung der bisherigen Arbeit und die Aufgaben für die Zukunft aus der Sicht der EKD formuliert. Zum anderen wurden die Erwartungen aus brasilianischer Sicht dargestellt.

Für die EKD sprach Dr. Günter Linnenbrink, der Vorsitzende der AGKED. Er betonte die Aktualität der Entwicklungsdienst-Denkschrift auch 13 Jahre nach ihrem Erscheinen:

„So haben wir noch deutlicher als 1973 erfahren müssen, was wachsende Armut in der Dritten Welt mitverursacht: internationale wirtschaftliche und politische Fehlentscheidungen und ungerechte Welthandelsstrukturen, bestimmte persönliche Werthaltungen und Lebensformen, Vorurteile und Desinformationen bei uns.“

Wir stellen fest, daß der Nord-Süd-Dialog praktisch zum Erliegen gekommen ist, die Entwicklungspolitik nicht selten der Wirtschafts-, Finanz- und Sicherheitspolitik untergeordnet wird und daß die eigenen gesellschafts-, sozial- und energiepolitischen Probleme (Schaffung von Arbeitsplätzen, Sicherung der Renten, Ausstieg aus der Atomenergie oder nicht?) – besonders in Wahlkampfzeiten – entwicklungspolitische Fragen an den Rand des öffentlichen Interesses drängen.<sup>5</sup>

Für die Kirchen hierzulande bedeutet dies: „Die Entwicklungsfrage ist längst über den Hilfebereich hinaus zu einer Anfrage an die öffentliche Verantwortung der Kirchen geworden.“<sup>6</sup>

Dr. Gottfried Brakemeier, Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche Lutherischen Bekenntnisses in Brasilien (IECLB), sprach die Erwartungen der Partnerkirchen in der Ökumene aus:

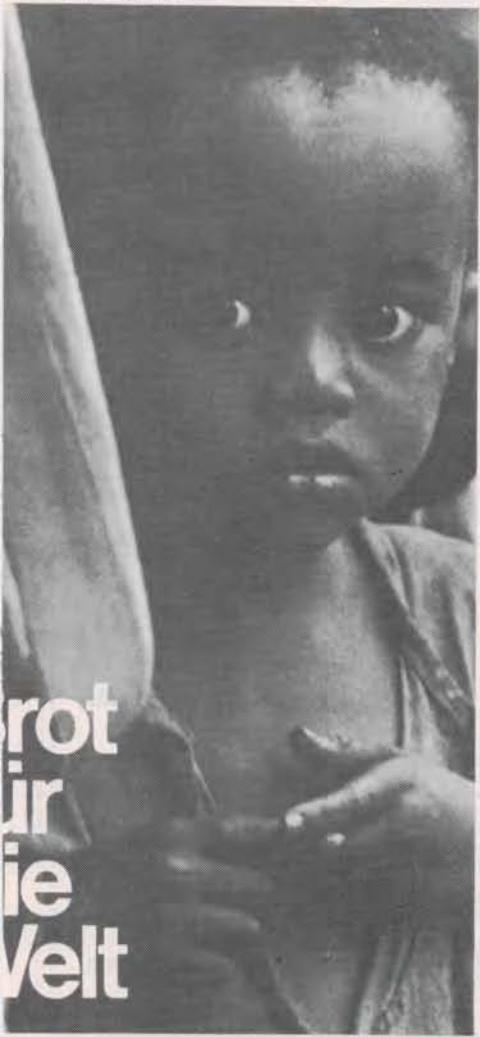
„Kirchlicher Entwicklungsdienst sollte auf fünf verschiedenen Ebenen gedacht werden. Es muß gehen:

1. um die Herstellung gerechter internationaler Beziehungen zwischen den Völkern;
2. um die Schaffung bzw. Rückgewinnung rechtsstaatlicher Verhältnisse und gerechter Ordnungen in den Entwicklungsländern selbst;
3. um das Ergreifen von Initiativen mit Modellcharakter und Bildungsfunktion;
4. um Hilfe für die Überwindung unmittelbarer Lebensgefährdung und Not;
5. um Aufbau von Gemeinde, die Gott allein die Ehre gibt.“<sup>7</sup>

Der Mainzer Wirtschaftswissenschaftler Prof. Werner Lachmann vertrat die Position der Evangelikalen.

Hier zeigte es sich, daß es diesen Gruppen von den fünf Ebenen, die Brakemeier vorher angesprochen hatte, einzig um den letzten Punkt geht. Aber wie soll eine Gemeinde Gott allein die Ehre geben, wenn die vier anderen Punkte nicht beachtet werden?

Aktionsplakat des evangelischen Entwicklungsdienstes „Brot für die Welt“



Lachmann stellt sich das so vor: Wenn der kirchliche Entwicklungsdienst zu einem anderen Leben bei uns aufruft und Veränderungen in der Weltwirtschaftsordnung für eine Veränderung der Verhältnisse voraussetzt, so ruft er bei den armen Ländern nur **Neid** hervor. „Ich bin erschreckt, daß ein Wort der Bibel nie beachtet wird, heißt es nicht auch dort: Du sollst nicht begehren?“<sup>8</sup>

Jürgen Warnke, damaliger Bundesminister im BMZ und Mitglied der Synode konnte zufrieden sein, denn – Originalton Lachmann:

„Die Bibel geht von einem nicht so guten Menschen aus, die Marktwirtschaft auch. Unsere Kirche lebt in einem Land der sozialen Marktwirtschaft, und wir wissen, daß unser Wohlstand auch etwas mit dieser Wirtschaftsordnung zu tun hat.“<sup>9</sup> Es ist das alte Motiv von der Faulheit und der Fehlplanung in den armen Ländern, das hier verbraten wird. Das evangelikale Entwicklungskonzept sieht so aus, daß man die Menschen in der Dritten Welt nur zu Arbeit und Leistung motivieren muß, dann können sie den Anschluß an die Industrieländer aus eigener Kraft schaffen; eine These, die in den Kirchen seit langer Zeit passé ist.

Lachmann verdeutlicht dies – sehr volkstümlich – am Beispiel der beiden Nachbarn, von denen einer ein Haus besitzt, der andere keines. Man mache es sich zu einfach, einen Ausgleich zu fordern und zu behaupten, der eine habe ein Haus, weil der andere keines habe.

„Es könnte ja sein, daß es daran liegt, daß der andere anders geplant, anders gearbeitet, irgendetwas anders gemacht habe.“<sup>10</sup> Einziger Punkt, etwas zu ändern, sei, die Menschen zu ändern, konkret: sie zu bekehren.

## Duldung der Evangelikalen

Rolf Scheffbuch, der Sprecher der Evangelikalen in der EKD-Synode, schlug etwas moderatere Töne an.

Er bat um das Entgegenkommen der EKD und griff die Frage vom Ratsvorsitzenden, Bischof Kruse, auf, warum denn die evangelikalen Entwicklungshelfer-Organisation CFI nicht bereit sei, unter dem Dach der EKD zu arbeiten? Scheffbuch bot eine Zusammenarbeit an, wollte aber keine – wie er es nannte – Policy-Absprachen treffen.

Konkret ging es um die Ablehnung der Praxis der unter dem Dach der EKD zusammengeschlossenen Organisationen, auch nichtchristliche Gruppen zu unterstützen und politische Einflußnahme (im Sinne der Punkte 1-3 in Brakemeiers Katalog) als Teil des kirchlichen Entwicklungsdienstes zu begreifen. Was Scheffbuch wollte, war ein fröhliches Nebeneinander, eine versöhnte Vielfalt und –

vor allem – staatliche Gelder, die über kirchliche Instanzen zu bekommen sind. Fazit: es bleibt alles beim Alten. Der Konflikt blieb aus, die Evangelikalen werden sich auch weiterhin als einen unverzichtbaren Bestandteil der EKD darstellen können, wozu sie indirekt sogar ermutigt wurden. Und sie werden mit offizieller kirchlicher Duldung in den nächsten Jahren ihre Parallelstruktur weiter ausbauen können.

In Bad Salzuflen verabschiedete die Synode eine Erklärung,<sup>11</sup> die keinem wehtut, die aber zumindest den Evangelikalen nutzt, da es von seiten der EKD keine Abgrenzung gibt und sie selbst das für sie Positive herauslesen können.

Dissenspunkte zwischen der EKD-Synode und der Bundesregierung scheint es in Bezug auf die Entwicklungspolitik nicht zu geben. Sonst hätte Jürgen Warnke dem Papier seine Stimme auf der Synode nicht gegeben!

## Anmerkungen:

- 1) Diese fünf Gruppen sind „Brot für die Welt“, „Dienste in Übersee“, „Kirchlicher Entwicklungsdienst“ (KED), „Evangelisches Missionswerk“ und die „Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe“
- 2) Der Wortlaut der Denkschrift ist abgedruckt in: Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.), Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland, Band 1/1, Gütersloh 1978, S. 135-188
- 3) „Evangelikale“ ist die Selbstbezeichnung (von engl. „evangelicals“) einiger reaktionärer Gruppierungen innerhalb der Evangelischen Landeskirchen und Freikirchen. Sie sind dabei, in der „Evangelischen Allianz“ eine Gegenstruktur zur Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) aufzubauen und sammeln sich in Opposition zum Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) – meist zugleich – beim „Gemeindetag unter dem Wort“. Regionale Schwerpunkte der evangelikalen Bewegung sind die Nordelbische und vor allem die Württembergische Landeskirche. Zur Entstehung, Entwicklung und Politik (nicht nur Kirchenpolitik!) der Evangelikalen vgl. R. Scheerer, Zur Entwicklung der Evangelikalen, in: NEUE STIMME, Köln, Heft 1/1985, S. 24-26 und H. Meyer, Evangelikale auf Wendekurs, in: NEUE STIMME, Heft 11/1985, S. 15-18
- 4) Nach einer Erklärung des in der Hauptgeschäftsstelle des Diakonischen Werkes für „Brot für die Welt“ zuständigen Direktors Pfarrer Dr. Hans-Otto Hahn vor der Diakonischen Konferenz in Berlin am 24. Oktober 1985, veröffentlicht in: der überblick, Hamburg, Heft 4/1985, S. 85
- 5) der überblick, Heft 4/1985, S. 58
- 6) Ebenda
- 7) Ebenda, S. 61
- 8) Zit. nach: L. Bauerochse, Viele offene Hände – wenige klare Worte, in: Junge Kirche, Bremen, Heft 12/1986, S. 682-686, hier S. 685
- 9) Ebenda
- 10) Ebenda
- 11) Kundgebung der EKD-Synode zum Schwerpunktthema „Entwicklungsdienst als Herausforderung und Chance für die EKD und ihre Werke“, veröffentlicht in: der überblick, Heft 4/1986, S. 62f.

# Bücher zur Theologie der Befreiung

In der Lateinamerika-Solidaritätsbewegung gewinnt immer mehr die Einsicht Raum, daß ein vollständiges Verstehen der Prozesse innerhalb der Befreiungsbewegungen ein Verstehen der Theologie der Befreiung zur Voraussetzung haben muß. Ein nicht geringer Teil der lateinamerikanischen Aktivisten nimmt aus christlicher Motivation heraus am Kampf für die Umgestaltung der Gesellschaft teil. Lateinamerika ist heute noch der christliche Kontinent schlechthin und die Theologie der Befreiung ist ein im tiefsten Sinne katholisches Phänomen.

Da der Katholizismus die Triebfeder vieler gesellschaftlicher Entwicklungen in der Geschichte Lateinamerikas darstellt, ist es nicht verwunderlich, wenn auch heute aus dem Katholizismus eine Bewegung hervorgeht, die auf die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft einen nicht geringen Einfluß ausüben wird.

Hier sollen drei Bücher vorgestellt werden, die helfen können, auch theologisch nicht vorgebildeten Menschen hierzulande eine kritische Solidarität mit einer Methode der Interpretation der Wirklichkeit zu erleichtern, die sie im Kontext unserer Geschichte und politischen Kultur vielleicht ablehnen mögen.

Einen guten Einstieg in die Thematik ermöglicht

Norbert Greinacher, *Die Kirche der Armen. Zur Theologie der Befreiung*, Piper, München 1980, 177 S., 12,80 DM.

Der katholische Professor für Praktische Theologie in Tübingen gibt hier sowohl einen historischen als auch systematischen Überblick über die bisherige Geschichte und die Methoden der Theologie der Befreiung. Es ist eine in der Theologiegeschichte der Neuzeit neuartige Verfahrensweise, daß sich hier die gläubigen Menschen selbst zum Subjekt der biblischen Aussagen machen. Nicht über eine längst vergangene Zeit in einem fernen Land wird geredet, nicht irgendwelche fremden Menschen bekommen von Jesus die frohe Botschaft vom Reich Gottes verkündet, sondern die Armen, die Unterdrückten, die Arbeitslosen, eben die, die heute leiden.

Dieses Bewußtsein in den Köpfen der Unterdrückten kann für die Herrschenden zu einer großen Gefahr werden. Jahrhundertlang diente – gerade in Lateinamerika, aber nicht nur dort – die Religion dazu, das Volk von den berechtigten Forderungen an das Diesseits abzulenken und auf eine bessere Zukunft im Jenseits zu verfrachten. So verstanden – da wird jeder ernstzunehmende Theologe zustimmen müssen – ist die Marx'sche Charakterisierung von Religion als „Opium des Volkes“ sicher angebracht. Aber dem Inhalt des Evangeliums von Jesus Christus entspricht das ganz sicher nicht. Es gelingt Greinacher darzustellen, wie Christen, die für Befreiung kämpfen, sich in „Basisgemeinden“ organisieren und vor allem wie es der „Basis“ gelungen ist, den „Überbau“, die Kirchenhierarchie, in diesen Kampf für gesellschaftlichen Fortschritt mit einzubeziehen. Die beiden Bischofskonferenzen von Medellín/Kolumbien (1968) und Puebla/Mexiko (1979) bezeugen das Umdenken der Mehrheit des Klerus mit der dort ausgesprochenen „Option für die Armen“.

Aber die Kirche in Rom holte zu einem Gegenschlag aus: Die Theologie der Befreiung geriet schon in den 70er Jahren ins Kreuzfeuer der Kritik. In Rom hatte man die Gefahr erkannt, die von dieser Bewegung ausgeht.



In einem weiteren Buch macht derselbe Autor diesen Konflikt zum Thema:

Norbert Greinacher (Hg.), *Konflikt um die Theologie der Befreiung. Diskussion und Dokumente*, Benziger Verlag, Zürich/Einsiedeln/Köln 1985, 331 S., ca. 30 DM.

Greinacher zeigt auf, wie schon kurz nach der Bischofskonferenz von Medellín die katholische Kirche daranging, durch einen eigens dafür gegründeten Studienkreis „Theologie und Befreiung“ die Befreiungstheologie theologisch zu widerlegen und dann eine regelrechte Kampagne entfachte. Diese sollte sehr schnell zum Skandal ausarten, als die Verwicklung des bischöflichen Hilfswerks ADVENIAT in die Kampagne offenbar wurde.

Als alles nichts half und ein ganzer Kontinent der Kontrolle Roms zu entgleiten drohte, probierte man es mit disziplinarischen Maßnahmen. Mit Leonardo Boff wählte man einen prominenten Vertreter aus, dessen Thesen auch in traditionell-katholischen Kreisen eine gewisse Akzeptanz hatten und zitierte ihn nach Rom vor die „Römische Kongregation für die Glaubenslehre“. Das Ergebnis war eine Instruktion der Kongregation über „einige Aspekte der Theologie der Befreiung“. Es war hauptsächlich der Vorwurf des zu unkritischen Umgangs mit dem Marxismus, der gegen die Befreiungstheologie ins Feld geführt wurde.

Greinacher stellt alle wesentlichen Dokumente sowohl aus Rom als auch aus Lateinamerika zusammen und macht somit den Konflikt nachvollziehbar. Erleichtert wird dies durch die chronologische Auflistung der Dokumente und Untergliederung des Konflikts in einzelne Etappen, die jeweils mit einer Einleitung des Herausgebers versehen sind.

Der globale – ganz Lateinamerika geltende – Kampf gegen die Theologie der Befreiung wird dann noch am Beispiel Nicaraguas konkret auf ein einzelnes Land bezogen. Gerade hier wird dann deutlich, daß es der Glaubenskongregation in Rom schon lange nicht mehr um den rechten Glauben, sondern ausschließlich um ein bestimmtes politisches Implikat geht, das unterbunden werden soll.

Dem Hauptvorwurf des Vatikans gegen die Befreiungstheologen, sie verfälschten den christlichen Glauben durch eine zu enge Anlehnung an marxistische Terminologie und Methode, versucht nachzugehen

Peter Rottländer (Hg.), *Theologie der Befreiung und Marxismus*, edition liberación, Münster 1986, 188 S., 24,50 DM.

In diesem Sammelband untersuchen lateinamerikanische Theologen wie Clodovis Boff und Leonardo Boff, Fernando Castillo und Gustavo Gutiérrez zusammen mit fortschrittlichen europäischen Theologen wie Giulio Girardi, Franz J. Hinkelammert und Johann Baptist Metz diesen Vorwurf zu widerlegen.

Hier ist es vor allem Clodovis Boff, der in seinen Thesen „Zum Gebrauch des 'Marxismus' in der Theologie“ (S. 37-44) zeigt, daß es nicht um die Übernahme des Marxismus als weltanschaulichem System gehe, sondern lediglich um die Suche nach einer gesellschaftswissenschaftlichen Methode, die eine Analyse der lateinamerikanischen Wirklichkeit möglich mache.

Als wissenschaftliche Inhalte stellten sich diese auf Marx zurückgehenden Methoden, Analyseansätze und Ergebnisse jederzeit der Kritik. So sind Veränderung oder auch die Überwindung dieser Methoden durchaus möglich, wenn sie sich als falsch oder nicht weitgehend genug erweisen sollten. Da sie Instrumente in der Glaubensreflexion sind, stehen sie im Dienst eines Höheren und werden dadurch „enttotalisiert“.

In einem anderen Beitrag „Die ambivalente Haltung der 'Instruktion zur Theologie der Befreiung' gegenüber dem Marxismus“ (S. 109-116) zeigt Clodovis Boff, daß die katholische Kirche nicht immer so zimperlich war, wenn es um das Assimilieren von fremden Ideen ging. „Das Christentum hat im Laufe der Geschichte gezeigt, daß es einen 'Straußenmagen' besitzt, der alles schluckt, um alles zu verändern“ (S. 115).

Sollte man also in Rom merken, daß der „Gefahr des Marxismus“ durch Verbote nicht mehr bezukommen ist, so müssen sich am Ende die Marxisten vor der katholischen Kirche hüten: sonst werden sie in einigen Jahrzehnten ihren „katholischen“ Marxismus nicht wiedererkennen!  
Martin Schuck

## Den ersten Schritt tun Atomraketen verschrotten!



## Demonstration der Friedensbewegung am 13. Juni in Bonn

Millionen Menschen haben in den letzten Jahren gegen die Stationierung neuer Atomraketen demonstriert. Heute ruft die Friedensbewegung auf: Demonstrieren für die Verschrottung der Atomraketen, damit der erste Schritt zur Abrüstung getan wird. Nur durch unseren Druck, durch das gemeinsame Handeln aller Menschen können die Forderungen der Friedensbewegung Wirklichkeit werden.

Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung, Bornheimer Str. 20, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228 - 692904/05

Spendenkonto:  
Gerd Greune Sonderkonto "Frieden", Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Kontonummer 87 783

Fiaza Makumbi-Kidza

## AIDS in Afrika

### Eine Katastrophe bahnt sich an



Blutabnahme für AIDS-Test in einem Krankenhaus von Kampala (Uganda)

„Ich kann mir kein schlimmeres Gesundheitsproblem in diesem Jahrhundert vorstellen – wir alle, insbesondere ich selbst, haben es völlig unterschätzt.“ Diese Einschätzung traf der Vorsitzende der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Halldan Mahler, im Dezember 1986 auf einer Sonderpressekonferenz in New York zum Thema AIDS. Unterschätzt wurde bislang auch die Gefahr einer schnellen Ausbreitung der Krankheit in der Dritten Welt.

#### 1 Mio Tote in einem Jahrzehnt?

In einer Ende 1986 veröffentlichten Studie „AIDS und die Dritte Welt“, die das Londoner Panos-Institut (eine im Mai 1986 gegründete nichtkommerzielle Organisation) erstellte, wird Afrika als „die Frontlinie im Kampf der Menschheit gegen AIDS“ bezeichnet.

Die internationalen Experten, die diese bisher umfassendste Studie erstellt haben, bestätigen die Alarmmeldungen der WHO, denen zufolge die Länder der Dritten Welt und hier insbesondere Afrika, einmal mehr die Betroffenen unter den Betroffenen sind. Sie schätzen, daß in der nächsten Dekade vermutlich 1 Mio Afrikaner an AIDS sterben werden. Der

Zustand der Unterentwicklung fördere die Verbreitung der Krankheit und behindere gleichzeitig ihre Bekämpfung. Bis Februar d.J. waren aus 127 der 159 Staaten dieser Erde AIDS-Erkrankungen gemeldet. Von weltweit ca. 5-10 Mio HIV-Virusträgern entfallen nach vorsichtigen Schätzungen mindestens 2 Mio auf

AIDS-Opfer in Uganda



den Schwarzen Kontinent (hier leben ca. 11% der Weltbevölkerung). Am schwersten betroffen sind Zentral-, Ostafrika und Teile Südafrikas.

Westafrika galt bislang als weitgehend von der Seuche verschont. Aber auch hier entdeckten Forscher im vergangenen Jahr neue, HIV-ähnliche Retroviren.

Panos-Angaben von derzeit 2.561 gemeldeten, an AIDS erkrankten Afrikanern nehmen sich neben den schätzungsweise 30.000 AIDS-kranken US-Amerikanern auf den ersten Blick gering aus.

Ein zahlenmäßiger Vergleich der Morbiditätsraten ist jedoch aus zwei Gründen problematisch. Zum einen dürfte die Dunkelziffer der bislang nicht erfaßten Opfer in Afrika um ein Vielfaches über der in den USA liegen.

Zum anderen – und das ist entscheidend – ist, gesamtgesellschaftlich betrachtet, der prozentuale Durchseuchungsgrad der Bevölkerung der eigentliche Richtwert für das Ausmaß des Problems. Unter diesem Gesichtspunkt aber sind die neuesten Erkenntnisse über die Zahl der infizierten Afrikaner in der Tat alarmierend.

In Zaires Hauptstadt Kinshasa ist jede fünfte Frau seropositiv, ebenso jede 12. Frau die im Rahmen der Schwangersorge untersucht wird. In Rwanda tragen 12,5% der städtischen Bevölkerung die Antikörper als Zeichen der durchgemachten Infektion in ihrem Blut. Von 370 Blutspendern in Kampala (Uganda) waren 11% positiv.

#### Rasante Ausbreitung

Am schlimmsten scheint der Rakai-Distrikt im Grenzgebiet Uganda/Tansania befallen zu sein. Hier starb in den letzten Jahren ca. 1% der Bevölkerung an AIDS. Diese Auflistung ließe sich fortsetzen.

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß praktisch der gesamte Kontinent – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – von der Immunschwächekrankheit heimgesucht wurde. Allenfalls einige isoliert lebende ethnische Gruppen wie z.B. die Pygmäen sind eventuell noch verschont geblieben.

Die ungefähre Ausbreitungsgeschwindigkeit der Infektion kann einer kenianischen Studie entnommen werden. Zu Beginn der Untersuchung, 1981, waren 1% der männlichen Patienten einer großen Klinik in Nairobi HIV-positiv, 1986 bereits 18%. Unter weiblichen Prostituierten kletterten die Werte im selben Zeitraum von 4% auf 59%.

Wie ist ein derart rasanter Anstieg möglich? Um diese Frage beantworten zu können, müssen die Wege genauer betrachtet werden, auf denen das Virus

# Debatte um den AIDS-Ursprung

Seit geraumer Zeit findet – auch unter namhaften Wissenschaftlern – eine kontroverse Diskussion über den Ursprung des AIDS-Erregers statt. Einigkeit herrscht lediglich darüber, daß es sich um ein neuauftretendes Virus handelt, gegen welches der menschliche Organismus noch keine wirksamen Antikörper entwickeln konnte.

Die ersten AIDS-Fälle wurden zu Beginn des Jahres 1979 bei Homosexuellen in New York registriert.

In Europa sind entsprechende Erkrankungen seit 1982 bekannt, wobei sich die Infektionskette bei vielen Patienten nach New York zurückverfolgen ließ. Die in bestimmten Kreisen gehegten Vorstellungen von einer mysteriösen Homosexuellen-Seuche wurden jedoch unhaltbar, nachdem die Krankheit mehr und mehr Menschen befiel, die ausschließlich heterosexuelle Kontakte hatten. Im Frühjahr 1983 schließlich entdeckten Luc Montagnier und seine Mitarbeiter am Pasteur-Institut von Paris ein bis dahin unbekanntes Virus im Serum von AIDS-Patienten. Es gehört zur Gruppe der Retroviren und wird heute als HIV-Virus bezeichnet.

Im Sommer 1985 tauchte in den Schlagzeilen – nicht nur der Regenbogenpresse – eine neue Theorie über die Herkunft von AIDS auf. Sie besagte, der AIDS-Erreger sei in Zentralafrika entstanden und verbreite sich von dort aus über die Welt.

Diese Theorie nährt sich im Prinzip aus zwei Quellen. Zunächst hatte der amerikanische Virologe Prof. Max Essex die Idee, das HIV-Virus sei durch Mutation (zufällige Umwandlung von Erbmaterial) aus einem ursprünglich harmlosen Virus entstanden, welches zuweilen bei den afrikanischen grünen Affen (Meerkatzen) anzutreffen ist.

Eine Gruppe japanischer Forscher untersuchte daraufhin mit modernster Methodik die Erbanlagen beider Viren. Sie kamen zu dem Ergebnis, daß HIV-Virus und Affen-Virus sich so grundlegend unterscheiden, daß eine Umwandlung ausgeschlossen ist. WHO-Experten haben dieses Ergebnis bestätigt. Im Dezember 1986 nahm Prof. Essex selbst von seiner These Abstand.

Auch das zweite Standbein der Afrika-Theorie erschien zunächst wissenschaftlich fundiert. In kältekonservierten Blutproben zentralafrikanischer Patienten fanden einige Forscher massenhaft HIV-Antikörper. Diese waren z. T. über 20 Jahre alt.

So wurde geschlußfolgert, das AIDS-Virus sei in Afrika schon seit Jahrzehnten verbreitet. Und da AIDS-Fälle in der westlichen Welt erst sehr viel später auftraten, schien der Weg aufgedeckt, den das Virus genommen hatte.

Allerdings vergaßen diese Experten, sich die Frage zu stellen, wieso denn in Afrika bis dato keine Patienten mit AIDS-Symptomatik aufgetaucht waren (der erste hier registrierte Fall stammt aus dem Dezember 1979). Andere Wissenschaftler wollten es genauer wissen – und widerlegten auch diese Theorie. Verfeinerte Untersuchungsmethoden ergaben nämlich, daß in den alten Seren keine HIV-Antikörper nachweisbar waren. Vielmehr hatte eine unspezifische Kreuzreaktion stattgefunden.

Sollten die Vertreter eines ganz anderen Denkmodells der heißen Spur vielleicht näher sein? Jakob Segal, Emeritus des biologischen Instituts der Humboldt-Universität in Berlin (DDR), ist einer von ihnen.

Nach seiner Meinung wurde das HIV-Virus durch gentechnologische Manipulationen aus zwei anderen Viren künstlich erzeugt. Arbeiten der US-amerikanischen Top-Virologen Gallo und Coffin bestätigten die Segal'sche Grundannahme: Es besteht eine sehr große Ähnlichkeit der Genstruktur des HIV-Virus mit Teilen aus HTLV-I- und Visna-Virus.

Kritikern dieser Theorie wie dem Westberliner Professor Koch sind die Übereinstimmungen nicht weitgehend genug. Doch nach Segals Berechnungen beträgt die Wahrscheinlichkeit, daß die Parallelen im Erbmaterial der genannten Viren durch Zufallsmutationen entstanden sind, 1:10<sup>82</sup>.

Darauf aufbauend entwickelte Segal ein Szenario, an dessen Anfangspunkt ein Hochsicherheitslabor in Fort Detrick im US-Staat Maryland steht. Im Rahmen der biologischen Kampfstoffentwicklung experimentierte man dort mit Krankheitserregern, gegen die der Mensch keine Abwehrstoffe bilden kann.



Die Grüne Meerkatze: Auslöser der AIDS-Epidemie?

Bei Versuchen an Strafgefangenen sei die Wirksamkeit des HIV-Virus zunächst unerkannt geblieben, da die Inkubationszeit sehr lang ist. Die Versuchspersonen seien dann nach einiger Zeit freigelassen worden. Da viele Langzeitgefangene homosexuelle Beziehungen aufnehmen, wäre auch erklärt, wieso die Krankheit zuerst in diesen Kreisen auftrat.

Die Segal'sche Theorie ist eine interessante Indizienkette, die aber für eine endgültige Beweisführung zu Lasten der Militärforscher nicht ausreicht.

Immerhin: Es gibt amerikanische Kongreßberichte über Versuche an Menschen, nach denen neben radioaktivem Material auch Viren und andere Krankheitserreger an „freiwilligen“ Strafgefangenen ausprobiert werden. Es existieren Dokumente über einen Pentagon-Auftrag vom Jahre 1969, ein neues Virus gentechnologisch zu produzieren, gegen welches der menschliche Organismus keine Abwehr besitzt.

Und im britischen „Observer“ vom 30.6., 1968 wird aus einem Artikel des „Journal of General Microbiology“ zitiert: „Durch Veränderung der Genetik einzelner Arten wollen Mikrobiologen eine einzelne Art mit der tödlichsten Eigenschaftskombination schaffen.“ Einer der Autoren dieses Aufsatzes ist W.D. Lawton aus – Fort Detrick. Fiaza Makumbi-Kidza

sich in Afrika verbreitet. In Europa und Nordamerika galt in den ersten Jahren nach Bekanntwerden von AIDS das Homosexuellen-Milieu als Domäne der Krankheit.

In Afrika, wo kulturell bedingt Homosexualität sehr viel weniger üblich ist (Ausnahme: weiße Südafrikaner), werden die Krankheitserreger vornehmlich durch heterosexuelle Kontakte weitergereicht. Sie sind zu 75% der Infektionen erwachsener Afrikaner verantwortlich.

## Auslöser Krankheit, Hunger

Am schlimmsten sind die Prostituierten in den Großstädten betroffen. Diese Frauen, meist durch bitterste Armut ihrer Familien zum „Gewerbe“ gezwungen, haben oft weit mehr als 1.000 Sexualpartner im Jahr. Kehren sie nach einiger Zeit in ihre Heimatdörfer zurück, so geben sie auch der tödlichen Krankheit das Geleit.

Für die sprunghafte Ausbreitung von AIDS spielt auch die höhere Mobilität der afrikanischen Bevölkerung, z.B. durch Wanderarbeit und Flüchtlingsströme, eine Rolle. Eine angeblich besonders hohe Promiskuität der Afrikaner als Grund für die gegenwärtige Betroffenheit des Kontinents ist durch keinerlei ernstzunehmende Untersuchungen wissenschaftlich belegt.

Die in diesem Zusammenhang gerne bemühten Viehehen sind in anderen Regionen – z.B. im arabischen Raum – ebenfalls häufig anzutreffen. Trotzdem tritt die Krankheit hier viel seltener auf.

Allerdings wird die Ansteckungsgefahr für viele Afrikaner erhöht durch die weitverbreiteten Geschlechtskrankheiten. Diese verursachen oft zahlreiche kleine Entzündungsherde und Läsionen auf den Schleimhäuten der Geschlechtsorgane. Dem AIDS-Virus wird dadurch im wahren Sinne des Wortes Tür und Tor in das Blutgefäßsystem des betroffenen Menschen geöffnet. Auch wer bereits von einer anderen Infektionskrankheit befallen und geschwächt ist, stellt ein leichteres Opfer für die HIV-Viren dar. Gleiches gilt für Zustände von Unter- und Mangelernährung.

Umgekehrt führt eine AIDS-Infektion durch massenhafte Vernichtung von Immunabwehrzellen dazu, daß viele Krankheitserreger sich ungehemmt im Organismus vermehren können. Der Mensch stirbt ja bekanntlich nicht an der HIV-Infektion, sondern an den vielen und schweren Infekten in deren Folge.

Die WHO verzeichnet bereits einen drastischen Anstieg von Malaria- und Tuberkulosefällen in den HIV-Schwerpunktgebieten.

Einen weiteren todsicheren Infektionsweg stellt der Empfang einer kontami-

nierten Blutkonserve dar.

Kaum ein afrikanischer Staat ist in der Lage, eine umfassende Untersuchung der Blutspender auf HIV-Antikörper durchzuführen. So verwundert es nicht, daß z.B. in Uganda und Zaire die Ansteckungswahrscheinlichkeit nach einer Bluttransfusion 8-10% beträgt (im Vergleich dazu 0,001% in westlichen Industrieländern).

Eine Tragödie ganz besonderer Art bilden die zunehmenden HIV-Infektionen von Säuglingen und Kleinkindern. Die Hälfte der seropositiven Schwangeren überträgt die Krankheit auf ihre Kinder – bereits im Mutterleib, unter der Geburt oder über das Stillen. Unter Gesundheitsexperten ist inzwischen die Diskussion darüber entbrannt, was die Neugeborenen mehr gefährdet: Milchpulver-Ernährung, oft mit unsauberem Wasser zubereitet und bar der wertvollen mütterlichen Krankheits-Schutzstoffe – oder Muttermilch, die unter Umständen HIV-Viren enthält.

### Tödliche Impfungen

Eine Studie mit Kindern im Alter bis zu zwei Jahren, deren Mütter zum Untersuchungszeitpunkt seronegativ waren, verweist auf eine weitere Risikogruppe. Diejenigen Kinder, die mit AIDS infiziert waren, hatten signifikant häufiger medizinisch indizierte Injektionen bekommen (durchschnittlich 44) als die nicht infizierten Kinder (durchschnittlich 23).

Hier nimmt das Virus offensichtlich den gleichen Weg wie bei vielen Drogensüchtigen des Westens – das unsterile Spritzenbesteck. Aber damit der Schreckensvisionen nicht genug.

In der Vergangenheit haben viele Entwicklungsländer unter großen finanziel-



AIDS-Aufklärung in Nairobi (Kenia)

len Mühen Impfkampagnen durchgeführt. Millionen von Menschenleben wurden dadurch gerettet. Inzwischen aber mehren sich die Stimmen, die davor warnen, daß nach einem Kontakt mit dem AIDS-Virus die Krankheit gerade durch den Impfstoff ausgelöst werden kann, gegen die geimpft wurde.

Hinter Prozentzahlen und Wahrscheinlichkeitsrechnungen schwimmt nur allzuoft das persönliche Schicksal der Betroffenen. Dr. Lwegaba, der das ugandische Programm zur AIDS-Bekämpfung leitet, schildert einen Leidensweg, der für viele andere stehen mag. Er erzählt von der 24jährigen Juliana Namulindwa. Vor nicht allzulanger Zeit war sie eine starke kräftige Frau. Nun liegt sie beinahe reglos auf der Matratze in ihrer Lehmhütte, unter der Decke zeichnen sich ihre Beine ab – dünn wie Stöcke. Juliana liegt, von der Mutter behütet, seit drei Monaten auf dem Krankenlager und wartet auf den Tod.

Noch im September letzten Jahres, so weiß Lwegaba zu berichten, hatte sie Zwillinge geboren. Sie starben jedoch bald nach der Geburt – mit AIDS-

Symptomen. Auch ihr Mann ist, vor wenigen Wochen, an AIDS gestorben... Doch noch auf eine ganz andere Art und Weise raubt AIDS den Afrikanern ihre Lebenskraft. Die sexuell aktivsten Bevölkerungsschichten sind gleichzeitig auch die ökonomisch aktivsten – die Träger von Wirtschaft und Verwaltung. Während andere Krankheiten vornehmlich die Alten und die ganz Jungen betreffen, ist die Mehrzahl der HIV-Infizierten zwischen 20 und 40 Jahren alt.

Eine große Bank in Kinshasa fand bei einer Reihenuntersuchung im vorletzten Jahr die Hälfte der Belegschaft seropositiv. Im sambischen Kupfergürtel sind 68% der Infizierten qualifizierte Arbeitskräfte, von denen die Existenz des gesamten Wirtschaftszweigs abhängt.

Manche Unternehmen befürchten bei Fortzahlung der Krankengelder an alle AIDS-kranken Betriebsangehörigen den baldigen Ruin. In Uganda wird seitens der Regierung erwogen, die Teilnahme an den traditionell mehrtägigen Totenfeiern auf die nächsten Angehörigen zu beschränken, um den Arbeitsausfall halbwegs in Grenzen zu halten.

Je größer die weltweite Betroffenheit über AIDS, desto stärker ist in manchen Kreisen die Versuchung einen Sündenbock zu präsentieren, den die Hauptschuld an der Misere trifft.

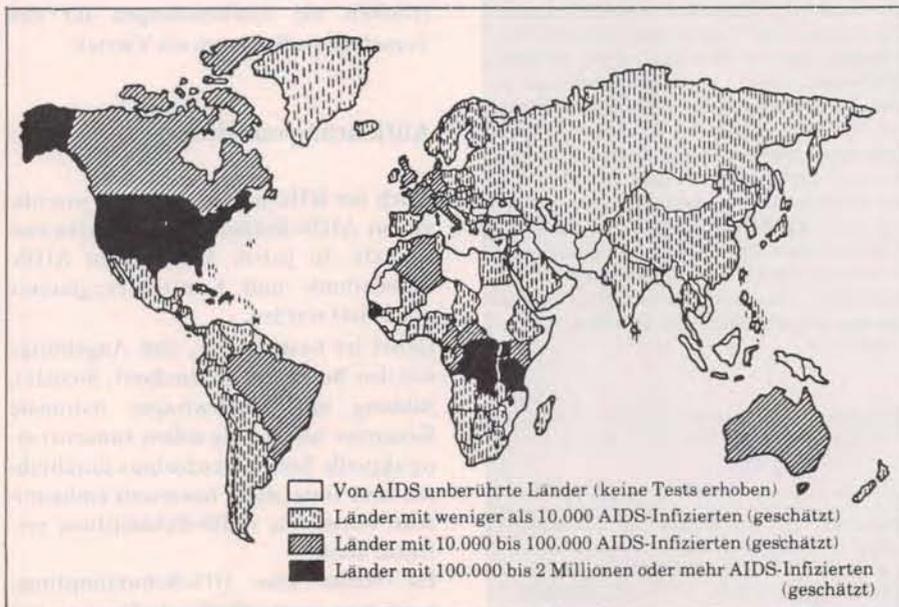
### Afrikaner als Sündenböcke

Diese Versuchung ist immer dann besonders groß, wenn reale Ängste, z.B. die an AIDS zu erkranken, mit irrationalen Ängsten, z.B. Schuldgefühlen und Abwehrreaktionen im Zusammenhang mit der eigenen verdrängten Sexualität, verquickt werden. Und was gegenüber den Schwulen und den Nutten im eigenen Lande recht ist, das ist gegenüber den Schwarzen aus dem Busch noch allemal billig. Oder?

Oftmals verschaffen Regierungen und offizielle Gesundheitsbehörden bodenständigen rassistischen Vorurteilen erst das rechte Klima zu ihrer Verbreitung. Sie tun dies, wenn sie, was die Regierung Kohl erwägt, Stipendien an schwarzafrikanische Studenten nurmehr nach negativem HIV-Antikörper-Suchtest vergeben wollen.

Und sie tun dies, wenn sie, wie die Regierung Thatcher beabsichtigt, für Einreisende aus Zentralafrika eine Art Reinheitsgebot einführen wollen. (Ägypten verweigerte bereits im letzten Jahr einem kamerunischen Handball-Team die Einreise, bis ärztliche Unbedenklichkeitszertifikate vorlagen.)

Mit derlei Maßnahmen wird der Eindruck erweckt, die Afrikaner wären der eigentliche Quell des AIDS-Übels, den es – bei allem Mitleid mit den armen Neger-



kindern – mit Entschlossenheit zu verstopfen gelte.

Zurecht fragt Dr. Peter Piot, Belgier, einer der international anerkanntesten AIDS-Experten: „Warum nur Afrikaner? Warum nicht alleinstehende amerikanische Studenten?“ Die Antwort von Jean-Paul Guetny, Medizin-Redakteur der Pariser Zeitschrift „Jeune Afrique“, ist so knapp wie zutreffend: „Rassismus – noch nichtmal verbrämt.“

Nach Meinung vieler seriöser Wissenschaftler schneidet sich der Westen mit dieser Haltung auf längere Sicht unter Umständen ins eigene Fleisch. Denn ein Großteil der Bevölkerung wird durch die Stigmatisierung und Isolierung von Minderheiten in dem trügerischen Gefühl gewiegt, das für die eigene Sicherheit Notwendige wäre getan.

Es ist beschämend, daß auch eine Reihe angesehener Wissenschaftler durch die vorschnelle Verbreitung ungesicherter Untersuchungsergebnisse diese Tendenz noch verstärkten. So geschehen durch die Verlautbarungen über Afrika als wahrscheinlichstem Geburtsort des HIV-Virus. Tatsächlich kann zur Stunde noch niemand Genaueres über die Entstehungsweise des AIDS-Erregers sagen (siehe Kasten).

So überflüssig vordergründige Spekulationen über die Herkunft der Immunschwächekrankheit sind, so wichtig sind konkrete Schritte zu ihrer empirischen Erfassung mit dem Ziel einer wirksamen Bekämpfung. Der Direktor der WHO-Spezialabteilung für AIDS, Prof. Jona-



Menschen in einem ugandischen Krankenhaus stehen für einen AIDS-Test an

than Mann, attestiert der Mehrzahl der afrikanischen Regierungen die Bereitschaft zu guter Zusammenarbeit. Einige Behörden wurden allerdings unkooperativ, nachdem westliche Wissenschaftler begonnen hatten in den Medien die Version vom afrikanischen Ursprung der Krankheit zu verbreiten.

Dabei spielt nicht nur die Furcht vor Verlust an Nationalprestige eine Rolle. Auch ein Rückgang des Fremdenverkehrs oder das Ausbleiben ausländischer Investitionen würde die Wirtschaft der betreffenden Länder schwer belasten.

In drei afrikanischen Staaten laufen derzeit großangelegte Studien, die Aufschluß über den Infektionsweg von der seropositiven Mutter auf ihre Kinder geben sollen.

In Zaire läuft seit drei Jahren das Projekt SIDA (französisch für AIDS). Es soll z.B. Möglichkeiten herausfinden, wie AIDS diagnostiziert werden kann, wenn die Durchführung der herkömmlichen Tests unmöglich ist.

Desweiteren wird die relative Bedeutung der verschiedenen Übertragungswege (Geschlechtsverkehr, Injektionen, Bluttransfusionen, traditionelle Tätowierungen u.ä.) gegeneinander abgewogen. Auch ein spezielles Schwangeren- und Baby-Untersuchungsprogramm ist enthalten. Schließlich wird auch die oben angesprochene Problematik von Impfkampagnen untersucht.

In Rwanda, wo jedes dritte Kind irgendwann in seinem Leben eine Bluttransfusion gegen Malariaanämie erhält, rechnet man gegenwärtig mit 20% HIV-infizierten Kindern. Seit dem Frühjahr 1985 führen das rwandische und das norwegische Rote Kreuz dort ein umfassendes Screening-Programm für Transfusionsblut durch.

Doch ob dieses Beispiel auf dem Kontinent Schule machen wird, ist fraglich. Die Kosten für eine solche Untersuchung erhöhen die Aufwendungen für den Transfusionsdienst um ein Viertel.

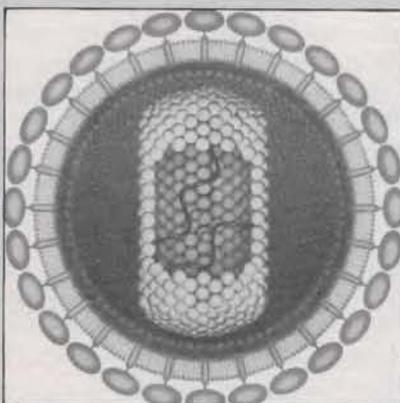
## Aufklärung mit Hindernissen

Auch die WHO hat inzwischen Vorschläge zur AIDS-Bekämpfung in Afrika entwickelt. In jedem Land sollen AIDS-Präventions- und Kontroll-Programme erarbeitet werden.

Dabei ist beabsichtigt, daß Angehörige aus den Bereichen Gesundheit, Soziales, Bildung und Frauenfragen nationale Komitees bilden. Sie sollen zunächst eine aktuelle Bestandsaufnahme durchführen und feststellen, inwieweit einheimische Mittel zur AIDS-Bekämpfung verfügbar sind.

Da weder eine HIV-Schutzimpfung, noch eine lebenserhaltende Therapie der

## Was ist AIDS?



Schema des AIDS-Erregers HIV

Das Krankheitsbild AIDS (Acquired Immundeficiency Syndrome, erworbenes Immunschwäche-Syndrom) wird durch einen Virus hervorgerufen. Auf Empfehlung des Internationalen Komitees für die Benennung von Viren wird der AIDS-Erreger allgemein als HIV-Virus bezeichnet (früher LAV- bzw. HTLV-III-Virus). HIV steht für Human Immunodeficiency Virus (menschliches Immunschwäche-Virus). Wird ein Mensch mit dem HIV-Virus infi-

ziert, so bildet der Körper als Abwehrreaktion spezifische Antikörper gegen das Virus-Protein. Diese sind im Falle des AIDS-Erregers jedoch nicht in der Lage, eine weitere Virus-Vermehrung zu verhindern. Soll eine fragliche HIV-Infektion abgeklärt werden, so kommen verschiedene Tests zur Anwendung, die die HIV-Antikörper im Blut nachweisen. Sind Antikörper vorhanden, wird der Betreffende als seropositiv bezeichnet. Das HIV-Virus selbst ist in bestimmten Blutzellen „versteckt“ und deshalb sehr viel schwerer direkt nachzuweisen.

Der Zeitraum bis zur endgültigen Manifestation von AIDS-Symptomen (Inkubationszeit) ist unterschiedlich lang. Der Betroffene merkt also subjektiv noch nichts von seiner Krankheit, sein Körpersekret (v.a. Blut, Sperma, Muttermilch) ist aber für andere ansteckend.

### Schätzungen aus dem Jahr 1986

	Infizierte	Kranke
Weltweit	10-15 Mio	ca.150.000
USA	2-3 Mio	31.000
Europa	über 200.000	4.000
Afrika	7 Mio	100.000

Gert Meyer

# Entkolonialisierung auf sowjetisch (II)

bereits Erkrankten in Sicht sind, muß das Hauptaugenmerk momentan der Aufklärung breiter Bevölkerungskreise gelten. In Ländern, wo zumeist die Mehrzahl der Einwohner des Lesens und Schreibens unkundig ist, wo während der Regenzeit oft ganze Regionen schwer oder gar nicht zu erreichen sind, ist die flächendeckende Verbreitung von Informationen unvorstellbar schwierig. Dies gilt, zumal außer schwer passierbaren Zufahrtswegen zuweilen noch tiefverwurzelte Vorurteile überwunden werden müssen. Vorurteile gegen das, was die Experten aus der Stadt, die „Fremden“, den Dorfbewohnern in Bezug auf deren Zusammenleben – gerade auch im sexuellen Bereich – vorschreiben wollen.

Viele vertrauen da eher ihrem witchdoctor, fassen AIDS als bösen Fluch auf, gegen den nicht Kondome helfen, sondern die alten Bräuche.

### Internationale Hilfe unerlässlich

Der Kampf gegen AIDS stellt Afrika vor eine große Aufgabe. Sie wird nur mit internationaler Unterstützung zu meistern sein.

Neben den Hilfsorganisationen sind hier bislang v.a. die skandinavischen Länder aktiv geworden. Im Herbst letzten Jahres bereiste eine schwedische Delegation sechs afrikanische Länder, um genauer herauszufinden, wie geholfen werden kann. Norwegen unterstützt Rwanda u.a. auch bei seiner Öffentlichkeitsarbeit, um die Bevölkerung über die Gefahren der Krankheit aufzuklären.

Andererseits schrecken US-amerikanische Firmen nicht davor zurück, für einen HIV-Test – der in der BRD für ca. 4 DM erhältlich ist – von Entwicklungsländern bis zu 8 \$ zu verlangen. Dabei stehen nach Angaben des WHO-Direktors für Afrika, Dr. Gottlieb Monekosso, vielen afrikanischen Ländern nur 10-20 \$ pro Einwohner zur Verfügung für die Bekämpfung von Krankheiten wie Malaria, Darmkrankheiten und Kindheitsinfektionen.

Die Meinungen darüber, wie die AIDS-Epidemie am schnellsten zum Stillstand gebracht werden könnte, sind auch in Afrika geteilt. Auch hier werden Stimmen laut, die Zwangstests, Meldepflicht, Tätowierung und Isolierung von HIV-Positiven fordern. Die Auswirkungen solcher Maßnahmen könnten verheerend sein in Staaten, die mit noch unterentwickelteren demokratischen Kontrollmöglichkeiten ausgestattet sind, als die meisten europäischen Länder.

AIDS wird noch viele Menschenleben kosten. Damit es nicht unzählbar viele werden, ist weltweites Handeln das Gebot der Stunde.

Die seit den 20er Jahren einsetzenden Kulturkampagnen waren vor allem in der Bekämpfung des Analphabetentums (erst in Städten, bei Männern, Jungen, seßhaften Nationalitäten, dann auch im Dorf, bei Frauen, Alten, Nomaden) erfolgreich.

Der Anteil der Analphabeten schwand sehr viel rascher als in den angrenzenden Städten.<sup>10</sup> Das Schul-, Berufsschul- und Hochschulwesen wurde zügig aufgebaut (vgl. Tabelle 3 und 4), was zur Herausbildung neuer nationaler Intelligenzschichten führte und der Industrie- und Agrarentwicklung Impulse gab. Die Zahl der – zunächst im lateinischen, später im kyrillischen Alphabet erfolgenden – Veröffentlichungen in den jeweiligen nationalen Sprachen stieg sprunghaft an.

### Frauenrechte erkämpft

Oftmals gegen den massierten Widerstand traditioneller Mächte lösten sich die Frauen aus den versklavenden Fesseln der orientalischen Gesellschaft (Verschleierung, Brautgeld (kalym), Kinderhe, Polygamie, häusliche Einsperrung usw.).

Sie nutzten die neuen Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten und traten in das politische Leben ein.<sup>11</sup> Der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Arbeiter und Angestellten vergrößerte sich zwischen 1940 und 1984 in der Russischen Föderation von 41 auf 52%, in Kasachstan von 30 auf 49%, in Kirgizien von 29 auf 49%, in Usbekistan von 31 auf 43%, in Tadschikistan von 29 auf 39% und in Turkmenistan von 36 auf 41%.

Der Anteil der Frauen in den Obersten Sowjets der mittelasiatischen Republiken liegt gegenwärtig zwischen 35 und 37%, in den örtlichen Sowjets der Volksdeputierten zwischen 49 und 51%. Er unterscheidet sich somit nicht von den übrigen Republiken.<sup>12</sup> Gleichwohl haben sich – bei Unterschieden zwischen Stadt und Land – in den mittelasiatischen Großfamilien starke Elemente der Tradition und ein Hauch von Patriarchalismus erhalten.

Hinsichtlich der Kennziffern des Ge-

sundheitswesens ist der noch vor dem 2. Weltkrieg deutlich spürbare Abstand zwischen den europäischen und den asiatischen Unionsrepubliken weitgehend eingeebnet worden. Sie haben auf diesem Gebiet nicht nur die angrenzenden Nachbarstaaten, sondern auch entwickelte westliche Industrieländer übertroffen (Tabelle 5).

Der Lebensstandard ist seit den 50er Jahren deutlich angehoben worden. Zwar weist die Kennziffer „Einzelhandelsumsatz des staatlichen und genossenschaftlichen Handels pro Kopf der Bevölkerung“ für die Stadt- und Landbevölkerung der mittelasiatischen Republiken geringere Werte auf als etwa in der RSFSR oder der Ukraine (Tabelle 6).

Ob dies jedoch als Beweis für einen großen realen Rückstand gelten kann, ist nicht sicher, da in Mittelasien die Bedeutung von Eigenversorgung, Naturalwirtschaft, Privatkauf, wechselseitiger Unterstützung u.a. größer ist. (Die geringeren Werte des Dorfes gegenüber der Stadt erklären sich z.T. dadurch, daß die Landbewohner insbesondere höherwertige Waren in der Stadt einkaufen.)

Die teilweise sehr weitreichenden sozialpolitischen Regelungen und Sicherungen (Renten, Sozialleistungen im Rahmen der „gesellschaftlichen Konsumtionsfonds“, Urlaubsnormen, das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, die

Usbekistan 1927: Frauen verbrennen öffentlich ihren Parandscha (Schleier)



# Jean Ziegler Zentralasien – die glückliche Dritte Welt

Während eines längeren Aufenthalts in der Sowjetunion besuchte der Schweizer Soziologe und Schriftsteller Jean Ziegler auch die mittelasiatischen Republiken. Ziegler ist Führungsmittglied der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und ihr Vertreter im Büro der Sozialistischen Internationale.

Man kann eine Reise in die Sowjetunion, ein Land, das einen Sechstel der bewohnbaren Fläche der Erde umfaßt, nicht zusammenfassen.

Elf verschiedene Ortszeiten, 22 Millionen Quadratkilometer, 273 Millionen Bewohner, 111 verschiedene Sprachen... Die Sowjetischen Länder gehen von den Eismeerern bis zu den Tropenwäldern, von den Wüsten Kasachstans bis zu den Küsten des Kaspischen Meers. Absolut faszinierendes Land! Eine Region hat mich dennoch mehr als andere berührt: Zentralasien. Und in dieser Region mit fünf verschiedenen Republiken und 42 Millionen Menschen habe ich Uzbekistan geliebt. Uzbekistan ist das Herz des sowjetischen Asiens. Das Herz eines Landes mit alter und großer islamischer Tradition. Hier, in Taschkent, Samarkand, Khiva und Buchara blühte vom 15. Jahrhundert an eine der mächtigsten, anziehendsten Zivilisation der Welt. Die Spuren, Moscheen, religiöse Hochschulen, Paläste und Minarette sind überall zu sehen.

Im neunten und zehnten Jahrhundert – der Periode des ersten weltweiten Aufblühens der islamischen Zivilisation – waren Samarkand und Khiva wohl die beiden glänzendsten Städte des ganzen immensen und vielgestaltigen islamischen Universums.

Hier arbeitete und lehrte Mohammed Ben Musa Al Khorezmi, der Begründer der Algebra, Abu Raihan Muhammad Ibn Ahmed Al Biruni, Vorläufer von Kopernikus, der das erste heliozentrische System sowie ein System zur Messung der Erdumdrehungen er-

Moschee in Samarkand (Uzbekistan)



fund. Abu Ali Ibn Sina, Dichter und Philosoph, legte den Grundstock für eine wissenschaftliche therapeutische Theorie, die für die zukünftige Medizin wesentlich werden sollte.

Die in der usbekischen Wiege geborene Zivilisation mit ihrer Architektur, ihren Wissenschaften, ihrer Poesie verbreitete sich bis vom Ende des 14. Jahrhunderts an über die Kontinente: Tamerlan (auch Timor genannt), der mit 81 Jahren 1405 starb, eroberte die Türkei, Afghanistan, Mesopotamien, Nordindien, Westchina und ganz Zentralasien. Er zerschlug die mongolische Übermacht, vereinigte den Orient.

Aber sein Reich, wie dasjenige Karls des Großen fünfhundert Jahre früher, fiel in Trümmer, zerstört von den Kämpfen seiner Nachfolger. Ein einziger seiner Nachkommen trug die Ausstrahlung der usbekischen Kultur weiter: Babur, sein Enkel. Er gründete auf dem indischen Subkontinent – mit Delhi als Hauptstadt – ein Reich, das erst durch die Engländer, anfangs des 19. Jahrhunderts, zerstört werden sollte. Ein beachtenswertes Buch ist soeben erschienen: „Der rote Stern und der grüne Halbmond“, von Henri Alleg, bei „Messidor“ in Paris, beschreibt diese Geschichte.

## Zweite Renaissance

Die bolschewistische Revolution hat eine zweite Renaissance und überwältigende materielle Fortschritte nach Uzbekistan gebracht.

1913 wurden auf dem Gebiet 500.000 Tonnen Baumwolle geerntet. Heute sind es mehr als 5,7 Millionen Tonnen. Von 1983 auf 1984 nahm das Bruttosozialprodukt erneut um 6,9 Prozent zu.

Hier, in aller Deutlichkeit, ist die Dritte Welt glücklich. Die Produkte dieses sonnigen Landes mit mildem Klima – Gemüse, Früchte, Baumwolle, Seide, Vieh – werden zur Hauptsache an Ort, in den die Städte umgebenden Industriezentren, verarbeitet. Und vor allem: Die Identität der Alten, diese jahrhundertalte Kultur, erstrahlt in tausend Lichtern.

Die Kommunistische Partei, unter andern Himmeln so schrecklich dogmatisch, reduzierend und die lokale Kultur vernachlässigend ist hier ein Modell an Diskretion, Subtilität, Anpassungsfähigkeit. Jedes Dorf hat seinen (sunnitischen) Mullah. Die Doktoranden der Koranschulen schließen ihre Doktorarbeit an der Universität Al-Azhar in Kairo ab.

Eine intensive, oft sterile Debatte wird seit einigen Jahren in den westlichen Universitätskreisen geführt. Sie stellt die „Progressiven“, Befürworter einer schnellen Transformation, einer beschleunigten Entwicklung der Gesellschaften Asiens, Afrikas, Lateinamerikas, den „Konservativen“ gegenüber, die das psychologische Gleichgewicht, den Schutz der kulturellen Identität der Völker der Dritten Welt an die erste Stelle setzen.

Nun, Uzbekistan beweist, daß diese Debatte archaisch, überholt, schlimmer: ohne reelle Tragweite, ist. Im sowjetischen Zentralasien habe ich – endlich – die glückliche Dritte Welt gefunden.

(Quelle: Vorwärts, Zürich, 24.10.1985)

Unentgeltlichkeit der Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, kostenunter-schreitende Zahlungen für Miete, Strom, Heizung u.a., Mitwirkungsrechte der Arbeitskollektive, Gewerkschaften u.a.) wurden historisch von den industriell entwickelteren europäischen Unionsrepubliken auf die asiatischen übertragen und gelten für die gesamte UdSSR.

Seit langem ist auch in den mittelasiatischen Regionen der UdSSR die Sicherung der elementaren Lebensbedürfnisse durchgesetzt worden. Hunger, Obdachlosigkeit, Arbeitslosigkeit, materielle Verelendung, Analphabetentum, Mangelversorgung bei Alter und Krankheit, Kinderarbeit gehören der Geschichte an. Dieses Niveau an Lebenssicherung ist in den der UdSSR benachbarten Ländern der sog. Dritten Welt bei weitem nicht erreicht worden und auch in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern keineswegs selbstverständlich. Dies zeigt ein Blick auf die „marginalisierten“ Schichten in unseren Breiten.

Das Studium der sozialökonomischen Entwicklung des sowjetischen Orients ist auch unter dem Aspekt der Abfolge von Gesellschaftsformationen von Bedeutung. Es kann Hinweise auf die Möglichkeit einer Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse aus „feudalen“, „asiatischen“ oder ursprünglich-gemeinschaftlichen Eigentumsformen unter Vermeidung bzw. Umgehung des kapitalistischen Entwicklungsstadiums vermitteln. Auf eine solche historische Möglichkeit hatte bereits Marx hingewiesen.<sup>13</sup>

Auch die mittelasiatischen Unionsrepubliken stehen gegenwärtig vor der Notwendigkeit einer Beschleunigung ihrer sozialökonomischen Entwicklung.

Sowohl in der Industrie wie in der Landwirtschaft ist in den vergangenen Planjahrhundert die Steigerung der Arbeitsproduktivität deutlich hinter dem Durchschnitt der UdSSR zurückgeblieben. Die industrielle Arbeitsproduktivität stieg in der UdSSR zwischen 1970 und 1984 um 76% – in Kirgizien waren es nur 65%, in Kasachstan 50%, in Uzbekistan und Turkmenistan 43%, in Tadshikistan 34%. In der Landwirtschaft (gesellschaftlicher Sektor) erhöhte sich die Arbeitsproduktivität während dieses Zeitraums in der UdSSR um 37% – in Tadshikistan aber nur um 4%, in Kirgizien um 3%; in Uzbekistan verringerte sie sich in diesen 14 Jahren um 2%, in Turkmenistan um 6%, in Kasachstan um 10%.<sup>14</sup>

„In Kasachstan werden (...) je Einheit Produktionsgrundfonds 33% weniger Nationaleinkommen als durchschnittlich in der Volkswirtschaft 'eingebracht'. In Turkmenien ist die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit seit 15 Jahren



Arbeiterinnen einer Stickerei in Buchara (Uzbekistan)

**Tabelle 3**  
Entwicklung des Bildungsstandes in einzelnen Unionsrepubliken (1939-1984)

Von 1.000 in der Volkswirtschaft beschäftigten Personen hatten eine vollständige oder unvollständige höhere oder mittlere Bildung (von mindestens 7 Schuljahren):

	1939	1959	1984
UdSSR	123	433	868
- RSFSR	124	440	863
- Ukraine	139	438	877
- Uzbekistan	61	447	907
- Kazachstand	99	447	869
- Gruzinien	163	492	902
- Azerbajdshan	122	473	886
- Kirgizien	56	429	869
- Tadshikistan	45	407	843
- Armenien	135	527	915
- Turkmenistan	78	497	889

(Quelle: Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1984 g., Moskau 1985, S.31)

überhaupt nicht gestiegen. Man sollte sich darüber Gedanken machen, wie der Umfang der Ressourcen, die für die sozialen Belange bewilligt werden, enger mit der Effektivität der Wirtschaft der jeweiligen Region in Verbindung zu bringen wäre.<sup>15</sup>

Die Qualität der in Zentralasien hergestellten Industrieprodukte muß deutlich verbessert werden. Von den Industriewaren, für die eine Qualitätsbescheinigung ausgestellt werden muß, erhielten im Gesamtdurchschnitt der UdSSR 40,9% die beste Qualitätsnote, während es in Kazachstan nur 35,6%, in Tadshikistan 31,2 %, in Uzbekistan 29,9%, in Turkmenistan 24,8% waren.<sup>16</sup>

Das Bevölkerungswachstum in den zentralasiatischen Republiken (mit einem überdurchschnittlichen Anteil der Landbevölkerung<sup>17</sup> und oftmals traditionellen Familienformen) liegt deutlich über dem der europäischen. Zwischen

**Tabelle 4**  
Zahl der Hochschulstudenten (je 10.000 Einwohner)

	1940/41	1960/61	1984/85
UdSSR	41	111	191
- Uzbekistan	28	116	161
- Kazachstan	16	75	178
- Kirgizien	19	79	148
- Tadshikistan	15	94	131
- Turkmenistan	22	81	122
- Gruzinien	77	134	171
- Armenien	82	106	173
- Azerbajdshan	44	91	163
- RSFSR	43	124	213

Internationale Vergleichszahlen:

USA (1982/83)	264
Kuba (1984/85)	211
Frankreich (1982/83)	154
Japan (1983/84)	144
BRD (1983/84)	137
Mongolische VR (1984/85)	136
Bulgarien (1984/85)	105
Großbritannien (1979/80)	105
Polen (1985/86)	91
DDR (1984/85)	78
Türkei (1982/83)	60
Indien (1979/80)	57
Iran (1982/83)	33
Vietnam (1984/85)	21

(Quelle: SSSR v cifrach v 1985 godu, Moskau 1986, S. 64; Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1984 g., Moskau 1985, S. 525)

**Tabelle 5**  
Zahl der Ärzte aller Fachrichtungen (je 10.000 Einwohner)

	1940	1960	1985
UdSSR	7,9	20,0	42,0
- Uzbekistan	4,7	13,9	33,4
- Kazachstan	4,3	14,0	37,1
- Kirgizien	3,8	15,4	33,5
- Tadshikistan	4,1	12,7	26,7
- Turkmenistan	7,6	18,7	31,8
- Gruzinien	13,3	33,0	53,7
- Armenien	7,5	24,0	37,3
- Azerbajdshan	10,0	23,7	37,6
- RSFSR	8,2	20,8	45,0

Internationale Vergleichszahlen:

CSSR (1984)	35,3
Bulgarien (1984)	33,9
BRD (1983)	29,9
DDR (1984)	29,0
Italien (1979)	28,9
Kuba (1984)	25,1
Polen (1985)	24,3
Mongolische VR (1985)	23,8
USA (1981)	23,3
Jugoslawien (1983)	19,5
Japan (1982)	18,6
Großbritannien (1977)	18,3
China (1984)	13,3
Türkei (1981)	7,8
Brasilien (1974)	6,1
Mexiko (1974)	5,8
Iran (1981)	4,4
Indien (1981)	4,1
Vietnam (1984)	3,1
Laos (1982)	0,6

(Quelle: SSSR v cifrach v 1985 godu, Moskau 1986, S. 65 und 224)

1970 und 1986 wuchs die Bevölkerung der RSFSR um 10,7%, während es in Kasachstan 23,3%, in Kirgizien 38,2%, in Turkmenistan 51,5%, in Uzbekistan 56,6%, in Tadschikistan 60,1% waren.<sup>18</sup> So müssen verstärkte Anstrengungen zum Ausbau der Infrastruktur – Wohnungsbau, Bildungs- und Versorgungseinrichtungen – und zur Schaffung von (möglichst modernen und produktiven) Arbeitsplätzen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen unternommen werden. (Die Tatsache, daß in der UdSSR der größte Bevölkerungszuwachs auf Zentralasien entfällt – fernab von den wesentlichen Energie- und Rohstoffressourcen Sibiriens und des Hohen Nordens sowie auch von den traditionellen industriellen Zentren der europäischen Landesteile –, bringt erhebliche planungs-, Kosten- und Transportprobleme mit sich. Taschkent liegt weiter von Moskau entfernt als Paris.) Die Dienstleistungen und Wohnverhältnisse sind quantitativ und qualitativ zu verbessern, um die (auch durch die großen Familien bedingte) Überlastung der Frauen zu reduzieren.

Ökologische Probleme sind auch in Zentralasien zu bewältigen (Auswehung des aufgepflügten Steppenbodens in Kasachstan, Gefahr von Bodenversalzung, sorgsamer Umgang mit den kostbaren Wasservorräten, Erhaltung der gefährdeten Flora und Fauna u.a.<sup>19</sup>). Alternative Energiequellen können und müssen stärker erschlossen werden (Sonnenener-

gie in den Wüstenregionen).

Über Bürokratismus, Schlendrian, Schönfärberei, Amtsmissbrauch, Unterschleif, nichtlegale Erwerbsformen teilweise erheblichen Umfangs wird auch in der Presse Zentralasiens immer wieder geklagt. Diese Erscheinungen müssen durch mehr Transparenz und Öffentlichkeit, durch gesellschaftliche Kontrolle, Kritik und durch Partizipation, durch Ausweitung und Intensivierung der sozialistischen Demokratie zurückgedrängt werden.

Das Zusammenleben zwischen den Nationalitäten, die oftmals in völlig unterschiedlichen Kultur- und Sprachtraditionen stehen und nicht immer in geschlossenen Siedlungsräumen leben, vollzieht sich nicht ohne Reibungen und Probleme.

### Reibungen zwischen Nationalitäten

Auf jeder Großbaustelle, in jedem Großbetrieb müssen Dutzende Nationalitäten lernen, nicht nur in „friedlicher Koexistenz“, sondern möglichst auch in Freundschaft miteinander zu leben. Nicht immer befindet sich die namensgebende Nation auf ihrem Territorium in der Mehrheit: in Kasachstan leben bereits seit Ende der 30er Jahre mehr Russen als Kasachen. Die einzelnen Nationalitäten sind unterschiedlich stark in der KPdSU repräsentiert.<sup>20</sup>

Unabdingbar sind somit eine sorgfältige

Beachtung der jeweiligen Traditionen und Besonderheiten (gerade auch der kleineren Nationalitäten), die Einhaltung gewisser Proportionalitäten in dem Personalbestand staatlicher Organe, ein sensibles Ausbalancieren des Spannungsverhältnisses von national-kultureller Besonderheit und Annäherung, von nationalen, regionalen und gesamtstaatlichen Interessen, von Zentralismus und Demokratie.<sup>21</sup>

### Anmerkungen:

- 10) 1984/85 machte der Anteil der Analphabeten in der Türkei 35,8%, im Iran 49,2%, in Pakistan 70,4%, in Afghanistan 76,3% aus, wobei die Prozentsätze der Frauen erheblich über denen der Männer lagen; vgl. UNESCO, Statistical Yearbook 1985, S. I-18.  
Zur nachrevolutionären Bildungsbewegung in Zentralasien siehe: Tschingis Aitmatow, Der erste Lehrer, München 1981
- 11) Siehe: E.E. Kisch, Asien gründlich verändert. Gesammelte Werke, Band III, Berlin und Weimar 1977
- 12) Vgl. Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1984 g., Moskau 1985, S. 11 und 414
- 13) Vgl. Brief an Vera Zasulic vom 8. März 1881 sowie die drei Entwürfe dieses Briefs, in: MEW, Band 19, S. 242-243 und 384-406
- 14) Angaben nach: Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1984 g., Moskau 1985, S. 148 und 321. Womöglich haben bei diesem Rückgang der landwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität auch klimatische Faktoren (Niederschlagsmangel in Kasachstan) eine Rolle gespielt.
- 15) Sowjetunion zu neuen Ufern? 27. Parteitag der KPdSU, Düsseldorf 1986, S. 75-76
- 16) Angaben nach: Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1984 g., Moskau 1985, S. 142
- 17) In der RSFSR betrug Anfang 1985 die Proportion zwischen Stadt- und Landbevölkerung 73:27, während es in Kasachstan 57:43, in Kirgizien 40:60, in Tadschikistan 34:66 waren (Narodnoe chozjajstvo v 1984 g., Moskau 1985, S. 14-19). Entsprechend ist der Anteil der Kolchosbauern in den mittelasiatischen Republiken höher als in der RSFSR.
- 18) Angaben nach SSSR v cifrach v 1985 godu, Moskau 1986, S. 7. Der durchschnittliche Umfang einer Familie beträgt nach der Volkszählung von 1979 in der RSFSR 3,3 Personen, in Turkmenistan aber 5,5 (Stadt 4,6, Dorf 6,5) Personen. Vgl. čislennost' i sostav naselenija SSSR, Moskau 1984, S. 221.
- 19) Siehe: Tschingis Aitmatow, Die Träume der Wölfin, Neuss und München 1985
- 20) Anfang 1982 waren von 10.000 Einwohnern der UdSSR 678 Mitglieder und Kandidaten der KPdSU. Überdurchschnittliche Werte wiesen Juden (1.423), Gruziner (826) und Russen (774) auf; unterdurchschnittliche Kasachen (525), Kirgizen (348), Uzbekener (330), Turkmenen (320), Tadschiken (268). Diesen Differenzen liegen weniger „nationale“ Besonderheiten zugrunde als vielmehr Unterschiede des Urbanisierungsgrads, der Alters- und Berufsgliederung, des Bildungsstandes, der Familienstruktur. Daten nach: G. Simon, Nationalismus und Nationalitätenpolitik in der Sowjetunion, Baden-Baden 1986, S. 448-449 (mit weiterführender Literatur)
- 21) Vgl. Die Rede M. Gorbatschows vor dem ZK-Plenum vom 27. Januar 1987

**Tabelle 6**  
Einzelhandelsumsatz des staatlichen und genossenschaftlichen Handels in Stadt und Land pro Kopf der Bevölkerung (1950-84; in Rubel)

	Stadt			Land		
	alle Waren	Lebensmittel	Industriewaren	alle Waren	Lebensmittel	Industriewaren
<b>UdSSR</b>						
1950	383	234	149	80	40	40
1960	564	316	248	174	86	88
1970	874	485	389	334	185	149
1980	1.283	647	636	568	295	273
1984	1.407	704	703	669	344	325
<b>darunter:</b>						
RSFSR	1.412	747	665	879	475	404
Ukraine	1.342	635	707	531	250	281
Belorußland	1.492	727	765	681	379	302
Uzbekistan	1.131	480	651	467	224	243
Kasachstan	1.159	558	601	722	370	352
Gruzinien	1.563	654	909	382	164	218
Azerbajdschan	1.019	480	539	286	132	154
Litauen	1.749	870	879	562	336	226
Moldau	1.637	643	994	528	223	305
Lettland	1.963	943	1.020	712	375	337
Kirgizien	1.149	538	611	578	261	317
Tadschikistan	1.291	539	752	322	135	187
Armenien	1.185	561	624	387	199	188
Turkmenistan	1.201	536	665	438	184	254
Estland	2.013	987	1.026	853	479	374

(Quelle: Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1984 g., Moskau 1985, S. 482)



## Günter Giesenfeld Vietnamfilm „Platoon“ Eine gesunde Dosis Realismus

„Platoon“ wird als ein realistischer Film über den Vietnamkrieg bezeichnet und gerühmt, weil sein Drehbuchautor und Regisseur, Oliver Stone, selbst ein Vietnam-Veteran ist und ihm dieser autobiographische Stoff so sehr am Herzen gelegen hat, daß er 10 Jahre lang bei den großen amerikanischen Produzenten antichambriert und sich solange seinen Lebensunterhalt mit Taxifahren und Drehbuchschreiben verdient hat, bis er schließlich bei einer englischen Firma Erfolg hatte.

Nun, da er fertig ist, wird der Film auch von Hollywood gefeiert: Vier Oskars markieren das vorläufige happy end für den Aufsteiger im Filmgeschäft. Man kann sich diese rührende und so amerikanische Geschichte auch als Fortsetzung der Filmstory vorstellen.

Stone verläßt, genau wie Chris, der Hauptheld und Ich-Erzähler im Film, Vietnam, wo alle seine idealistischen Illusionen vom strahlenden Heldentum zerschollen sind, und nimmt sich vor: „Diejenigen von uns, die davongekommen sind, haben die Verpflichtung, etwas neues zu schaffen, anderen das weiterzugeben, was wir wissen, mit all dem,

was von unserem Leben übrig geblieben ist, zu versuchen, einen Wert, eine Bedeutung zu finden für dieses Leben.“<sup>1</sup>

Nun also würde er seine Erfahrungen weitergeben, sein Wissen und die Konsequenzen, die man daraus zu ziehen hätte. Zu diesem Zweck macht er einen Film.

„Platoon“ aber zeigt: Oliver Stone hat nichts gelernt inzwischen, weder im Krieg noch in den 10 Jahren danach. Sein überaus aufwendiges und perfektes



„Platoon“-Regisseur Oliver Stone bei den Dreharbeiten auf den Philippinen

Schlachtengemälde gibt wenig mehr weiter als den damals schon landläufigen Gemeinplatz, daß Kriege schmutzig sind. Denn was seinem Helden in Vietnam widerfährt, ist die brutale Konfrontation mit einem Leben, das sich von dem der Slums der großen Städte daheim nur durch die Strapazen der feindseligen Natur, zu der auch der Feind gehört, unterscheidet, ein sozialer Initiationsritus, dem er sich zu Hause allenfalls durch eine frühe Karriere hätte entziehen können.

Chris erkennt also, daß er auch in der Ferne den Verhältnissen nicht entfliehen kann, die das Leben und die Kultur seines Landes prägen: „...es geht nicht nur um mich, um das gesamte System gehts. Menschen wie Elias werden kalt gemacht. Schweinehunde wie Barnes bestimmen einfach weiterhin die Spielregeln wie es ihnen gefällt.“

Elias und Barnes, das ist der Kampf zwischen gut und böse, zwischen der Moral und dem Widerspruch, in den diese gerät, wenn der durch sie legitimierte Herrschaftsanspruch zu Handlungen zwingt, die unmoralisch sind. Chris, der den Bösen schließlich umbringt, lernt dabei,



My-Lay-Szenarium: Sergeant Barnes (Tom Berenger) beim Terrorisieren eines Kindes (unten); Abzug aus dem brennenden Dorf

daß man nicht zugleich rücksichtslos herrschen und doch moralisch bleiben kann, aber auch, daß man gezwungen sein kann, einen Mord zu begehen, um der Unmenschlichkeit entgegenzutreten.

Dies ist die resignative Erkenntnis, die der oberflächliche Realismus<sup>2</sup> des Films nahelegt, und sie wird auch, als moralisches Raster, der zentralen My-Lai-Szene unterlegt.

### Schutz vor dem „Vietkong“

Barnes, der Böse, erschießt beim Verhör einen alten Mann, und Elias rettet nicht nur ein vietnamesisches Kind vor Mißhandlungen, sondern wird auch die „rechtswidrige Tötung“ melden und Barnes vors Kriegsgericht<sup>3</sup> bringen. Zwar kompensieren die Soldaten ihre Frustrationen hemmungslos (und in einer Art verständlichem Wahn) durch Beschimpfungen und Quälereien an der Bevölkerung (schlecht und unnötig) – das Dorf aber muß trotzdem niedergebrannt werden (schlecht aber nötig), denn im-

merhin hat man eine große Anzahl Waffen und Nahrungsvorräte gefunden, ist also klar, daß hier tatsächlich „Vietkong“ waren oder sind.

Während im Hintergrund die geheimen Munitionsdepots in die Luft fliegen, suchen die Kinder und Frauen vertraulich bei den guten Amerikanern Schutz – nicht nur vor den schlechten Amerikanern, sondern auch vor dem „Vietkong“.

„Charlie Sheen<sup>4</sup> ist Amerika in seiner Unschuld, und der Dschungel ist das dunkle, verwirrte Mysterium, das der Krieg für uns seit 20 Jahren ist. Es hat lange gedauert, bis wir mit ihm konfrontiert wurden.“<sup>5</sup> Chris wird mit der Realität durch Barnes konfrontiert, dieser ist nicht nur reine Inkarnation des Bösen, seine Illusionslosigkeit und seine Tapferkeit machen ihn zu einer gemischten Figur, die Abscheu und Bewunderung weckt.

Seine Botschaft an die „Neuen“, die Drogen konsumieren müssen, um ihre Situation ertragen zu können, ist durchaus überzeugend: „Wozu raucht Ihr den

Stoff? Um der Wirklichkeit zu entfliehen? Ich, ich brauche diesen Mist nicht. Ich bin die Wirklichkeit. Es gibt manches, was sein müßte, und manches, was ist.

Elias war voll von Stoff, Elias war ein Kreuzritter. Aber ich kämpfe lieber mit einem, der macht, was man ihm sagt, denn wenn er das nicht macht, geht der ganze Apparat kaputt. Und wenn der ganze Apparat kaputt geht, gehen wir alle kaputt.“<sup>6</sup>

Vor dem Hintergrund eines solchen Zynismus erscheint die Kernaussage des Films durchaus zweideutig: „Wir haben hier nicht gegen einen Feind gekämpft, wir haben gegen uns selbst gekämpft. Der Feind war in uns.“

Dieser Feind, das kann sowohl Barnes' ramböhaftes Draufgängertum sein, das können aber auch die moralischen Hemmungen sein, die man überwinden muß, um in einem solchen Krieg, dessen Berechtigung niemals in Frage gestellt wird, effektiv kämpfen zu können.

Aus diesem Zwiespalt, der ungelöst bleibt, bezieht die Hauptfigur ihre Identifikationsfähigkeit. Der sich in ihrem Innern abspielende Kampf des Guten gegen das Böse ist quälend und heldenhaft zugleich.

Chris: „Der Krieg ist jetzt für mich vorbei. Aber er wird immer bestimmend sein, bis ans Ende meiner Tage. Und ich bin sicher, auch Elias wird immer bestimmend sein, der mit Barnes (...) um meine Seele kämpfte. In manchen Augenblicken fühle ich mich wie das Kind, das diesen beiden Vätern geboren wurde.“

Daß beide Filme, „Rambo II“ und „Platoon“, in den USA große Erfolge geworden sind, ist möglich, weil auch der letztere, „indem er die Kriegsgründe und die Opposition gegen sie herausfallen läßt, keine Bilanz bietet und die politische Polarisation vermeidet, die die Vietnam-Ära kennzeichnete. (...) Er umgeht die zentrale Frage des Kriegs: Auf welcher Seite stehst du? Wenn Chris in Tränen aufgelöst nach Hause geht, ist immer noch nicht klar, worum er weint.“<sup>7</sup>

Oliver Stone, der Regisseur, ist gegen den Vietnamkrieg, aber vor allem deshalb, weil er verloren worden ist. Er sei „Praktiker“, kein „Ideologe“, sagt er, und das bedeutet, daß für ihn „keine pauschale Verdammung des Krieges“ in Frage kommt.

Nur „Vietnam war ein furchtbarer Fehler. Eine Tragödie. Ganz schlecht überlegt, ohne moralischen Zweck und Integrität. Wir hatten den Krieg schon verloren, bevor wir ihn gewonnen hatten. Wir konnten nicht gewinnen“, aber „manchmal muß man einfach kämpfen, denn es gibt immer irgendein Arschloch um die Ecke, einen Hitler, der Schwierigkeiten macht“.<sup>8</sup>

Oder einen Ho Chi Minh, oder einen Ortega.

**Anmerkungen:**

- 1) Alle nicht anders belegten Zitate sind wörtlich dem (deutsch synchronisierten) Dialog des Films entnommen. Es handelt sich dabei, wenn nicht anders vermerkt, um Äußerungen von Chris oder um Briefe, die dieser an seine Oma schreibt und die im Film als Off-Kommentare eingesprochen werden.
- 2) Oliver Stone hat sich und seinen Schauspielern immense Strapazen zugemutet, damit die Erschöpfung von Marsch und Kampf nicht erscheinen: „Wir haben sie geschunden bis auf die Knochen.“ Vgl. Time, New York, 26.1.1987 und Interview in: Hamburger Rundschau, 7.5.1987. Untypisch ist auch die gezeigte Kriegsform. Nur selten gab es solche Einzelaktionen, der Krieg wurde vorwiegend mit Bomben, Napalm und chemischen Mitteln geführt, und selten machten die US-Soldaten solche „Drecksarbeit“ selbst, dies überließen sie meist ihren südvietnamesischen „Verbündeten“.
- 3) Daß dies für Barnes, wie für dessen historisches Vorbild Calley, nicht gefährlich sein wird, deutet der Film immerhin an.
- 4) Der Darsteller des Chris – er ist der Sohn von Martin Sheen, der die Hauptrolle in Coppolas „Apocalypse Now“ spielte.
- 5) Harold Evans in: US News & World Report, Washington, 2.3.1987
- 6) Wobei das hier verwendete Klischee, daß die Kriegsgegner und -kritiker im Grunde alle feige und drogenabhängig sind, beim amerikanischen Publikum sicher nicht seine Wirkung verfehlt.
- 7) Frontline, 2.2.1987
- 8) Interview in: Hamburger Rundschau, 7.5.1987

## Friedensbewegung

Die diesjährigen Ostermärsche für Frieden und Abrüstung fanden unter dem Eindruck der neuen sowjetischen Vorschläge zum Abbau aller Mittelstreckenraketen längerer und kürzerer Reichweite in Europa statt. Insgesamt 300.000 Marschierer forderten auf über 300 Veranstaltungen von der Bundesregierung, diese Abrüstungschance zu nutzen, die Stationierung von Cruise Missiles zu stoppen und einem atomwaffenfreien Korridor zuzustimmen.

Die Ostermärsche waren der Auftakt zu weiteren Friedensaktionen in der ersten Jahreshälfte. Damit soll vor allem Druck gemacht werden, um Bonn zu einer Befürwortung der „doppelten Null-Lösung“ im Mittel- und Kurzstreckenbereich zu zwingen. Höhepunkt wird – neben Blockaden an den Stationierungsorten sowie Friedensstaffetten und -märschen – am 13. Juni d.J. die bundesweite Großdemonstration in Bonn sein, zu der der Koordinierungsausschuß der Friedensbewegung einmütig aufgerufen hat. Wir dokumentieren den Wortlaut des Aufrufs.

### Den ersten Schritt tun Atomraketen verschrotten!



Millionen Menschen haben in den vergangenen Jahren gegen die Stationierung neuer Atomraketen demonstriert. Gemeinsam haben wir begonnen, für eine Welt ohne Waffen, ohne Ausbeutung und Unterdrückung zu handeln. Die Friedensbewegung ruft heute alle Menschen auf: Demonstriert für die Verschrottung der Atomraketen, damit der erste Schritt zur Abrüstung getan wird!

1979 hat die NATO beschlossen, unser Land mit Pershing II und Cruise Missiles aufzurüsten und dies mit den sowjetischen SS 20-Raketen begründet. Sie hat von Anfang an die Öffentlichkeit getäuscht: In Genf wurden Scheinverhandlungen geführt. Ein Verzicht auf die Stationierung war niemals ernsthaft beabsichtigt. Die sogenannte „Null“-Lösung war für sie immer nur eine Propagandaformel.

Völlig unerwartet ist die Sowjetunion darauf eingegangen. Sie setzt ein politisches Signal, die Stationierungsdynamik zu durchbrechen und durch eine Abrüstungsdynamik auf politischer Ebene zu ersetzen. Damit greift sie eine zentrale Forderung der Friedensbewegung auf.

### Demonstration der Friedensbewegung am 13. Juni in Bonn

Die Bundesregierung begrüßt zwar offiziell die sowjetische Bereitschaft zur „Null“-Lösung. Viele Reaktionen lassen aber befürchten, daß ein mögliches Abkommen durch Forderungen nach Umrüstungen und neuen „Nach“-rüstungen hintertrieben werden soll.

Die Friedensbewegung ist von Anfang an gegen die Stationierung und für den sofortigen Abbau von Pershing II und Cruise Missiles eingetreten. Wenn die Bundesregierung ernsthaft die Beseitigung der Mittelstreckenraketen in Europa will, kann und muß sie praktische Schritte tun: Sie muß den sofortigen Bau- und Stationierungsstopp in den vier Stützpunkten für atomare Mittelstreckenraketen verfügen und jeden Übungsbetrieb für die bereits stationierten Raketen untersagen!

*Die Friedensbewegung fordert erneut:*

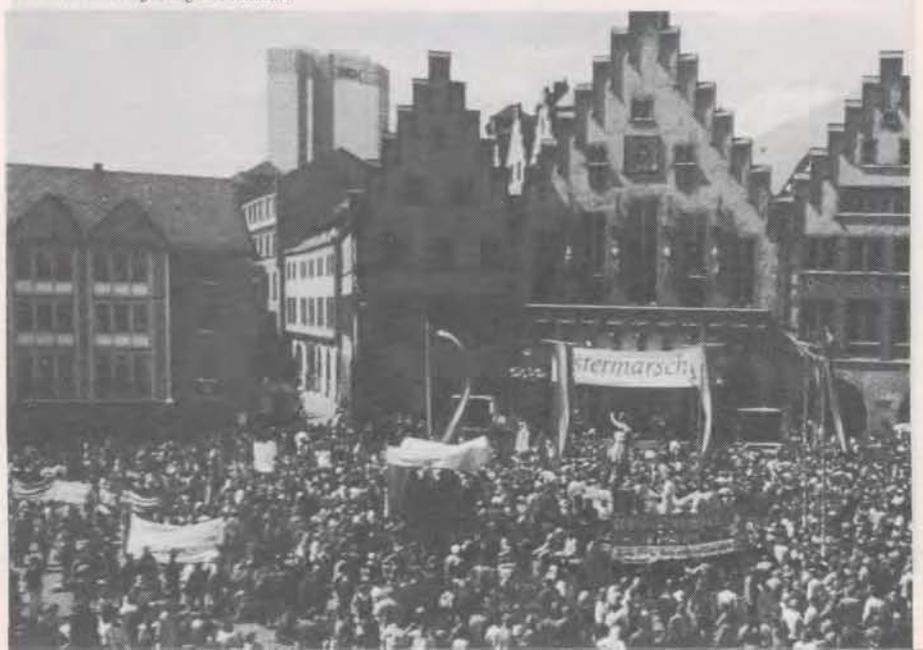
– Der Bundestag muß den Stationierungsbeschluß rückgängig machen; Pershing II und Cruise Missiles müssen sofort verschrottet werden!

Alle weiteren Atomwaffen in der Bundesrepublik und in Europa müssen ebenfalls abgeschafft werden! Dazu zählen auch die britischen und französischen Nuklearwaffen sowie die übrigen in Europa und an Bord von Schiffen und Flugzeugen stationierten US-Atomwaffen! Ganz Europa muß atomwaffenfrei werden!

Unser Ziel bleibt Frieden durch Abrüstung und Gerechtigkeit. Nur durch unseren Druck, nur durch das gemeinsame Handeln aller Menschen können die Forderungen der Friedensbewegung Wirklichkeit werden.

Demonstrieren wir am 13. Juni in Bonn für den Einstieg in die Abrüstung jetzt!

Ostermarschkundgebung in Frankfurt



**Unsere  
Heimat  
ist das  
Mehr!**

  
**team  
reisen**

SPD-Urlaubsservice und team reisen bieten an:

#### **Solidaritätsreise Nicaragua**

Umfangreiche Rundreise mit zahlreichen Begegnungen, Gesprächen und Besichtigungen, Unterbringung in Doppelz. mit Halbpension.  
21. Juli - 5./6. August '87

ab/bis Frankfurt/M **DM 3.279,-**

Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba und team reisen bieten gemeinsam an: Studienreise

#### **Cuba für Anfänger**

Eine Rundreise mit umfangreichem Fachprogramm, vielen Besichtigungen und Gesprächen.  
20. Juni - 3./4. Juli '87

ab/bis Berlin-Schönefeld **DM 2.912,-**

#### **Studienreise durch die West- und Mitteltürkei**

Wir bieten u.a. Orientierungsfahrten durch Istanbul und Ankara; wir besichtigen Ephesus, die berühmte Stadt der Antike und weitere Sehenswürdigk. in der Kulturregion Kleinasien.

26. Juni - 10. Juli '87

02. Okt. - 16. Okt. '87

Grundpreis ab/bis Berlin **DM 1.862,-**

**Bitte Infos anfordern!  
Rechtzeitig Plätze sichern!**

**Tel. 040 / 491 60 66  
Eppendorfer Weg 105  
2000 Hamburg 20**

## Volltreffer

Vor kurzem habe ich das AIB abonniert. Ich muß ja wirklich sagen, das AIB ist im ganzen Blätterwald eine der weit herausragenden Zeitschriften. Ihr versteht Euer Hand(Schreib-)werk!

Auch Layout und bildliche Darstellungen sind immer Volltreffer (bin Schriftsetzer und kann das beurteilen), wie z.B. auch das Titelblatt von Nr. 4 mit dem Reagankonterfei – genau so stelle ich mir die Fassade vor einem Hirn vor, das weltweit Atompilze wachsen läßt. Bleibt zu hoffen, daß der noch von der politischen Bühne abtreten muß, bevor sein Säbelrasseln noch in größere Desaster als die bisherigen führt. Na, so weit wollte ich jetzt aber gar nicht ausholen.

Finde Eure Arbeit unverzichtbar wichtig.  
Wolfgang W. Bär, Bruchsal

## Mehr Prägnanz zu Südafrika!

Streiten ist sinnvoll und lohnt sich deshalb auch unter Linken, allerdings nur, wenn es die Bereitschaft und die Fähigkeit einschließt, die Position des Diskussionspartners zu erfassen. Das bringt mich auf die „Kritik“ Eurer von mir ansonsten durchaus geschätzten Mitarbeiterin Marianne Kolter an meinem Buch „Südafrika. Widerstand und Befreiungskampf“ in AIB 4/87. Dort schreibt sie, „die Position, der ANC sei die entscheidende Kraft des Widerstandes gegen Apartheid, sollte es nicht ausschließen, alternative Vorstellungen zur gesellschaftlichen Perspektive und zu Strategie und Taktik anzusprechen, die in Südafrika vorhanden sind“.

Hätte M.K. das Buch aufmerksam studiert, wäre ihr sicher aufgefallen, daß ich solche „Alternativen“ (die übrigens, wie M.K. mir sicher rechtgeben wird, in Wirklichkeit keine sind) nicht nur „anspreche“, sondern einer systematischen Kritik unterziehe, wie ich sie in dieser ideologischen und theoretischen Prägnanz in Eurer Zeitschrift bislang leider vermißt habe (siehe S. 40ff.). Dort findet sich übrigens auch die Begründung dafür, warum die betreffenden Organisationen und Grüppchen in den Dokumententeil nicht aufgenommen wurden, orientiert sich die diesbezügliche Auswahl doch an der realen Bedeutung der unterschiedlichen Kräfte im Spektrum des Widerstands im heutigen Südafrika.



Hätte sich M.K. meine Analyse und keinen Pappkameraden zueigen gemacht, wäre auch ihre Kritik an den drei zuvor besprochenen Machwerken (die dazu noch ungebührlich lang geraten ist) sicher schärfer und präziser ausgefallen. Das entscheidende „Defizit“ von Neville Alexander und Co. besteht ja nicht darin, daß sie ein sozialistisches Südafrika wollen, doch nicht in der Lage sind, die entsprechenden Vermittlungsschritte zu formulieren, sondern darin, daß dieses Ziel nur die verbalradikale, mithin rein äußerliche Hülle einer dem Kern nach rassistisch-exklusiv verengten Nationalismus ist, der prinzipiell außerstande ist, die Dialektik von nationaler und sozialer Frage auch nur im Ansatz zu erfassen. Genau dies jedoch leistet die Strategie und Taktik des ANC in vorzüglicher Weise und macht diese Organisation allen anderen überlegen. M.K. sollte sich also einmal mit theoretischen Fragen des nationalen Befreiungskampfes beschäftigen, wenn sie sich fürderhin zu derartigen Fragen öffentlich äußern will (was ich natürlich immer gut finde!).

Rainer Falk, Lollar

## Zeitschriftenschau

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 159/Mai 1987

Argentinien: Die Militärrevolte • Peronist als Arbeitsminister • Der Papstbesuch • Brasilien: Agrarreform: kein Land in Sicht • Alte Indianer-Politik in der „neuen“ Republik • Chile: Nach dem Papstbesuch • La Epoca – neue Stimme der Opposition • Bolivien: Wessen Not Weizsäcker lindert • El Salvador: Autonome Wiederansiedlungsprojekte • „Waffen für El Salvador?“ • Guatemala: Cerezos „aktive Neutralität“ • Kultur: Berlinale-Nachlese

Einzelpreis 4,50 DM; Abo 50 DM

Bezug: LN-Vertrieb, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 115/April 1987

Schwerpunkt: Vorbereitungsunterlagen zum BUKO II (Rechenschaftsberichte, Anträge an das Plenum) • Aktionsorientierte Information (Banken, Multis) • Umfangreicher Serviceteil

Einzelpreis 3 DM; Abo 36 DM

Bezug: FORUM, c/o ISW, Achtermannstr. 10-12, 4400 Münster

ila-info, Nr. 104/April 1987

Schwerpunkt: Medien in Lateinamerika – Der Kampf um die Köpfe: Deutsche Welle in Lateinamerika • Mexiko: Medienkonzern TELEvisa • Uruguay: Einfluß der Moon-Sekte auf den Medienmarkt • El Salvador: Fernsehen • Propaganda in der Aufstandsbekämpfung • Nicaragua: Suche nach einem praktikablen Medienkonzept • Alternative Medienproduktion: Revolutionäre Medien in El Salvador • Mexikanische Frauenzeitschrift „fem“ • Puertorikanische Zeitschrift „Homines“ • Fotografie in Chile • Lateinamerikanische Filmschule in Havana • Außerdem: Beiträge zu Kolumbien, Argentinien, Peru und BRD-„Entwicklungshilfe“

Einzelpreis 3,50 DM; Abo 35 DM

Bezug: ila, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 5300 Bonn

## AAB-Mitgliederversammlung

Obleich die Solidaritätsbewegung zum Südlischen Afrika im vergangenen Jahr ein Stück vorangekommen sei, sei sie noch nicht stark genug, um einschneidende bundesdeutsche Sanktionen gegen Südafrika zu erzwingen. Die Kündigung des Kirchentagskontos bei der Deutschen Bank (siehe AIB 5/1987) sei allerdings ein positiver Ansatz. So lautet die Standortbestimmung, die die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) auf ihrer Mitgliederversammlung vom 3.-5. April d.J. in Köln-Rhien vornahm.

Eines der Hauptthemen der AAB-Arbeit 1987/88 sollen die BRD-Rüstungsexportgeschäfte mit dem Apartheidstaat bleiben. Hier sollen der HDW-U-Boot-Skandal weiterverfolgt, die Proteste gegen Daimler-Benz (Konzern-Hauptversammlung am 1.7.1987!) verstärkt werden. Intensivieren will man auch die Sammelaktivitäten zum „Freiheitskämpfer Nelson Mandela“ und die Bankenboykott-Kampagne. Erstmals wird die AAB in diesem Jahr die internationale Boykott-Kampagne gegen den Ölmulti Shell aufgreifen und stärker gegen die vermehrte Bonner „Entwicklungshilfe“ für das okkupierte Namibia angehen.

## Chile-Fotoausstellung



Fotografieren in Chile kann lebensgefährlich sein. Nicht erst seit der Ermordung des Fotografen Rodrigo Rojas im Juli 1986 sind die unabhängigen Fotografen ein bevorzugtes Ziel der Militärdiktatur Pinochets. Sie fürchtet diese Fotografen, dokumentieren sie doch die Verhältnisse, die sie lieber verschwiege: Den alltäglichen Terror gegen die Bevölkerung, die Verelendung breiter Schichten und den wachsenden Widerstand.

Trotz Pressezensur, Veröffentlichungsverboten und Übergriffen durch die Polizei haben sich die oppositionellen Fotografen einen Freiraum erkämpft und ein unabhängiges Informationssystem aufgebaut. Sie haben sich in der Vereinigung unabhängiger Fotografen (AFI) zusammengeschlossen und die alternative Nachrichtenagentur Cono Sur gegründet.

Ihre zensierten Bilder waren im April d.J. in den Räumen der Neuen Gesellschaft für bildende Kunst (NGBK) in Westberlin zu sehen. Die Ausstellung versteht sich in erster Linie als Aufruf, die chilenischen Fotografen bei ihrer Arbeit zu unterstützen. Gleichzeitig vermittelt sie Eindrücke vom Kampf des chilenischen Volkes.

Die Ausstellung soll jetzt auf Wanderschaft gehen. Interessierte Gruppen können sich wenden an: NGBK, Tempelhofer Ufer 22, 1000 Berlin 61, Tel. 030/2163047

### Israelischer Staatsbesuch

Als erstes Staatsoberhaupt Israels reiste Staatspräsident Chaim Herzog am 6. April d.J. zu einem fünftägigen Staatsbesuch in die BRD. Neben dem Besuch von Gedenkstätten des faschistischen Massenmords an den Juden, wie das ehemalige KZ Bergen-Belsen, führte Herzog politische Gespräche mit Vertretern der CDU, FDP, SPD, den Grünen sowie Bundespräsident von Weizsäcker und dem Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Hans Klein. Diese dienten nach offiziellen Angaben allerdings nicht der Unterzeichnung bilateraler Abkommen.

Hinsichtlich der Frage der Einberufung einer internationalen Nahostfriedenskonferenz, welche von der BRD teilweise unterstützt wird, äußerte Herzog sich skeptisch und bevorzugte vielmehr direkte Gespräche zwischen den beteiligten Parteien.

Indessen führten die bereits vor dem Reiseantritt Herzogs bekannt gewordenen Äußerungen Kleins über mögliche Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien, welche hernach vom bayrischen Ministerpräsidenten Strauß bekräftigt wurden, zu einer scharfen Verurteilung seitens Herzogs. Die Diskussionen dieses Themas verschärften auch die heftige Kritik rechtsextremer Kreise in Israel an der Reise Herzogs. Er hatte versucht diese Kräfte vor seiner Abreise in die BRD durch die Begnadigung israelischer Terroristen, die wegen der Ermordung mehrerer Palästinenser inhaftiert waren, zu besänftigen.

### Buchtip: Südafrika

Helen Joseph, Allein und doch nicht einsam. Ein Leben gegen die Apartheid, Rowohlt Taschenbuchverlag, Reinbek 1987, 286 S., 12,80 DM

ist die packende Biographie einer Kämpferin gegen die Apartheid.

Selbst viermal gebannt, viermal im Gefängnis und schließlich in den Hochverratsprozeß verwickelt, sieht Helen Joseph sich dennoch als Weiße mitschuldig an dem Unrecht in Südafrika. Sie schildert ihr Leben und damit

gleichzeitig hautnah die Geschichte des Befreiungskampfes Südafrikas seit Anfang der 50er Jahre. Nie hat sie der Glaube verlassen, daß Südafrika einmal frei sein wird. Das Gespür für Ungerechtigkeit hat sie über sich hinaus wachsen lassen von einer „unbedarften Bridgespielenden Lady“ zu einer politischen Kämpferin. Das Buch ist so ehrlich, packend und realitätsnah geschrieben, daß es bei dem Leser gleichzeitig Zorn über die südafrikanischen Verhältnisse und Bewunderung für diese großartige, inzwischen über 80 Jahre alte Frau hervorruft. Darüber hinaus vermittelt es aber auch Mut zum Kampf um ein freies Südafrika.

### AG gegen Frauenhandel

Die Arbeitsgemeinschaft gegen internationale sexuelle und rassistische Ausbeutung (agisra) eröffnete am 29. April d.J. in Frankfurt ihre Geschäftsstelle. Der von *terres des hommes* unterstützte und seit 1983 bestehende Verein versteht sich als Koordinationsstelle gegen Frauenhandel und Sextourismus. Er will Öffentlichkeitsarbeit leisten und Beratungsstelle für Frauen aus der Dritten Welt sein, die durch Frauenhändler in eine ausweglose Situation geraten sind.

Diese Frauen stammen meist von den Philippinen oder aus Thailand. Teil werden sie von sog. Heiratsvermittlern in die BRD gebracht, wo sie häufig völlig von dem Wohlwollen ihrer Ehemänner abhängig sind und bei Scheidung Aufenthaltsgenehmigung und Sorgerecht für ihre Kinder verlieren. Oder sie werden mit dem Versprechen eines gutbezahlten Jobs in die BRD gelockt und hier zur Prostitution gezwungen.

Nähere Information bei: agisra e.V., Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt/M., Tel. 069/7392152

### Beat! Apartheid

„Beat! Apartheid“ heißt eine Solidaritätstournee der DGB-Jugend mit Musikern aus dem Südlischen Afrika, die vom Jungen Forum Recklinghausen veranstaltet wird.

„Natürlich helfen Hüftschwünge nicht gegen Apartheid“, so die Veranstalter. „Die bissigen Gedichte und Post-Punk-Collagen der Kalahari Surfers (Südafrika) sind so wenig Waffen wie Stella Chiweshe traditionelle Mbira-Musik aus Simbabwe oder der druckvolle Tansrhythmus des großen Orchestra Marrabenta Star de Moçambique. Doch für das Apartheid-Regime klingen diese sehr unterschiedlichen Musiken alle gleich gefährlich: Es ist Musik, an der sich die Gegner stärken. Diese Musik ist Partei: Im Kampf gegen Apartheid enthält sie ein Stück befreite Zukunft.“

Die Tournee beginnt am 9. Juni in Stuttgart

und endet am 20. Juni beim Evangelischen Kirchentag in Frankfurt. Weitere Termine: Hannover (10.), Hamburg (11.), Westberlin (12.; zum Reagan-Besuch), Kassel (14.), Recklinghausen (15.), Bielefeld (16.), Wuppertal (17.), Mannheim (18.) und Saarbrücken (19.).

### BRD-Rüstungsexport



Die Osnabrücker Aktionsgruppe gegen Rüstungsexporte hat eine Schallplatte produziert, die sich mit den Vorgängen um die U-Boot-Affäre mit Südafrika befaßt. **Howald Werft und die Aufsichtsrate: Ahoi – wir haben keine Scheu.** „Endlich wird wieder Flagge gezeigt – wenn auch nur unter Wasser. Howald Werft singt, wie es bei der Stehparty von Kanzler Kohl und Herrn Botha zugeht“, heißt es im Begleittext zur Platte.

Die Single ist gegen Einsendung von 7,50 DM als Verrechnungsscheck oder Überweisung auf das Konto 2662864 bei der Stadtparkasse Osnabrück (BLZ 265 500 01) erhältlich. Bestellungen sind an die Aktionsgruppe gegen Rüstungsexporte, Aktionszentrum Dritte Welt, Bierstr. 29, 4500 Osnabrück zu richten. Der Reinerlös ist für die Unterstützung von Aktionen gegen Rüstungsexporte bestimmt. Mit einer Postkartenaktion an den Bundessicherheitsrat will die Aktionsgruppe außerdem eine Offenlegung aller Rüstungsexporte erreichen, bevor über ihre Genehmigung entschieden wird. Die Postkarten können bei der o.g. Adresse bezogen werden.

### Termine

28.-31. Mai

11. Bundeskongreß developmentspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in Fulda zum Thema Schuldenkrise. Nähere Informationen in AIB 4/1987 (Heftmitte). Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/393156

12.-14. Juni

Seminar „Die gespaltene Zunge des Drachen“ Südkorea – ein Jahr vor den Olympischen Spielen. Veranstalter: Evangelische Akademie Iserlohn in Zusammenarbeit mit der Korea-Informationsstelle. Kontakt: Ev. Akademie Iserlohn, Dr. Rüdiger Sareika, Berliner Platz 12, 5860 Iserlohn, Tel. 02371/3520

17.-21. Juni

22. Evangelischer Kirchentag in Frankfurt

## Helen Joseph



Ein Leben gegen die Apartheid

Allein  
und doch nicht  
einsam

ro  
ro  
ro





Koreanische Oppositionsführer Kim Dae Jung (r.) und Kim Young Sam.

### Südkorea

Südkoreas Diktator Chun Doo Hwan hat am 13. April d.J. die Debatte um eine Demokratisierung des Landes für beendet erklärt und eine Reform der Verfassung auf die Zeit nach den Olympischen Spielen im Sommer 1988 verschoben.

Entgegen der Forderung der Opposition, den nächsten Präsidenten durch eine Direktwahl zu bestimmen, will die regierende Gerechtigkeitspartei (DJP) den Nachfolger Chuns – wahrscheinlich der Vorsitzende der DJP Roo Tae Woo – noch in diesem Jahr durch ein von der Regierungspartei beherrschtes Wahlmännergremium bestimmen lassen. Damit wäre das Fortbestehen der Diktatur für eine weitere Amtszeit abgesichert.

Auslöser für diese Maßnahme war angeblich die Spaltung der stärksten Oppositionspartei, der Neuen Koreanischen Demokratischen Partei (NKDP) in einen konzessionsbereiten Flügel um den Vorsitzenden Lee Min Wu und den auf rasche Demokratisierung drängenden Flügel um Kim Dae Jung und Kim Young Sam. Am 1. Mai d.J. gründete sich unter Leitung Kim Young Sams die Partei für Wiedervereinigung und Demokratie (PRD), der sich 67 der 90 Parlamentarier der NKDP anschlossen.

Das Regime leitete sofort eine massive Einschüchterungskampagne gegen die neue Partei ein. Gegen drei Abgeordnete wurden unter unterschiedlichsten Verwänden Strafverfahren eingeleitet. Ein DJP-Sprecher kündigte Verfahren gegen weitere 20 Parlamentarier an, die bei einer Verurteilung ihre Sitze verlieren und nicht mehr kandidieren dürfen.

### Paraguay

Am 8. April d.J. wurde nach 40 Jahren der Ausnahmezustand in Paraguay aufgehoben. Seit der Machtübernahme General Stroessners im Jahre 1954 war er nur siebenmal an Wahltagen für jeweils 24 Stunden unterbrochen worden.

Mit der Aufhebung des Ausnahmezustandes reagierte Stroessner einmal auf wachsenden Druck aus den USA, eine Liberalisierung einzuleiten. Zum anderen will er im Vorfeld der für Februar 1988 geplanten Präsidentschaftswahl bei der Opposition Punkte sammeln. In diesen Zusammenhang paßt auch, daß Domingo Laíno, Vizepräsident der Authentischen Radikalliberalen Partei (PLRA), am 25. April d.J. ins Land einreisen durfte. Er hatte vier

Jahre im Exil verbracht und war bei seinem letzten Einreiseversuch vom Juli 1986 gewaltsam wieder außer Landes gebracht worden.

Nichtsdestotrotz geht die Repression gegen demokratische Kräfte weiter. Dem oppositionellen Sender Nanduti, der wiederholt von Schlägertrupps verwüstet worden war, wurde jetzt die Sendelizenz entzogen. Ostern ging die Polizei gewaltsam gegen eine Prozession von 400 Menschen vor. Sie wollten für die Freilassung von zwei Bauernführern und für 522 Bauernfamilien beten, die östlich von Asuncion Land besetzt halten und von Polizei und Armee belagert werden. 1.000 Bischöfe, Priester, Nonnen und Seminaristen waren in der Woche davor gehindert worden zu den Eingeschlossenen zu pilgern.

### Sri Lanka

Der Bürgerkrieg auf Sri Lanka ist seit Mitte April d.J. weiter eskaliert. Bei Anschlägen, darunter auf mit Singhalesen besetzte Reisebusse und bei der Explosion einer Bombe auf dem Busbahnhof der Hauptstadt Colombo, starben fast 300 Menschen.

Die Attentate werden von der Regierung den für einen eigenen Staat kämpfenden tamilischen Guerilleros zugeschrieben. Die Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) wie auch die Revolutionäre Organisation von Eelam (EROS) dementierten jedoch ihre Beteiligung.

Sie warfen ihrerseits der Regierung vor, hinter den Attentaten zu stehen. Andere Versionen besagen, daß die Anschläge von israelischen Militärberatern der srilankischen Armee verübt worden wären.

Durch Bombenanschlag zerstörter Busbahnhof in Colombo



Auf jeden Fall boten die Anschläge der Regierung einen willkommenen Anlaß, nun die endgültige militärische Lösung des Problems zu suchen, nachdem über die tamilischen Siedlungsgebiete im Norden der Insel während der Monate Januar bis März d.J. schon eine Wirtschaftsblockade verhängt worden war. Die Luftwaffe Sri Lankas flog Flächenbombardements, bei denen auch Napalm eingesetzt und hunderte Tamilen getötet worden sein sollen.

### Fidschi

Bei den auf den Fidschi-Inseln Anfang April d.J. durchgeführten Parlamentswahlen hat die konservative Regierungspartei des Premierministers Ratu Sir Kamiseva Mara, die das Land 17 Jahre regiert hatte, ihre bisherige Mehrheit verloren. Wie die Wahlbehörde in Suva, der Hauptstadt Fidschis, am Abend des 12. April bekanntgab, gewann die von Dr. Timoci Bavadra geführte Koalition aus der 1985 gegründeten Labour-Partei (FLP) und der Nationalen Föderationspartei (NFP) 28 der 52 Parlamentssitze, während die bisher regierende Allianzpartei nur noch 24 Mandate erhielt.

Fidschi, das sich seit der 1970 von Großbritannien erlangten Unabhängigkeit zu einem der politisch und wirtschaftlich wichtigsten Staaten in der südpazifischen Region entwickelt hat, setzt sich aus über 320 größeren und kleineren Inseln zusammen und erstreckt sich über eine Fläche von 18.000 qkm. Von den rund 700.000 Einwohnern ist etwa die Hälfte indischer Abstammung, 46% sind eigentliche Fidschianer und der Rest Chinesen, Europäer und Angehörige verschiedener anderer Rassen.

Die Allianzpartei hatte sich jahrelang vor allem für die Landrechte der Melanesischen Bevölkerung sowie die Privilegien der traditionellen Stammesführer eingesetzt. Darüber hinaus galt Ratu Mara als enger Verbündeter der USA.

Innenpolitisch will die Regierung Bavadra zunächst mehr Gewicht auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit legen und das Sozial- sowie das Schulwesen verbessern. In der Außenpolitik orientiert die neue Koalitionsregierung deutlicher auf Blockfreiheit.

So bekräftigte Dr. Bavadra nach seiner Vereidigung als Premierminister nicht nur das Festhalten Fidschis an dem Vertrag über einen atomwaffenfreien Südpazifik. Und er kündigte an, daß mit Atomwaffen bestückten oder atomar angetriebenen Schiffen in Zukunft das Anlaufen von Häfen des Landes nicht mehr gestattet werden soll.

### China

Am 11. April d.J. ging in Beijing der VI. Nationale Volkskongreß zu Ende, an dem 2.674 Delegierte teilnahmen. Chinas Parlament bestätigte den Bericht der Regierung, den der amtierende KPCh-Generalsekretär und Premierminister, Zhao Ziyang, vortrug, sowie den wirtschaftlich-sozialen Entwicklungsplan und Staatshaushalt für 1987.

Die volkswirtschaftliche Bilanz fiel ermutigend aus: Die Bruttonproduktion in Industrie und Landwirtschaft stieg 1986 um 9,3%, das Realeinkommen der Stadtbevölkerung um 13%, der Landbevölkerung um 3,2%. Andererseits schloß man mit einem Staatshaushaltsdefizit von 7,08 Mrd Yuan ab.

Nicht einigen konnten sich Führung und Volkskongreß über zwei wichtige Reformvorhaben: Die Entscheide zu gesetzlichen Verordnungen über das selbstverantwortliche Management der Industrieunternehmen und über die Errichtung von Dorfkomitees mußten vertagt werden. Nach den Studentenprotesten zur Jahreswende 1986/87 (siehe AIB 3/1987) ist der Reformprozeß ins Stocken geraten.

### Simbabwe

Am 17. April d.J., dem Vorabend des 7. Jahrestages der Unabhängigkeit Simbabwes gab Premierminister Robert Mugabe bekannt, das Zentralkomitee der regierenden Afrikanischen Nationalunion Simbabwes/Patriotische Front (ZANU/PF) habe beschlossen, die Vereinigungsgespräche mit der Afrikanischen Volksunion Simbabwes (ZAPU) nicht fortzuführen. Sie seien zu lange in der Sackgasse gewesen. Er erklärte, daß Gespräche auf einer breiteren Basis die bilateralen Verhandlungen ersetzen sollen. Der ZAPU-Führer Joshua Nkomo wertete das Scheitern der Gespräche als „vorübergehenden Rückschlag“.

Bereits 1983 waren Vereinigungsgespräche der beiden Parteien, die sich programmatisch und von ihrer sozialen Basis her kaum unterscheiden, gescheitert. In den seit dem Herbst 1985 andauernden erneuten Vereinigungsgesprächen deutete zuletzt vieles auf einen Erfolg hin.

Führende ZAPU-Politiker, darunter auch Dumiso Dabengwa und Lookout Masuku, wurden letztes Jahr aus der Haft entlassen. Joshua Nkomo und Innenminister Enos Nkala traten gemeinsam auf Versammlungen im Matabeleland auf, wo die ZAPU über den größten Einfluß verfügt, um die Aktivitäten der bewaffneten Banditen, „Dissidents“ genannt, im Matabeleland zu verurteilen. Die ZAPU bereitete ihre Basis in Versammlungen auf die Vereinigung vor.

Verantwortliche Politiker beider Parteien hofften mit der Vereinigung, Südafrika seine Destabilisierungspolitik zu erschweren. Hindernisse bei der Vereinigung sind eher Personalfragen als programmatische Differenzen.

### Sambia

Am 25. April d.J. griff ein südafrikanisches Militärkommando Ziele in Livingstone im südlichen Sambia an. Ein südafrikanischer Militärsprecher behauptete, die Aktion habe sich gegen eine Infiltrationsroute für Guerilleros des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) gerichtet. Tatsächlich waren die Ziele ziviler Natur. Das Militärkommando, das seine Ak-

tion vom illegal besetzten Namibia aus startete, tötete vier Zivilisten.

Der Grund für die südafrikanische Destabilisierungspolitik gegenüber Sambia liegt auf der Hand: Die sambische Regierung tritt aktiv für Sanktionen gegen das Apartheidregime ein. Bereits am 15. April d.J. bekräftigte der sambische Präsident Kenneth Kaunda, Südafrika habe versucht, mit Hilfe sambischer Geschäftsleute, welche die Hilfe der Armee für einen Staatsstreich erbeten hätten, die Regierung zu stürzen.

Kaunda beschuldigte außerdem die USA und die BRD, die sambischen Gewerkschaften anzustiften, sich gegen die Regierung zu erheben. Tatsächlich haben die sambischen Gewerkschaften seit langem gute Beziehungen zum African-American Labor Centre (AALC) des US-Gewerkschaftsbundes AFL-CIO, das zu 90% von der US-Regierung finanziert wird und dem enge CIA-Verbindungen nachgesagt werden.

Andererseits wächst die Unzufriedenheit der Lohnabhängigen über die ständigen drastischen Realeinkommenseinbußen und Entlassungen im Rahmen einer vom Internationalen Währungsfonds (IMF) inspirierten Sparpolitik. Die Streikwellen der jüngsten Zeit sind daher nur allzu verständlich. Anfang Mai d.J. reagierte die Regierung mittlerweile auf die destabilisierende Wirkung der IMF-Programme, indem sie mit dem IMF brach.

### Ägypten

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen am 6. April d.J. in Ägypten errang die Nationale Demokratische Partei (NDP) des Staatspräsidenten Hosni Mubarak mit 347 von insgesamt 458 Sitzen erwartungsgemäß eine klare Mehrheit. 10 weitere NDP-Anhänger wurden von Mubarak ernannt. Der Stimmenanteil der NDP ging jedoch gegenüber den letzten Wahlen von 1984 von 87% auf 69% zurück.

Auf die Wahlallianz von Sozialistischer Partei der Arbeit, Liberaler Partei und Vertretern der Moslembrüder entfielen 60 Mandate, davon alleine 36 für letztere. Die bereits 1984 ins Parlament gewählte, konservative Neo-Wafd-Partei, welche kurzfristig ein Wahlbündnis aller Oppositionsparteien hatte platzen lassen, verlor gegenüber 1984 2% und gelangte mit 36 Mandaten nur knapp ins Parlament. Die linksnasseristische National-Progressive Unionistische Sammlungsbewegung (NPUP) scheiterte demgegenüber mit 1,5% (1984: 4,2%) an der 8%-Sperrklausel.

Die insgesamt beträchtlichen Zugewinne der Oppositionsparteien sind auch auf ein neues Parteiengesetz zurückzuführen, welches neben Listenkandidaturen nunmehr auch Einzelkandidaturen zuläßt. Das noch 1984 gültige Wahlgesetz war nach einer Verfassungsbeschwerde der Opposition für rechtswidrig erklärt worden. Offensichtlich wollte Staatspräsident Mubarak die u.a. hieraus resultierenden Zweifel an der Legitimität des Parlaments mittels vorgezogener Neuwahlen zerstreuen, bevor dieses ihn im August d.J. als voraussichtlich einzigen Präsidentschaftskandidaten für eine zweite Amtsperiode nominiert.

Nichtsdestotrotz ließen analog zu 1984 zahlreiche Zwischenfälle, Massenverhaftungen und Schlägereien, bei denen die Opposition 1 Tote und 64 Verwundete zu verzeichnen hatte sowie eine Wahlbeteiligung von offiziell nur 50% begründete Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Wahlen aufkommen.

”

Betr.: BAYER-Hauptversammlung  
im Juni 1987 in Köln

**Banken sorgen**

**für den**

**Umweltschutz**

**und**

**die Erde ist**

**eine Scheibe.**

*Umweltschutz und sichere  
Arbeitsplätze, das ist den Banken  
doch egal. Übertragen Sie deshalb  
uns, den kritischen BAYER-  
Aktionären, die Stimmrechte  
Ihrer BAYER-Aktien.*

*Sprechen Sie mit Ihrer Bank und  
senden Sie Ihre Vollmacht an  
unsere Treuhänder:*

*Axel Köhler-Schnura*

*Dipl.-Kfm.*

*Hofstr. 27a*

*D-5650 Solingen 11*

*Tel. 0212 / 334954*

*Oder noch besser:*

*Kommen Sie persönlich im Juni  
nach Köln zur Hauptversammlung.  
Gemeinsam erreichen wir mehr.*

*Weitere Informationen können Sie  
gerne bei uns abfordern.*

”

**G 7426 E**

**Postvertriebsstück**

**Zeitungsgebühr bezahlt**

Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 5

# Wir schenken jedem ein Buch...

... der uns einen **neuen Abonnenten** nennt oder das AIB verschenkt.

Das Ganze ist denkbar einfach: **Abokarte** in der Heftmitte ausfüllen, eines der unten abgebildeten aktuellen Dritte-Welt-Bücher angeben (oder die vollständige Liste anfordern) und abschicken. Das Buch wird sofort ausgeliefert (bei Erteilung einer **Abbuchungsvollmacht**) oder nach Bezahlung des Abopreises von 29 DM (zzgl. 4 DM Porto).



Rainer Falk  
**Nelson Mandela**  
Biographisches Portrait mit  
Selbstzeugnissen  
Pahl-Rugenstein-Verlag  
288 Seiten, 12,80 DM

D. Boris, N. Biver, P. Imbusch, U. Kampmann  
**Schuldenkrise und Dritte Welt**  
Stimmen aus der Peripherie  
Pahl-Rugenstein-Verlag  
ca. 240 Seiten, 16,80 DM

Vukani-Makhosikazi  
**Frauen in Südafrika**  
Bilder und Texte  
Pahl-Rugenstein-Verlag  
288 Seiten, 16,80 DM